

JAHRESFINANZBERICHT 2009

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Im Selbstverlag der Gesellschaft
KA Finanz AG
1092 Wien, Türkenstraße 9
Tel.: +43 (0)1/310 06 06
www.kafinanz.at

Gestaltung:
CCP, Heye Werbeagentur GmbH
1160 Wien, Thaliastraße 125B

Inhalt

Vorwort des Vorstandes	4
<hr/>	
Konzernlagebericht	6
Organe der Gesellschaft	7
Zweigniederlassungen	10
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	11
Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	11
Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	12
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	17
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	22
Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	22
Wesentliche Beteiligungen	23
Risikoberichterstattung	23
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)	24
Compliance und Geldwäsche	27
Prognosebericht	28
IFRS-Konzernabschluss 2009 der KA Finanz-Gruppe	29
Bilanz	30
Gewinn- und Verlustrechnung	30
Gesamtergebnisrechnung	31
Eigenkapitalveränderungsrechnung	32
Geldflussrechnung	34
Anhang zum Konzernabschluss	35
Bestätigungsvermerk	89
Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung	91
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	93
<hr/>	
Einzelabschluss 2009 der KA Finanz AG nach BWG/UGB	95
Bilanz	124
Gewinn- und Verlustrechnung	126
Anhang zum Jahresabschluss	127
Bestätigungsvermerk	150
Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung	152
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	154

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Ihnen den Jahresfinanzbericht 2009 der KA Finanz AG vorzulegen. Das Geschäftsjahr 2009 war für die KA Finanz AG (KF) durch intensive Restrukturierungsmaßnahmen geprägt. Die vormalige Kommunalkredit Austria (KA alt) wurde im Zuge der Finanzmarktkrise im November 2008 zu 99,78 % von der Republik Österreich übernommen. In Abstimmung mit dem neuen Eigentümer und entsprechend den Bestimmungen des Finanzmarktstabilitätsgesetzes (FinStaG), des Interbankmarktstärkungsgesetzes (IBSG) sowie gemäß den Regeln der Europäischen Union (EU) war es erforderlich, ein entsprechendes Restrukturierungsprogramm zu erarbeiten und umzusetzen.

Die Aktivitäten der KA alt wurden in strategische und nicht strategische Segmente geteilt und auf Basis des österreichischen Spaltungsgesetzes (SpaltG) in zwei rechtlich voneinander unabhängige Einheiten – die Kommunalkredit Austria AG (KA neu) und die KA Finanz AG (KF) – gespalten. Durch intensive Anstrengungen vieler Beteiligten konnte die Implementierung in einem ambitioniert gesteckten Zeitrahmen erreicht werden; die Spaltung wurde mit der Eintragung in das Firmenbuch am 28. November 2009, 0:00 Uhr, rechtswirksam.

Die Umsetzung der Restrukturierung erfolgte durch die Übertragung der strategischen Geschäftsaktivitäten über Abspaltung zur Aufnahme in die vormals 100%ige Tochtergesellschaft Kommunalkredit Depotbank AG. Diese wurde gleichzeitig mit Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch am 28. November 2009 in Kommunalkredit Austria AG (KA) umbenannt. Das nicht strategische Geschäft verblieb in der vormaligen Kommunalkredit (KA alt), welche ebenfalls am 28. November 2009 in KA Finanz AG (KF) umbenannt wurde. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens bei der Europäischen Kommission hat diese der vorgenommenen Spaltung zugestimmt; der Abschluss des EU-Verfahrens wird für das laufende Jahr erwartet.

Die Aktivitäten der KF beinhalten im Wesentlichen das nicht strategische Wertpapier- und das CDS-Portfolio der KA alt sowie die 100-%-Beteiligung an der Kommunalkredit International Bank Ltd (KIB), Zypern. Dem Restrukturierungsplan entsprechend sollen diese Portfolien unter Wahrung von Wertaufholungspotenzialen mittelfristig abgebaut werden. Ebenso ist für das laufende Geschäftsjahr geplant, die Aktivitäten der KIB im Rahmen einer grenzüberschreitenden Fusion nach der Richtlinie 2005/56/EG über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten (EU-Verschmelzungsgesetz) zu übertragen. Die Vorortaktivitäten in Zypern werden danach eingestellt.

Auf Basis der vorgenommenen Umstrukturierung ergibt sich nach IFRS ein Konzernjahresüberschuss von EUR 435 Mio.; darin enthalten sind die Ergebnisse der KA alt bis zur Spaltungsdurchführung am 28. November 2009 sowie der nicht abgespaltene Geschäftsteil bis zum Jahresende. Gemäß UGB ergibt sich ein Konzernjahresverlust von EUR -267 Mio.; darin enthalten sind die Ergebnisse der KA alt für sechs Monate bis zum UGB-Spaltungsstichtag 30. Juni 2009 sowie die verbleibenden Geschäftsteile bis zum Jahresende.

Der massive Ergebnisunterschied zwischen IFRS und UGB beruht auf der Tatsache, dass die Verbesserung des Bewertungsergebnisses im CDS-Portfolio um EUR 545,1 Mio. von EUR -1,146,5 Mio. auf EUR -601,4 Mio. im UGB-Ergebnis nicht anzusetzen ist; eine nach UGB gebildete pauschale Risikovorsorge in Höhe von EUR 165 Mio. ist wiederum nach IFRS nicht möglich. Details finden sich im angeschlossenen Lagebericht und Anhang.

Die KF führt ihre Aktivitäten als voll lizenzierte Bank gemäß den Bestimmungen des österreichischen Bankwesengesetzes (BWG) und unterliegt somit dem Banken- und Aufsichtsrecht. Die Konzerneigenmittel betragen per 31. Dezember 2009 EUR 862,5 Mio. Daraus resultiert eine Eigenmittelquote von 14,3 % bei einem Tier 1-Ratio von 7,2 %. Gemäß separaten Vereinbarungen wird ein Tier 1-Ratio von zumindest 7 % angestrebt. Die Kapitalisierung der KF ergibt sich nach den positiven Effekten einer Besserungsscheinstruktur (siehe Seite 38). Im Rahmen dieser Struktur gewährt die Republik Österreich eine Bürgschaft als Bürge und Zahler im Ausmaß von EUR 1,0 Mrd.; damit konnte der ursprüngliche Haftungsrahmen der Republik um

EUR 207,9 Mio. reduziert werden. Des Weiteren bestehen per 31. Dezember 2009 Haftungen seitens der Republik Österreich für Refinanzierungsemissionen im Ausmaß von EUR 6,1 Mrd.

Für die Haftungen der Republik Österreich wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt Haftungsentgelte von EUR 116 Mio. netto geleistet. Nach der laufenden Bedienung der Haftungsentgelte wird für die absehbare Zukunft nicht mit der Erzielung von Jahresüberschüssen gerechnet, sodass voraussichtlich keine Ausschüttungen auf Ergänzungs- und Partizipationskapital zulässig sein werden.

Die gegebene Struktur erlaubt es der KF, in einem weiterhin schwierigen Marktumfeld das strategische Ziel des Portfolio-Abbaus unter Wahrung von Wertaufholungspotenzialen umzusetzen.

Der Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KA Finanz AG werden sich diesem Ziel auch im laufenden Geschäftsjahr mit großem Engagement im Interesse der öffentlichen Eigentümer widmen. Für die Unterstützung vieler Beteiligter in dieser wichtigen Periode der Restrukturierung, vor allem der Aktionäre, des Aufsichtsrates und der Marktpartner, wollen wir uns herzlich bedanken. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses möchten wir für den unermüdlichen Einsatz ebenso Dank und Anerkennung aussprechen.



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Konzernlagebericht

Die Berichtslegung der KA Finanz AG (vormals Kommunalkredit Austria AG) für das Geschäftsjahr 2009 ist bestimmt durch die im abgelaufenen Geschäftsjahr gesetzten Restrukturierungsmaßnahmen. Die Restrukturierung war eine Folge der Auswirkungen der Finanzmarktkrise und beinhaltete folgende Umsetzungsschritte:

- Übernahme der Kommunalkredit Austria AG durch die Republik Österreich am 3. November 2008 (Closing 5. Jänner 2009)
- Restrukturierung unter den Bestimmungen des Finanzmarkstabilitätsgesetzes (FinStaG) und des Interbankmarktstärkungsgesetzes (IBSG) sowie den Regeln der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wettbewerb)
- Spaltung der Gesellschaft gemäß Restrukturierungsplan und auf Basis des Spaltungsgesetzes (SpaltG)

Die Umsetzung der Restrukturierung der Kommunalkredit Austria AG (KA alt) erfolgte dabei durch Übertragung der strategischen Geschäftsaktivitäten durch Abspaltung zur Aufnahme mit Spaltungsstichtag 1. Juli 2009 in die vormals 100%ige Tochter Kommunalkredit Depotbank AG. Diese wurde gleichzeitig mit Eintragung der Spaltung ins Firmenbuch am 28. November 2009 in Kommunalkredit Austria AG (KA) umbenannt. Das nicht strategische Geschäft verblieb in der Kommunalkredit Austria AG (KA alt), welche ebenfalls am 28. November 2009 in KA Finanz AG (KF) umbenannt wurde.

Im Bericht werden folgende Bezeichnungen für die involvierten Einheiten verwendet:

- | | |
|--|---------------|
| • Kommunalkredit Austria AG vor der Spaltung: | KA alt |
| • KA Finanz AG, seit der Spaltung am 28. November 2009 (vormals Kommunalkredit Austria AG (KA alt)): | KF |
| • Kommunalkredit Depotbank AG vor der Spaltung: | KDB |
| • Kommunalkredit Austria AG, seit der Spaltung am 28. November 2009 (vormals Kommunalkredit Depotbank AG): | KA |

Organe der Gesellschaft

Firma

Seit Eintragung der Spaltung ins Firmenbuch am 28. November 2009: KA Finanz AG (KF).

Bis zur Eintragung der Spaltung ins Firmenbuch am 28. November 2009: Kommunalkredit Austria AG (KA alt).

Vorstand

Mag. Alois Steinbichler

Vorsitzender des Vorstandes

Jahrgang 1953; Studium der Betriebswirtschaft an der WU Wien; M.Sc.M. (Master of Science in Management) an der Purdue University, Indiana (USA). Internationale Banktätigkeit bei Continental Illinois und State Street Boston in Chicago, Wien, London und Zürich. Ab 1987 Creditanstalt/BA-CA: intl. Risikomanagement; Leitung Filiale London; Bereichsleitung Internationales Geschäft; Vorstandsmitglied BA-CA International. 2001 bis 2006 UniCredit Group, Mailand und Zagreb; Mitglied Management-Committee New Europe; Stv. Vorstandsvorsitzender Zagrebačka banka. 2006 bis 2008 Vorstand BAWAG P.S.K. im Rahmen der Restrukturierung. Seit November 2008 Vorstandsvorsitzender der KA alt (KA Finanz AG).

Mag. Andreas Fleischmann

Mitglied des Vorstandes seit 1. Februar 2009

Jahrgang 1967; Betriebsinformatik an der Universität Wien, M.Sc. (Master of Science in Finance) der British Columbia University, Vancouver (Kanada). Ab 1990 in der GiroCredit Bank, der Österreichischen Postsparkasse und BA-CA im Bankgeschäft tätig. Zuletzt Head of Global Abs. und Head of Structured Credit Vienna in der UniCredit Markets & Investment Banking UniCredit CA IB AG. Seit Februar 2009 Mitglied des Vorstandes der KA alt (KA Finanz AG).

Pierre Vérot

Mitglied des Vorstandes bis 30. April 2009

Aufsichtsrat

Gewählt durch die Hauptversammlung am 8. Jänner 2009:

KR Dr. Klaus Liebscher

Aufsichtsratsvorsitzender

(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkteteiligung AG)

KR Adolf Wala

stv. Aufsichtsratsvorsitzender

(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkteteiligung AG)

Helmut Mödlhammer

(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes,

Bürgermeister der Gemeinde Hallwang)

Dir. Mag. Werner Muhm

(Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer)

Dir. DI Herbert Paierl

(Exec. Vice President Cosma Europe/Magna)

Dir. Mag. Georg Schöppl

(Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste)

Franz Hofer

(vom Betriebsrat entsandt)

DI Martin Öhlknecht

(vom Betriebsrat entsandt)

Christine Sipek

(vom Betriebsrat entsandt)

Bis zum Closing am 5. Jänner 2009:**Franz Pinkl**

Aufsichtsratsvorsitzender
(ehemaliger Generaldirektor der Österreichischen Volksbanken-AG)

Mag. François Durollet

(ehemaliger stv. Generaldirektor Public Finance, Dexia S. A., Paris)

François Laugier

(Dexia Crédit Local, Paris)

Mag. Wolfgang Perdich

(Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Volksbanken-AG)

Franz Hofer

(vom Betriebsrat entsandt)

DI Martin Öhlknecht

(vom Betriebsrat entsandt)

Christine Sipek

(vom Betriebsrat entsandt)

Astrid Sukup

(vom Betriebsrat entsandt) bis 7. Jänner 2009

Staatskommissär

Dr. Peter Braumüller

Staatskommissär, Finanzmarktaufsicht, Leiter des Bereichs II,
Versicherungsaufsicht und Pensionskassenaufsicht

Mag. Wolfgang Nitsche

Staatskommissär-Stellvertreter, Bundesministerium für Finanzen

Regierungskommissär für den Deckungsstock

Als Regierungskommissäre für die Depotverwaltung des Deckungsstockes für fundierte Schuldverschreibungen waren bis zur Wirksamkeit der Spaltung am 28. November 2009 bestellt:

Dr. Heinrich Traumüller

Regierungskommissär, Bundesministerium für Finanzen

Dr. Peter Braumüller

Regierungskommissär-Stellvertreter, Finanzmarktaufsicht, Leiter des Bereichs II,
Versicherungsaufsicht und Pensionskassenaufsicht

Zweigniederlassungen

Die KF-Gruppe verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach der schwersten internationalen Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten war das Jahr 2009 von einer langsamen Erholung der Weltwirtschaftslage geprägt. Während sich der weltweite Abschwung in den ersten beiden Quartalen noch fortsetzte, zeigten die umfassenden Maßnahmen der Regierungen und Zentralbanken in der zweiten Jahreshälfte Wirkung und führten wieder zu einem leichten Wirtschaftswachstum. Das Gesamtwachstum im Jahr 2009 fiel mit -1,0 % weltweit negativ aus. Im Euro-Raum sank die Wirtschaftsleistung um -4,1 %.

Die österreichische Konjunktursituation folgte dem internationalen Trend. Im ersten Halbjahr 2009 kam es zu einem starken Rückgang des Bruttoinlandsproduktes. Das Greifen staatlicher Maßnahmen, die relativ stabile private Konsumnachfrage und die zunehmende Auslandsnachfrage ergaben ab dem dritten Quartal 2009 eine erste Konjunkturerholung. Im Vergleich zum Vorjahr entwickelte sich das Wirtschaftswachstum insgesamt mit -3,6 % negativ.

Aufgrund der weiterhin angespannten Lage des Finanzsystems, anhaltender Investitionszurückhaltung der Unternehmen, gestiegener Arbeitslosigkeit und zunehmender Sparneigung privater Haushalte ist eine nachhaltige Erholung noch mit großer Unsicherheit behaftet. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) geht für das Jahr 2010 von einem Wachstum im Euro-Raum von 1,0 % aus; für Österreich werden 1,3 % prognostiziert.

Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Auch auf den Finanzmärkten kam es 2009 infolge der staatlichen Unterstützungsprogramme für den Finanzsektor zu einer gewissen Stabilisierung. Zudem reagierten die Notenbanken auf die Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten weltweit mit einer stark expansiven Geldpolitik. Auch die Europäische Zentralbank leistete über außerordentliche geldpolitische Maßnahmen, wie der Ausweitung der notenbankfähigen Sicherheiten und den 12-Monats-Tenders, massive Liquiditätsunterstützung.

Die Geldmarktsätze setzten in der ersten Jahreshälfte 2009 ihre steile Abwärtsbewegung fort und stabilisierten sich auf sehr niedrigem Niveau. Der 3-Monats-EURIBOR liegt seit Jahresmitte unter dem EZB-Leitzins von 1,0 %. Die US-Federal-Reserve beließ das Leitzinsband das ganze Jahr hindurch auf dem Rekordtief von 0 % bis 0,25 %. Im Vergleich zu den Geldmarktsätzen fiel die Veränderung der Kapitalmarktsätze wesentlich geringer aus. Die Sekundärmarktrendite österreichischer Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren sank zwischen Jahresultimo 2008 und 2009 von 3,9 % auf 3,6 %. Aus den beschriebenen Zinsentwicklungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt ergab sich eine merklich steilere Zinskurve.

Aufgrund des optimistischer gewordenen Konjunkturausblicks ist mit einem Auslaufen der außergewöhnlichen Liquiditätsmaßnahmen der Notenbanken zu rechnen. Banken werden wieder vermehrt den Geldmarkt in Anspruch nehmen, was 2010 zu einem Anstieg der Geldmarktzinsen führen sollte. Für eine Erhöhung des Leitzinses, der seit Mai unverändert bei 1,0 % liegt, gibt es derzeit keine Anzeichen, da die Inflationserwartungen noch gering sind.

Nachdem die Kreditmärkte im ersten Quartal angesichts der schwachen Wirtschaftslage und hoher Verluste im Bankensektor stark unter Druck gerieten, kam es in den ersten beiden Monaten des Jahres 2009 zu hoher Spreadvolatilität. Umfangreiche staatliche Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors sowie Konjunkturpakete stabilisierten das Anlegervertrauen an den Kreditmärkten und führten ab März zu einer Gegenbewegung bei den Kreditspreads.

Auf den Aktienmärkten kam es trotz einzelner volatiler Phasen aufgrund guter Wirtschaftsdaten im zweiten Halbjahr 2009 zu kräftigen Kurserhöhungen. So legte der MSCI World Index seit seinem Tiefststand im März bis Jahresende um rund 65 % zu. Der ATX stieg im selben Zeitraum um rund 75 %.

Die Marktentwicklung im Jahr 2009 war vorrangig von geldpolitischen Maßnahmen und staatlichen Impulsprogrammen bestimmt. Durch die erwartete graduelle Rücknahme dieser Maßnahmen wird die nachhaltige Erholung der Finanzmärkte 2010 noch mit Volatilitäten belastet sein.

Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Übernahme der KA alt durch die Republik Österreich

Im Zuge der internationalen Finanzkrise ergab sich für die KA alt im Oktober 2008 eine akute Liquiditätsverknappung verstärkt durch Bewertungs- und Impairmentverluste im Wertpapierportfolio und massive Spreadausweitungen im CDS-Portfolio. Die Situation konnte nur durch rasch umgesetzte Stützungsmaßnahmen der Republik Österreich behoben werden. Die Republik Österreich unterzeichnete auf Basis des Interbankmarktstärkungsgesetzes (IBSG) und des Finanzmarktstabilitätsgesetzes (FinStaG) am 3. November 2008 einen Kaufvertrag zum Erwerb der Anteile der damaligen Aktionäre Österreichische Volksbanken-AG, Wien, und Dexia Crédit Local, Paris, an der KA alt um den Preis von je EUR 1,-. Gleichzeitig verkaufte die KA alt ihre Anteile an der Dexia Kommunalkredit Bank AG (Dexia-Kom) zu einem Preis von EUR 1,- an die Dexia Crédit Local. Der Eigentumsübergang der Aktien der KA alt erfolgte mit 5. Jänner 2009, jener der Aktien der Dexia Kommunalkredit Bank AG am 19. März 2009. Die Republik Österreich hält somit seit 5. Jänner 2009 99,78 % der Anteile der KA alt. Die restlichen 0,22 % sind im Besitz des Österreichischen Gemeindebundes verblieben.

Im Kaufvertrag vom 3. November 2008 wurde weiters vereinbart, dass die Dexia Crédit Local EUR 200 Mio. von ihren gegen die KA alt bestehenden, unbesicherten Forderungen in Partizipationskapital umwandelt. In gleicher Weise hat die Österreichische Volksbanken-AG einen Betrag in der Höhe von EUR 172,5 Mio. aus ihren bestehenden unbesicherten Forderungen in Partizipationskapital gewandelt. Die Wandlung fand mit Wirkung zum 9. Jänner 2009 statt. Seit diesem Zeitpunkt ist das Partizipationskapital als Kernkapital anrechenbar. Die Kernkapitalquote des Konzerns stieg dadurch per 9. Jänner 2009 um 4,0 Prozentpunkte auf 9,0 %.

Weiters erhielt die KA alt zum Ultimo 2008 die schriftliche Zusage der Republik Österreich, durch Übernahme einer Bürgschaft für die Werthaltigkeit von ansonsten wertzuberichtigenden Aktiva bzw. zur Vermeidung von ansonsten zu bildenden Rückstellungen ein Tier 1-Ratio von 7 % sicherzustellen. Die diesbezügliche Bürgschaft der Republik Österreich betrug maximal EUR 1.207,9 Mio. und bestand nach einer Verlängerung per 30. September 2009 bis zum 30. November 2009; sie wurde im Rahmen der in den folgenden Punkten beschriebenen Restrukturierung beendet bzw. ersetzt.

Liquiditätssicherung

Die zentrale Aufgabe Ende 2008 und Anfang 2009 war die Sicherung der Liquidität der Bank. Bedingt durch die neuen Eigentumsverhältnisse konnte die angespannte Liquiditätssituation bereits in den ersten Monaten des Jahres stabilisiert und wieder ein Zugang zu den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten ermöglicht werden. Nach Begebung von staatsgarantierten Anleihen unter dem österreichischen Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) konnte Mitte März die gesamte Liquidität aus dem zuvor beanspruchten Emergency Liquidity Assistance (ELA)-Programm der EZB/OeNB, welches unter einem Rahmen von EUR 5,3 Mrd. mit maximal

EUR 4,0 Mrd. aushaftend war, zurückgeführt werden. Gleichzeitig gelang der Aufbau von Kundeneinlagen, welche mit EUR 1,5 Mrd. einen wesentlichen Beitrag zur Schließung der ursprünglichen Liquiditätslücke leisteten. Schließlich konnte in Verhandlungen mit CSA-Partnern unter ISDA-Agreements der zusätzliche Liquiditätsabfluss kontrolliert werden.

Eine wesentliche – jedoch nur kurzfristig im vollen Umfang verfügbare – Maßnahme der Liquiditätssicherung war die Etablierung zweier Commercial-Paper-Programme mit einem Rahmen von insgesamt EUR 5 Mrd. ab September 2009. Innerhalb eines Monats konnten EUR 1,7 Mrd. an Liquidität aufgebracht werden. Der weitere Aufbau wurde durch die Entscheidung der Rating-Agentur Moody's zum Rating der KF (Baa3/P-3) unterbrochen. Im März 2010 wurde die KF von S&P mit A (langfristig) und A-1 (kurzfristig) eingestuft. Eine Wiederbelebung der Commercial-Paper-Programme ist daher vorgesehen.

Restrukturierung

Entsprechend den Erfordernissen des FinStaG und den Leitlinien der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wettbewerb) erfolgte im Frühjahr 2009 die Erarbeitung eines Restrukturierungsplans für die Bank, welcher – nach Genehmigung des Aufsichtsrates – vom Bundesministerium für Finanzen im Juni 2009 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht wurde.

Der Plan wurde unter folgenden Prämissen erstellt:

- Vermeidung einer Destabilisierung des Finanzplatzes Österreich
- Minimierter Einsatz öffentlicher Ressourcen bei Wahrung der Handlungsflexibilität für die Republik Österreich
- Vermeidung von Verlustrealisierungen in einem „distressed market“ und Wahrung von Wertaufholungspotenzialen
- Umsetzung der Restrukturierung im Rahmen der rechtlichen Vorgaben (FinStaG, IBSG und EU-Recht)

Die bestmögliche Umsetzung dieser Ziele war durch eine Trennung in „strategische“ und „nicht strategische“ Geschäftsbereiche zu erreichen. Das nicht strategische Geschäft (Wertpapier- und CDS-Portfolio sowie die Kommunalkredit International Bank Ltd (KIB)) verblieb in der nunmehrigen KF; die Finanzierungs- und Betreuungsaktivitäten mit Kommunen wurden in die frühere Kommunalkredit Depotbank AG, welche sich in Konzernbesitz befand, im Wege der Spaltung zur Aufnahme nach § 5 sowie § 17 Z 5 SpaltG iVm § 220b Abs. 2 AktG übertragen. Die Kommunalkredit Depotbank AG wurde sodann in „Kommunalkredit Austria AG“ (KA) umfirmiert und stellt somit die neue KA dar. Durch die Spaltung in zwei Banken wurde die effiziente und zielgerichtete Umsetzung zweier unterschiedlicher Geschäftsstrategien möglich. Die KF wird das Wertpapier- und CDS-Portfolio unter Einbeziehung der Aktiva der KIB und unter Wahrung des Wertaufholungspotenzials abbauen. Die KA hingegen wird als Kompetenzzentrum für das Kommunale und als Anbieter von Lösungen in der kommunalen und infrastrukturnahen Projektfinanzierung agieren. Die KF wird sich dabei auf folgende Tätigkeiten beschränken:

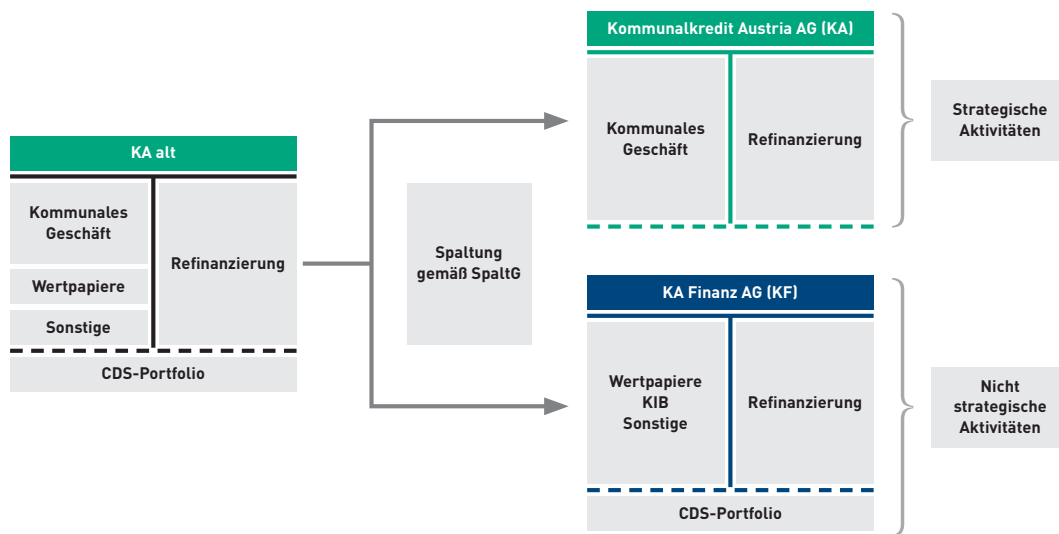
- Refinanzierung der bestehenden Aktiva (z. B. EZB-Tender, Commercial Paper, Money Market)
- Maßnahmen des aktiven Risikomanagements (Hedgegeschäfte zum Management des Wechselkurs-, Zins- und Kreditrisikos)
- Mittelfristiger Abbau bestehender Transaktionen

Darüber hinausgehend wird die KF kein Neugeschäft betreiben.

Umsetzung des Restrukturierungsplans

Am 17. November 2009 haben die Aktionäre der KA alt und der damaligen Kommunalkredit Depotbank AG beschlossen, den Bankbetrieb mit den strategischen Aktivitäten durch Abspaltung zur Aufnahme in die damalige

KDB zu übertragen (die „Spaltung“). Die Spaltung wurde nach Eintragung ins Firmenbuch am 28. November 2009 wirksam. Gleichzeitig wurden die KA alt in KA Finanz AG (KF) und die Kommunalkredit Depotbank AG in Kommunalkredit Austria AG (KA) umbenannt.



Gemäß § 15 Abs. 5 SpaltG waren Inhabern von Genussrechten (Partizipations- und Ergänzungskapital) gleichwertige Rechte wie folgt zu gewähren: Das Nominale der bestehenden Genussrechte der KF wurde auf 75,83 % des ursprünglichen Nominales vor der Spaltung reduziert und gleichzeitig wurde den Inhabern der Genussrechte neues Ergänzungskapital der KA zu gleichen Bedingungen mit einem Nominale von 24,17 % des ursprünglichen Nominales gewährt. Der Verteilungssatz ergab sich nach konsolidierten risikogewichteten Aktiva (RWA) auf Basis der Aufteilung nach strategischen und nicht strategischen Aktiva der KA alt.

Kapitalmaßnahmen im Rahmen der Restrukturierung

Gleichzeitig mit der Spaltung erfolgte zudem eine Neuordnung der Kapitalisierung der KF. Dabei konnte die bisherige Bürgschaft des Bundes in der Höhe von max. EUR 1.207,9 Mio. auf EUR 1 Mrd. reduziert werden. Die Rekapitalisierungsschritte waren:

- Mit Rechtswirksamkeit vom 30. November 2009 verzichtete die KA gemäß Vereinbarung mit der Republik Österreich und der KF vom 17. November 2009 (Kapitalisierungsvereinbarung) gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Gemäß Besserungsschein leistet die KF an die KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen im Ausmaß des Verzichts Betrags zuzüglich Zinsen ab dem Tag des Geldmarkteinlagenverzichts. Aus dem Besserungsschein zu leistende Zahlungen sind gegenüber Kuponansprüchen des Ergänzungs- und Partizipationskapitals der KF vorrangig, gegenüber Zinsansprüchen der Gläubiger der KF (einschließlich nachrangiger Gläubiger) nachrangig.
- Ebenso am 17. November 2009 schloss die KA eine Put-Vereinbarung mit einer Zweckgesellschaft, welche der KA das Recht einräumt, den Besserungsschein bis zum Ende der Put-Ausübungsfrist, das ist der dritte Jahrestag des Tages des Eintritts der Rechtswirksamkeit der Spaltung (28. November 2012), in Höhe des Verzichts Betrags zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen, abzüglich auf den Besserungsschein geleistete Zahlungen, zu verkaufen.
- Die Republik Österreich übernahm die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtungen aus der Put-Vereinbarung über den Besserungsschein. Für die Haftungsübernahme hat die KF eine Haftungsgebühr in Höhe von 10 % p.a. vom jeweils verbürgten Betrag monatlich an die Republik Österreich zu entrichten.

- Weiters verzichtete die KF auf ihre Rechte aus der zuvor bestehenden Bürgschaft über max. EUR 1.207,9 Mio. der Republik Österreich. Der Bürgschaftsverzicht wurde gleichzeitig mit dem Geldmarkteinlageverzicht der KA gegenüber der KF wirksam.
- Schließlich sagte die Republik Österreich der KF für den Zeitraum vom Wirksamkeitstag der Spaltung bis 31. Dezember 2013 die Zuführung von Restrukturierungsbeiträgen durch Umwidmung und Saldierung von der KF an die Republik Österreich zu leistende Haftungsentgelte zu; und zwar in der Höhe von max. EUR 60,0 Mio. im Jahr 2009 sowie jeweils jährlich weiteren max. EUR 75,0 Mio. in den Jahren 2010 bis 2013. Die Ziehung der Restrukturierungsbeiträge erfolgt aus ansonsten zu leistenden Zahlungen der KF an die Republik Österreich, bedarf jedoch jeweils der gesonderten Zustimmung der Republik Österreich. Die Restrukturierungsbeiträge der Republik Österreich sind somit aus den Haftungsentgelten finanziert, reduzieren aber den Brutto-Haftungsentgeltbetrag. Dieser betrug nach IFRS für Bürgschaften bzw. Garantien des Bundes im Jahr 2009 EUR 176,2 Mio. Nach Saldierung des von der Republik Österreich geleisteten Restrukturierungsbeitrages in Höhe von EUR 60,0 Mio. verbleibt im Jahr 2009 nach IFRS ein Nettozufluss für die Republik Österreich von EUR 116,2 Mio. Auch in den Geschäftsjahren 2010 bis 2013 wird sich bei eventueller Beanspruchung oben genannter Restrukturierungsbeiträge ein positiver Zufluss für die Republik Österreich ergeben. Zweck der Restrukturierungsbeitragsvereinbarung ist, Flexibilität zur Sicherstellung eines 7 % Tier 1-Ratios zu wahren.

Geschäftsbesorgungsvertrag/Service Level Agreement zwischen KA und KF

In Abstimmung mit der Aufsicht bezieht die KF unter einem Service Level Agreement operationale Dienstleistungen von der KA. Die KA agiert seit der Spaltung als Dienstleister für die KF. In der KF-Gruppe sind 22 Mitarbeiter/innen tätig. Diese sind verantwortlich für das Portfolio-Management, Risiko-Management und die operationalen Prozesse der Gesellschaft. Es besteht eine aufsichtsrechtlich genehmigte Regelung zur Vermeidung von Interessenkonflikten. Die Einhaltung der Regelung wird regelmäßig von den Aufsichtsräten beider Gesellschaften überprüft, gegebenenfalls ist die Hauptversammlung zu befragen.

Beihilfeverfahren bei der Europäischen Kommission

Der Restrukturierungsplan wurde, nach Genehmigung durch den Aufsichtsrat, gemäß den geltenden Regelungen vom Bundesministerium für Finanzen am 10. Juni 2009 an die Europäische Kommission übermittelt. Die Durchführung der Spaltung wurde mit der Europäischen Kommission akkordiert. Eine Bewertung für einen Teil der in der KF verbliebenen Wertpapierbestände (ca. 10 % des Portfolios) nach der „Impaired Asset Mitteilung“ der Europäischen Kommission vom 25. Februar 2009 ist in Durchführung. Der positive Abschluss des Genehmigungsverfahrens wird im Laufe des Jahres 2010 erwartet. Die Gespräche verlaufen konstruktiv und nach Plan.

Änderungen der Organe

Der Aufsichtsrat der KF wurde nach dem Anteilerwerb durch die Republik Österreich kapitalvertreterseitig mit Ausnahme des vom Österreichischen Gemeindebund nominierten Mitglieds neu besetzt:

- KR Dr. Klaus Liebscher, Präsident (Vorstandsmitglied der Finanzmarkteteiligung AG (FIMBAG); vormals langjähriger Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB))
- KR Adolf Wala, Vizepräsident (Vorstandsmitglied der FIMBAG; vormals langjähriger Präsident der OeNB)

Des Weiteren sind Mitglieder des Aufsichtsrates:

- Mag. Werner Muhm (Direktor der Arbeiterkammer Wien)
- DI Herbert Paierl (Executive Vice President Cosma Europe/Magna, ehemaliger Finanz- und Wirtschaftslandesrat des Landes Steiermark)
- Mag. Georg Schöppl (Mitglied des Vorstandes der Österreichische Bundesforste AG)
- Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Die Bank verfügt damit über ein sehr versiertes und erfahrenes Kontrollorgan. Die vom Betriebsrat delegierten Mitglieder des Aufsichtsrates blieben unverändert.

Bereits mit der Unterzeichnung des Übernahmevertrages mit der Republik Österreich vom 3. November 2008 kam es zu einem Wechsel im Vorstand. Der vormalige Vorstand der Gesellschaft wurde nach Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung vom Aufsichtsrat abberufen. Mag. Alois Steinbichler übernahm am 7. November 2008 die Funktion des Vorstandsvorsitzenden. Mag. Andreas Fleischmann wurde mit Wirkung 1. Februar 2009 zum Mitglied des Vorstandes ernannt. Pierre Vérot, seit 1. Oktober 2008 Mitglied des Vorstandes als Delegierter der Dexia-Gruppe, schied mit der Übertragung der Anteile an der Dexia Kommunalkredit Bank an die Dexia Crédit Local mit 30. April 2009 aus dem Vorstand aus.

Stärkung der Corporate Governance und des Risikomanagements

Die neue Corporate Governance hat die Situation und Restrukturierung der Gesellschaft intensiv betreut und überwacht. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 13 Aufsichtsratssitzungen und vier Prüfausschusssitzungen abgehalten. Zudem wurden vom Aufsichtsrat neue Geschäftsordnungen mit umfassenden Berichtspflichten des Vorstandes eingeführt. Vonseiten des Vorstandes werden wöchentliche Vorstandssitzungen mit Beschluss- und Berichtsagenden inklusive Überwachung vereinbarter Follow-Up-Punkte abgehalten. Die Interne Revision berichtet quartalsweise an den Aufsichtsrat.

Sowohl vom Aufsichtsrat als auch vom Vorstand wird auf die Optimierung des Risikomanagements geachtet. Die Risiko- und ICAAP-Strategie der Bank wurden überprüft und Verbesserungen vorgenommen; in einem monatlichen Risk Management Committee werden Kredit-, Markt-, operationale sowie sonstige Risikothemen strukturiert behandelt; zusätzliche Komitees für Kredit-, Kapital- und Liquiditätsbelange finden in wöchentlichen oder kürzeren Abständen statt.

Rating

Mit der Umsetzung des Spaltungskonzeptes wurde das Rating der KF von den Rating-Agenturen Fitch und Moody's neu bewertet. Die Rating-Agentur Fitch setzte das langfristige Rating mit A+ und das kurzfristige Rating auf dem höchstmöglichen Niveau von F1+ fest. Moody's Investors Service stufte das Rating der KF mit Baa3 (langfristig) und P-3 (kurzfristig) ein. Im März 2010 hat S&P ein Rating von A (langfristig) und A-1 (kurzfristig) vergeben.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Auswirkung der Spaltung auf die Berichtsperiode

In der Berichtslegung ergeben sich aus der Spaltung gemäß SpaltG unterschiedliche Berichtszeiträume nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und nach dem Unternehmensgesetzbuch (UGB).

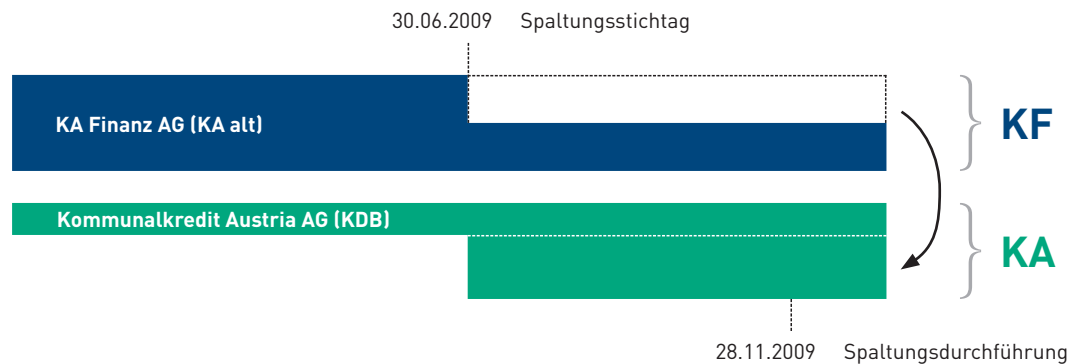
Nach IFRS ist der 28. November 2009, Zeitpunkt der Spaltungsdurchführung, das buchungsrelevante Datum; somit ist der abgespaltene strategische Geschäftsteil der KA alt ab 28. November 2009 nicht mehr im Ergebnis der KF enthalten.

Bilanzielle Umsetzung der Spaltung nach IFRS



Nach UGB ist der 30. Juni 2009 Spaltungsstichtag und der 28. November 2009 das zivilrechtliche Gültigkeitsdatum der Spaltung; demnach ist der nach Spaltung zur Aufnahme abgespaltene strategische Geschäftsteil der KA alt ab 1. Juli 2009 nicht mehr im Ergebnis der KF enthalten.

Bilanzielle Umsetzung der Spaltung nach UGB



Finanzielle Leistungsindikatoren der KA Finanz-Gruppe nach IFRS

Ausgewählte Bilanzkennzahlen in EUR Mio.	2009 ¹⁾	2008
Bilanzsumme	21.407,3	37.456,6
Forderungen an Kunden	6.535,2	18.157,5
Finanzanlagen	4.775,7	7.164,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.850,2	16.686,6
Zinsüberschuss ²⁾	38,5	90,0
Jahresergebnis vor Steuern	447,6	-1.477,2
Jahresergebnis nach Steuern	435,0	-1.451,4

Unternehmenskennzahlen in EUR Mio. bzw. %	2009	2008 ³⁾
Risikogewichtete Aktiva Basel II – Kreditrisiko	6.040,5	9.186,0
Eigenmittelerfordernis	483,2	734,9
Eigenmittel	862,5	1.156,8
Eigenmittelquote (= Eigenmittel/[Eigenmittelerfordernis/0,08]*100)	14,3 %	12,6 %
Kernkapital-Tier 1	436,2	827,3
Kernkapitalquote (= Eigenmittel/[Eigenmittelerfordernis/0,08]*100)	7,2 %	9,0 %

Rating	2009	2008
Langfristig Fitch / S&P ⁴⁾ / Moody's ⁴⁾	A+ / A / Baa3	A+ / n.a. / Aa3
Kurzfristig Fitch / S&P ⁴⁾ / Moody's ⁴⁾	F1+ / A-1 / P-3	F1+ / n.a. / P-1

1) Das Ergebnis 2009 enthält die KA alt bis 28.11.2009 und die KF von 28.11.2009 bis 31.12.2009.

2) Der Zinsüberschuss 2009 resultiert nach Aufwendungen aus Garantiekosten in Höhe von EUR 18,1 Mio.

3) Die Vergleichszahlen enthalten das mit 09.01.2009 begebene Partizipationskapital.

4) Das S&P-Rating besteht seit März 2010; die Einziehung des Moody's-Ratings ist geplant.

Bilanzstruktur – Aktiva

Die Bilanzsumme der KF-Gruppe beträgt zum 31. Dezember 2009 EUR 21,4 Mrd. nach EUR 37,5 Mrd. zum 31. Dezember 2008. Der Rückgang der Bilanzsumme ist vor allem bedingt durch die Abspaltung der strategischen Aktiva in Höhe von EUR 15,1 Mrd. in die KA. In der Bilanzsumme enthalten sind zudem kurzfristige Veranlagungen zwischen KA und KF in Höhe von EUR 0,9 Mrd. Diese wurden im Jänner 2010 plangemäß rückgeführt. Neugeschäft wurde im Jahr 2009 keines getätigt.

Die Bonität des in der KF verbleibenden Wertpapierportfolios der KA alt mit einem Gesamt-Nominalvolumen von EUR 12,2 Mrd. liegt mit rund 38 % im AAA/AA-Bereich und insgesamt mit 96 % im Investment-Grade-Bereich. Die Emittenten verteilen sich auf die Sektoren öffentliche Hand (46 %), Banken (27 %), Corporates (17 %) und Verbriefungen (10 %). Geografisch ist das Portfolio zu 57 % dem EU-Raum zuzuordnen, davon entfallen 44 % auf die EU-15 sowie 13 % auf die restlichen EU-Staaten. Aus den sonstigen Regionen ist ausschließlich die USA mit 17 % von materieller Bedeutung. Aus dem Wertpapierportfolio wurde 2009 ein Volumen von EUR 0,5 Mrd. risikomindernd abgebaut.

Das Darlehensportfolio der KF umfasst ein Nominale von EUR 2,9 Mrd. und stammt größtenteils aus der KIB; es enthält vornehmlich Obligi an Banken und den öffentlichkeitsnahen Sektor.

Die Bonität des im Zuge der Spaltung vollständig in der KF verbliebenen CDS-Portfolios in Höhe von EUR 10,1 Mrd. liegt mit rund 75 % im AAA/AA-Bereich und 97 % im Investment-Grade-Bereich. Die zu-

grunde liegenden Risiken der CDS-Geschäfte bestehen gegenüber der öffentlichen Hand (93 %), Banken (6 %) sowie gegenüber Corporates (1 %). Geografisch ist das Portfolio zu 92 % dem EU-Raum zuzuordnen, davon entfallen 77 % auf die EU-15 sowie 15 % auf die restlichen EU-Staaten. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden EUR 1,6 Mrd. des CDS-Portfolios risikomindernd abgebaut. Weitere EUR 0,3 Mrd. wurden durch Absicherungsmaßnahmen gesichert.

Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel

Die KF verfügt zum 31. Dezember 2009 im Konzern über ein Kernkapital in Höhe von EUR 436,2 Mio. und Eigenmittel von EUR 862,5 Mio. Daraus ergeben sich bei einem Bestand von risikogewichteten Aktiva von EUR 6.040,5 Mio. ein Tier 1-Ratio von 7,2 % und eine Eigenmittelquote von 14,3 %. Das Eigenkapital nach IFRS ist negativ mit EUR -250,9 Mio. nach EUR -1.161,9 Mio. am 31. Dezember 2008.

Die obigen Kapitalkennzahlen beruhen auf den gesetzlichen Berechnungskriterien nach BWG, wobei zur Ermittlung der risikogewichteten Aktiva der Foundation-IRB (FIRB)-Ansatz zur Anwendung kommt. Die Segmente Zentralstaaten, Gebietskörperschaften, Spezialfinanzierungen, Institute sowie Public-Sector-Entities sind im Standardansatz. Für operationales Risiko kommt der Standardansatz zur Anwendung.

Refinanzierungsstruktur

Zum 31. Dezember 2009 verfügte die KA Finanz-Gruppe über langfristige Refinanzierungsmittel (staatsgarantierte Anleihen, Privatplatzierungen, Darlehen) in Höhe von EUR 7,9 Mrd. Die kurzfristige Refinanzierung, bestehend aus Commercial Paper, EZB-Tender, Repo-Refinanzierungen und Geldmarkteinlagen, beläuft sich auf EUR 8,4 Mrd.

Die wichtigsten Refinanzierungsinstrumente des Jahres 2009 sind (Stand 31. Dezember 2009):

EUR 6,1 Mrd.	Staatsgarantierte Anleihen
EUR 6,6 Mrd.	Geldmarkt (inkl. EZB-Tender und Repo)
EUR 0,7 Mrd.	Commercial Paper

Entsprechend den Parametern des Restrukturierungsplans wird der Fokus der zukünftigen Refinanzierungsaktivitäten im kurzfristigen Bereich liegen.

Ertragslage IFRS-Konzern

Die vorliegende IFRS-Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der KF umfasst das Ergebnis der KA alt von Jänner bis November 2009 und das Ergebnis aus dem nicht abgespaltenen Restvermögen vom Dezember 2009. Die Kommunalkredit International Bank Ltd ist zur Gänze im Jahresergebnis der KF erfasst. Die abgespaltenen Beteiligungen (v. a. Kommunalkredit Public Consulting GmbH und Kommunalkredit Beteiligungs- und Immobilien GmbH) sind mit ihren Ergebnissen von Jänner bis November 2009 im Konzernergebnis enthalten.

Der Zinsüberschuss liegt bei EUR 38,5 Mio. nach Haftungsentgelten aus der Beanspruchung des Emergency Liquidity Assistance-Programms der EZB/OeNB und der österreichischen Clearingstelle in Höhe von EUR 18,1 Mio.

Das Provisionsergebnis ist im Ausmaß von EUR -158,1 Mio. durch Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien der Republik Österreich belastet und beträgt demnach EUR -150,3 Mio. Die genannten Haftungsentgelte sind ergebnisunabhängig und wurden an die Republik Österreich voll bezahlt. Gemeinsam mit den im Zinsertrag saldierten Beträgen belaufen sich die an die Republik Österreich geleisteten Entgelte auf brutto EUR 176,2 Mio.

Der Verwaltungsaufwand von EUR -52,4 Mio. ist mit dem Vorjahreswert von EUR -42,5 Mio. nur bedingt vergleichbar. Wesentliche Abweichungen ergeben sich durch einen im Jahr 2008 über die Auflösung von Personalrückstellungen realisierten einmaligen Sonderertrag, den Wegfall der Weiterverrechnung von Verwaltungsaufwendungen an die Dexia Kommunalkredit Bank und einmalige Aufwendungen im Rahmen der Umsetzung der Spaltung. Bei Berücksichtigung dieser Sonderfaktoren liegt der laufende Verwaltungsaufwand um EUR 6,1 Mio. unter dem Niveau des Vorjahres.

Das Kreditrisikoergebnis beträgt EUR -196,1 Mio. und ist vor allem durch Vorsorgen bedingt, welche aufgrund des Auslaufens der Bürgschaft der Republik Österreich im Rahmen der beschriebenen Restrukturierungsmaßnahmen zu bilden waren.

Der Erfolg aus Finanzinvestitionen der KF-Gruppe nach IFRS beträgt im Geschäftsjahr 2009 EUR 810,8 Mio. und setzt sich aus folgenden, wesentlichen Komponenten zusammen:

Wesentliche positive Effekte:

• Geldmarkteinlagenverzicht der KA	EUR +1.000 Mio.
• Bewertung des CDS-Portfolios (von EUR -1.146,5 Mio. auf EUR -601,4 Mio.)	EUR +545 Mio.
• Rückkauf von Eigenkapitalinstrumenten	EUR +106 Mio.

Wesentliche negative Effekte:

• Wertberichtigung und Bewertungen von Vermögensgegenständen, welche 2008 von der Bürgschaft der Republik Österreich erfasst waren	EUR -717 Mio.
• Risikomindernder Abbau aus dem CDS-Portfolio	EUR -106 Mio.
• Neubildung Wertberichtigung für Wertpapiere in 2009	EUR -35 Mio.

Insgesamt ergibt sich ein Jahresergebnis nach Steuern in Höhe von EUR 435,0 Mio. (2008: EUR -1.451,4 Mio.).

Es bestehen wesentliche Unterschiede zum Einzelergebnis nach UGB. Dieses wird im Folgenden erörtert und ist gemäß Emissionsbedingung und BWG für Ausschüttungen an Partizipations- und Ergänzungskapital bestimmend.

Finanzielle Leistungsindikatoren der KA Finanz-Gruppe nach UGB

Ausgewählte Bilanz- und GuV-Kennzahlen in EUR Mio.	2009
Bilanzsumme	17.657,28
Forderungen an Kunden	2.088,40
Schuldverschreibungen	4.203,97
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.659,06
Zinsüberschuss	10,63
Verwaltungsaufwand	-31,55
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.262,96
Jahresergebnis nach Steuern	-267,04

Unternehmenskennzahlen in EUR Mio. bzw. %	2009
Risikogewichtete Aktiva	4.845,48
Eigenmittelerfordernis	396,00
Eigenmittel	749,37
Eigenmittelquote (= Eigenmittel/[Eigenmittelerfordernis/0,08]*100)	15,14 %
Kernkapital-Tier 1	374,69
Kernkapitalquote (= Eigenmittel/[Eigenmittelerfordernis/0,08]*100)	7,57 %
Anzahl an Aktien	307.500
Dividende pro Aktie + Bonus (in EUR)	0

Der UGB-Einzelabschluss der KF weist einen Jahresfehlbetrag von EUR 267,0 Mio. aus. Der Unterschied zum IFRS-Ergebnis ergibt sich vor allem aus dem nach UGB nicht in Ansatz zu bringenden Bewertungsergebnis aus CDS-Beständen von EUR 545,2 Mio. (siehe Einzelabschluss im Anhang für Details). Eine UGB-Risikovorsorge in Höhe von EUR 165 Mio. kann wiederum nach IFRS nicht berücksichtigt werden.

Ein weiterer – für die Höhe des Jahresfehlbetrags weitgehend unwesentlicher – Unterschied ergibt sich aus der unterschiedlichen Behandlung der Spaltung nach IFRS und UGB. Während die IFRS-Bilanzierung in der buchtechnischen Behandlung der Spaltung vollständig auf den Tag der Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch abstellt, folgt die UGB-Bilanzierung dem österreichischen Handelsrecht. Dieses sieht mit 30. Juni 2009 einen rückwirkenden Spaltungsstichtag vor. Die Gewinn- und Verlustrechnung der KF nach UGB umfasst daher das Ergebnis der KA alt (Gesamtbank vor Spaltung) von Jänner bis Juni 2009 und das Ergebnis des nicht abgespaltenen Restvermögens von Juli bis Dezember 2009.

Zudem ergibt sich eine unterschiedliche Behandlung des Erfolges aus dem Rückkauf von Ergänzungskapital-emissionen, welcher nach IFRS in Folge der unterschiedlichen Stichtage voll der KF zugerechnet wird, während nach UGB nur 75,83 % des Erfolges der KF zugeteilt werden; der Rest geht an die KA.

Der UGB-Einzelabschluss ist für die Bedienung gewinnabhängiger Kapitalmarktinstrumente bestimmend. Da für das Gesamtjahr 2009 sowohl das Jahresergebnis nach Steuern als auch der Jahresgewinn nach Rücklagenbewegung keinen Gewinn aufweisen, wird für das Geschäftsjahr 2009 im Jahr 2010 keine Ausschüttung für gewinnabhängige Kapitalinstrumente erfolgen. Dies wurde bereits in der Ad-hoc-Meldung der KF vom 17. November 2009 avisiert.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter/innen

Per 31. Dezember 2009 arbeiten in der KF-Gruppe 22 Mitarbeiter/innen (exkl. Vorstand), davon zwölf weibliche und zehn männliche. Diese gehören zur Gänze zur Kommunalkredit International Bank Ltd in Limassol/Zypern.

Seit der Restrukturierung der KF im November 2009 sind zudem elf Mitarbeiter/innen der Kommunalkredit – vier weibliche und sieben männliche Mitarbeiter (entspricht auch dem Stand per 31. Dezember 2009) – in der KF tätig. Diese elf Personen sind aufgrund einer Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarung ausschließlich für die KF tätig, verbleiben jedoch formal im Mitarbeiterstand der KA.

Die Kosten werden zwischen den Banken aufgrund dieses Agreements verrechnet.

Kommunikation

Mit der Restrukturierung der KA alt kommt es zu einem erhöhten Kommunikationsbedarf: Unter Beteiligung der Mitarbeiter/innen und des Managements wurden der Name und das Logo des Instituts entworfen und implementiert. Unter starker Einbeziehung des Vorstandes wurde via Kundenbriefe und in zahlreichen persönlichen Gesprächen mit Kunden und Marktpartnern die neue Struktur vermittelt. Dies hatte auch operationale Abläufe, wie z. B. im Zahlungsverkehr, betroffen. Allen Beteiligten sei hier ausdrücklich für ihre Unterstützung und ihr Verständnis gedankt. Eine in den Details durchaus komplexe Situation konnte so problemlos und erfolgreich bewältigt werden.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Mit Valuta 24. März 2010 hat die KF eine staatsgarantierte Anleihe über EUR 1 Mrd. begeben. Auf Basis der Staatsgarantie wurde für die Anleihe von den Rating-Agenturen Fitch, S&P und Moody's ein Triple-A-Rating für die Anleihe vergeben.

Zu Jahresbeginn wurde die Rating-Agentur Standard & Poors (S&P) mit der Erstellung eines Ratings für die KF beauftragt, welches am 3. März 2010 mit dem langfristigen Rating A und dem kurzfristigen Rating A-1 veröffentlicht wurde. Damit verfügt die KF mit F1+ von Fitch und A-1 von S&P über zwei hohe kurzfristige Ratings. Die Einstellung des Moody's-Ratings wird angestrebt.

Wesentliche Beteiligungen

Kommunalkredit International Bank Ltd

Bereits im Dezember 2008 wurde unter Zustimmung der zypriotischen Aufsichtsbehörden die grundlegende Entscheidung getroffen, die Kommunalkredit International Bank Ltd (KIB, Zypern) nicht fortzuführen, sondern nach einer grenzüberschreitenden Fusion mit der Muttergesellschaft KF den dortigen Geschäftsbetrieb im Laufe des Jahres 2010 einzustellen. Diese Entscheidung wurde in enger Abstimmung mit den verantwortlichen Aufsichtsbehörden getroffen. Die notwendigen technischen Schritte werden gesetzt. Diese Vorgangsweise bietet sich insbesondere an, als die KIB von der Finanzkrise stark betroffen war und über ein negatives Eigenkapital verfügt. Durch die intendierte und grundsätzlich genehmigte Fusion ist es in Abstimmung mit lokalen Aufsichtsbehörden nicht erforderlich, korrigierende Kapitalmaßnahmen zu setzen. Das Geschäftsjahr 2009 der KIB war geprägt von Stabilisierungsmaßnahmen zur Vorbereitung der für 2010 geplanten Verschmelzung der Bank mit der KF. Der Mitarbeiterstand wurde im Laufe des Jahres von 33 auf 22 reduziert (exklusive Vorstand) und im ersten Quartal 2010 auf 15 weiter abgebaut.

Risikoberichterstattung

Die Steuerung und Begrenzung der Risiken erfolgt im Rahmen einer festgelegten Risikostrategie. Die Überwachung erfolgt in regelmäßigen Sitzungen des Risk Management Committees (RMC). Zusätzlich zum RMC sind Ausschüsse (Kredit, Liquidität, Restrukturierung, Kapital) etabliert, welche die Arbeit des RMC operativ unterstützen und in wöchentlichen oder kürzeren Abständen tagen.

Das primäre Ziel der Gesamtbanksteuerung ist die Sicherung der Liquidität und der Abbau des nicht strategischen Geschäfts der KA alt unter Minimierung des Mitteleinsatzes der Republik Österreich und die möglichst umfangreiche Realisierung des Wertaufholungspotenzials.

Die Aufstellung der Kreditexposures nach Rating zeigt, dass das Exposure in den oberen Ratingkategorien konzentriert ist. Die Kreditqualität des On-Balance-Portfolios und CDS-Portfolios zeigt folgende Ratingverteilung:

AAA/AA	48 %
A	25 %
BBB	23 %

Der Umfang des Non-Investmentgrade-Bereichs beträgt 4 % des Gesamt-Portfolios.

Nach Sektoren gegliedert entfallen 55 % des Exposures auf die öffentliche Hand und 30 % auf Finanzinstitute. Das restliche Exposure verteilt sich zu 11 % auf Corporates und zu 4 % auf Verbriefungen. Im CDS-Portfolio sind 93 % der Exposures gegenüber der öffentlichen Hand, 6 % gegenüber Banken und 1 % gegenüber Corporates.

Weitere Details zum Risikomanagement finden Sie im Risikobericht im Anhang zum Konzernabschluss (Punkt 64 in den Notes).

Details zur Verwendung von Finanzinstrumenten finden sich in den Notes (Punkt 62).

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)

Einleitung

Für die Beschreibung der wesentlichen Merkmale des Internen Kontrollsystem (IKS) werden allgemein anerkannte Standards* herangezogen. Das verwendete Rahmenwerk besteht aus fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Die Ausgestaltung des IKS und des Risikomanagementsystems sowie die Einrichtung dieser Systeme und Prozesse nach den Anforderungen und Bedürfnissen der KF in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung, zu deren wesentlichen Zielsetzungen eine korrekte und transparente Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gehört.

Das Ziel des Internen Kontrollsystems ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive und sich ständig verbessernde interne Kontrollen in Hinblick auf die Rechnungslegung zu gewährleisten. Es ist einerseits auf die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften und andererseits auf die Schaffung von vorteilhaften Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen in den Schlüsselprozessen des Rechnungswesens ausgerichtet.

Dazu gehören alle vom in der KF angesiedelten IKS-Beauftragten und mit der Geschäftsleitung abgestimmten entworfenen und im Unternehmen ausgeführten Prozesse, durch die

- die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der betrieblichen Tätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens vor Verlusten durch Schäden und Malversationen)
- die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung
- die Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften

überwacht und kontrolliert werden.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Prozesse, die dazu dienen, Risiken zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten. Demzufolge sind Maßnahmen zu ergreifen, die verhindern, dass das Erreichen der Unternehmensziele durch Risiken, die schlagend werden, beeinträchtigt wird.

Der Zweck dieses Berichts ist es, eine Übersicht darüber zu geben, wie interne Kontrollen in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess organisiert werden.

Kontrollumfeld

Der grundlegende Aspekt des Kontrollumfelds ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die Mitarbeiter/innen operieren. Das Unternehmen arbeitet aktiv an der Verbesserung der Kommunikation und der Vermittlung der unternehmenseigenen Grundwerte, um die Durchsetzung von Moral, Ethik und Integrität im Unternehmen und im Umgang mit anderen sicherzustellen.

Zentrale organisatorische Grundprinzipien sind die Vermeidung von Interessenkonflikten durch strikte Trennung von Markt und Marktfolge, die transparente Dokumentation von Kernprozessen und Kontrollschritten sowie eine konsequente Anwendung des Vier-Augen-Prinzips.

Die Implementierung des Internen Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist in den internen Richtlinien und Vorschriften festgesetzt. Die Verantwortlichkeiten in Bezug auf das Interne Kontrollsystem wurden an die Unternehmensorganisation angepasst, um ein den Anforderungen entsprechendes und zufriedenstellendes Kontrollumfeld zu gewährleisten.

* z. B. die Regelungen des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO)

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über ein Service Level Agreement an die KA ausgelagert. Dies betrifft insbesondere auch das Rechnungswesen, Meldewesen und damit verbunden Rechnungslegungs- und Meldeprozesse inklusive der damit verbundenen Kontrollen im Sinne des IKS. Alle im Rahmen des Service Level Agreements ausgelagerten Tätigkeiten und die daraus resultierenden Ergebnisse liegen jedoch in der Letztverantwortung der Organe der KF. Eine wesentliche Zusatz-Kontrollfunktion hinsichtlich der Abnahme der Leistungen aus dem Service Level Agreement nimmt der dazu implementierte Operating Officer war, der für die Sicherstellung der Vollständigkeit und Adäquanz für die Erfordernisse der KF mit dem Vorstand verantwortlich ist.

Die Rechnungslegungskompetenz wurde über ein Service Level Agreement (SLA) an die KA ausgelagert. Über dieses SLA werden sämtliche Fragen der Bilanzierung auf Einzel- wie auf Konzernebene geklärt. Gleichfalls ausgelagert sind die Budgetierung, Kostenrechnung inklusive Kosten-Soll/Ist-Monitoring sowie das Meldewesen an die Oesterreichische Nationalbank bzw. andere auf nationaler Ebene agierende Kontrollinstitutionen. Die Leistungen bezüglich der Erstellung und Aktualisierung der konzernweit geltenden Bilanzierungshandbücher, die Plausibilitätskontrolle der von den Tochtergesellschaften eingehenden Reports und für die eigentliche Konsolidierung werden ebenfalls via SLA von der KA bezogen.

Leistungen der Internen Revision werden via SLA von der KA bezogen. Sie überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung der internen Vorschriften. Der Leiter der Internen Revision berichtet direkt an den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikobeurteilung

Das Risikomanagement der KF hat das Ziel, alle identifizierbaren Risiken aufzudecken und gegebenenfalls Maßnahmen zu deren Abwehr und Verhinderung einzuleiten. Dies beinhaltet auch die Risiken einer wesentlichen Fehldarstellung bei der Abbildung von Transaktionen.

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden durch das Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich beurteilt wurden.

Die von den zuständigen Stellen durchgeführten internen Kontrollmaßnahmen werden jährlich evaluiert. Die Bewertung des Risikos einer fehlerhaften Finanzberichterstattung basiert auf unterschiedlichen Kriterien. So können z. B. komplexe Bilanzierungsgrundsätze zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen. Unterschiedliche Grundsätze für die Bewertung von Vermögensgegenständen sowie ein komplexes oder sich veränderndes Geschäftsumfeld können ebenso das Risiko eines wesentlichen Fehlers in der Finanzberichterstattung begründen.

Im SLA ist geregelt, nach welchen Standards und Regeln sämtliche Standardtransaktionen im Primärsystem der Bank erfasst werden. Vorhersehbare Bilanzierungsthemen sind in den Bilanzierungshandbüchern geregelt. Bewertungsfragen sind in Bewertungshandbüchern und Arbeitsanweisungen geregelt. Für die Ermittlung der Wertansätze gibt es eine ebenfalls ausgelagerte qualifizierte, spezialisierte vom Markt unabhängige Organisationseinheit (Valuation and Modeling). Neue Produkte unterliegen einem strengen Produktgenehmigungs- und -einführungsprozess.

Komplexe oder nicht im Detail geregelte Bilanzierungsthemen werden mit dem Vorstand besprochen und gegebenenfalls unter Beiziehung externer Berater und in enger Abstimmung mit dem Bankprüfer gelöst.

Kontrollmaßnahmen

In der KF besteht ein Regelungssystem, welches Strukturen, Prozesse, Funktionen und Rollen innerhalb des Unternehmens festlegt. Dieses bestimmt explizit, wie mit Arbeitsanweisungen oder Arbeitsrichtlinien umzugehen ist bzw. wie diese zu befolgen sind. Dies betrifft vor allem die Informationsverarbeitung, die Dokumentation der gesendeten und empfangenen Information sowie die Vermeidung unerwünschter Käufe oder Verkäufe von Vermögensgegenständen, die eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss hätten. Zusätzlich zum

Vorstand und Aufsichtsrat umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene der KF (Risk Officer, Portfolio Officer und Operating Officer) und Leistungen, die via SLA von der Internen Revision der KA bezogen werden.

Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vorgebeugt bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und der vertraglich vereinbarten Analyse der fortlaufenden Prozesse bei der Leistungserstellung des Dienstleisters. Der Bilanzierungs- und Budgetierungsprozess inklusive Kontrollschritte ist für die Gruppe dokumentiert und unterliegt einem jährlichen Reviewprozess. Der Prozessablauf und die Verantwortlichkeiten sind mittels einer Prozessdokumentationssoftware abgebildet und für alle Prozessbeteiligten im Intranet abrufbar und nachvollziehbar. Es liegt in der Verantwortung des Vorstandes, dass die Hierarchieebenen so ausgestaltet sind, dass eine Aktivität und die Kontrolle dieser Aktivität nicht von derselben Person durchgeführt wird (Vier-Augen-Prinzip).

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf die IT-Sicherheit stellen einen Eckpfeiler des Internen Kontrollsystems dar. So wird die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen unterstützt.

Die Erfassung, Abrechnung und Verbuchung der Geschäftsvorfälle erfolgt zentral im Treasury- und Darlehensmodul bzw. FI-Modul von SAP. Die Abläufe sind im Backoffice-Handbuch dokumentiert.

Die Reporting-Packages der wesentlichen Tochtergesellschaften werden via SLA von der KA zentral plausibilisiert und konsolidiert. In Tochtergesellschaften ist die jeweilige Geschäftsführung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Standards der Gruppe und den Anforderungen des jeweiligen Unternehmens entsprechenden Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sowie für die Einhaltung der in diesem Zusammenhang bestehenden konzernweiten Richtlinien und Vorschriften in letzter Instanz verantwortlich.

Eine Marktgerechtigkeitskontrolle ist durch die monatlichen Plausibilitätskontrollen der Controlling- und Rechnungswesenreports gewährleistet.

Information und Kommunikation

In der KF berichten der Risk Officer und Deputy Risk Officer, der Portfolio Officer und der Operating Officer an den Vorstand. Im Zusammenhang mit der Darstellung und Vermeidung von Interessenkonflikten berichten zudem die erwähnten Officer auch direkt an den Aufsichtsrat. Die Informationstiefe richtet sich einerseits nach den von den Organen verlangten, andererseits nach der von den jeweiligen Officern für wichtig erachteten Information.

Der Treasury-Vorstand erhält täglich Zwischenberichte via SLA von der Abteilung Treasury zum Liquiditätsrisiko. Für den Gesamtvorstand wird monatlich ein gesamtheitlicher Performance- und Risikobericht vom Risk Officer erstellt (RMC-Mappe), der weitgehend auf Informationen, die via SLA bezogen werden, aufbaut.

Dem Aufsichtsrat wird regelmäßig umfassend berichtet. Hier beinhaltet der Informationsfluss die Rechenwerke (Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung inklusive Kommentierung der wesentlichen Entwicklungen, Kapitalplanungsrechnungen) des Unternehmens, wie auch Analysen zum Liquiditätsrisiko via SLA von der Abteilung Treasury und Analysen zum Portfoliomanagement bzw. zu Portfolioabbaumaßnahmen des Portfolio Officers. Die Gesellschafter und die Öffentlichkeit werden durch den Halbjahresfinanzbericht und den Jahresfinanzbericht informiert. Darüber hinaus erfolgt die Information über Ad-hoc-Meldungen.

Es werden regelmäßig Diskussionen betreffend die Finanzberichterstattung und die in diesem Zusammenhang bestehenden Richtlinien und Vorschriften in verschiedenen Gremien geführt. In diesen Gremien finden sich neben dem Management auch Abteilungsleiter/innen und führende Mitarbeiter/innen der mit der Leistungserstellung beauftragten Mitarbeiter/innen der KA. Die Arbeit in den Gremien hat unter anderem zum Ziel, die Einhaltung

der Richtlinien und Vorschriften, die das Rechnungswesen betreffen, sowie die Identifizierung und die Kommunikation von Schwachstellen und Verbesserungspotenzialen im Rechnungswesenprozess sicherzustellen.

Außerdem werden die Mitarbeiter/innen des Rechnungswesens laufend in Hinblick auf Neuerungen in der nationalen und internationalen Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können.

Überwachung

Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand. Darüber hinaus sind aus dem SLA die jeweiligen Abteilungsleiter/innen für die Überwachung der entsprechenden Verantwortungsbereiche zuständig, so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern/innen des Rechnungswesens und vom Vorstand vor Weiterleitung an den Bilanzausschuss des Aufsichtsrates einer abschließenden Würdigung und ausdrücklichen Freigabe unterzogen.

Durch die Überwachung der Einhaltung sämtlicher Regeln will die KA Finanz AG eine möglichst große Sicherheit aller betrieblichen Abläufe und Prozesse und den Einklang mit den konzernweiten Vorschriften erlangen. Wenn hohe Risiken und Kontrollschwächen aufgedeckt werden, wird zeitnah versucht, Abhilfe- und Abwehrmaßnahmen an die Verantwortlichen zu kommunizieren.

Um die Einhaltung auf Konzernebene gewährleisten zu können, wird die Einhaltung der Vorgaben gemäß dem jährlich zu erstellenden Plan der Internen Revision und der Konzernrevision regelmäßig geprüft.

Compliance und Geldwäsche

Der von der KF unterzeichnete Standard Compliance Code der österreichischen Kreditwirtschaft (SCC) enthält konkrete sowie über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausgehende Anforderungen betreffend den fairen Umgang mit den Kunden und die Sicherung ihres Vertrauens.

Die KF verfügt über eine dem SCC entsprechende interne Compliance-Ordnung und eine Compliance-Organisation unter Leitung eines Compliance-Verantwortlichen. In Übereinstimmung mit dem SCC liegt der Schwerpunkt der Compliance-Ordnung in der Verhinderung des Missbrauchs von Information, etwa durch Insiderinformationen oder Marktmanipulation. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Compliance-Organisation, die Verletzung jeglicher gesetzlicher oder interner Anforderungen schon im Vorfeld zu verhindern, um so möglichen Gefahren für die Reputation des Unternehmens zu begegnen. Seitens der Compliance werden auch die Aktualität der Compliance-Ordnung und ihre Einhaltung konzernweit sichergestellt.

Der Compliance-Verantwortliche ist Ansprechstelle für alle Mitarbeiter/innen und informiert diese regelmäßig über die geltenden Anforderungen. Als Geldwäschebeauftragter hat der Compliance-Verantwortliche auch die Einhaltung der in §§ 40 bis 41 Bankwesengesetz normierten „Besonderen Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung“ zu gewährleisten.

Die Beachtung aller für das Unternehmen relevanten gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften ist selbstverständliche Basis des täglichen Handelns. Das Monitoring der Rechtsvorschriften dient der Sicherstellung eines entsprechend aktuellen Wissensstandes.

Prognosebericht

Die KF ist auf Basis der neuen Eigentümerstruktur und der damit verbundenen Stabilisierung der Liquiditätssituation gut auf das gegenwärtig volatile Marktumfeld eingestellt.

Die KF wird entsprechend dem Restrukturierungsplan das Wertpapier- und CDS-Portfolio unter Bedachtnahme auf Werterholungspotenziale betreuen und abbauen. Die dafür notwendigen Voraussetzungen

- gesicherte Liquiditätsbasis
- gesicherte Kapitalisierung
- gesicherter gesellschaftsrechtlicher Rahmen

wurden im Jahr 2009 geschaffen. Die Gespräche mit der Europäischen Kommission über den Umstrukturierungsplan laufen planmäßig, der Abschluss wird im Laufe des Jahres 2010 erwartet. Mit der für September 2010 vorgesehenen Verschmelzung der Kommunalkredit International Bank Ltd auf die KF ist die gesellschaftsrechtliche Restrukturierung der KF abgeschlossen.

Nach Abschluss der Fusion mit der Kommunalkredit International Bank Ltd wird die Konzerneigenschaft der KF nicht mehr gegeben sein; die Rechnungslegung wird daher wie im Restrukturierungsplan angestrebt nur nach UGB-Kriterien erfolgen. Die an die Republik Österreich zu entrichtenden Gebühren sind gewinnunabhängig und werden daher voll geleistet. Infolge der daraus entstehenden Belastung wird in absehbarer Zukunft kein positives Jahresergebnis bzw. positiver Bilanzgewinn erwirtschaftet werden. Somit ergibt sich ebenso, dass keine Ausschüttungen an Partizipations- und Ergänzungskapital erfolgen können; dies wurde bereits in der Ad-hoc-Meldung vom 17. November 2009 bekanntgegeben. Die Einhaltung eines Tier 1-Ratio von 7 % ist angestrebt. Zur Erreichung dieses Ziels werden die gemäß Kapitalisierungsvereinbarung vom 17. November 2009 mit der Republik Österreich genannten Restrukturierungszuschüsse (aus der Saldierung mit den Haftungsentgelten) erforderlich sein.

Insgesamt wird für das Jahr 2010 weiterhin mit einem volatilen Marktumfeld gerechnet. Die Debatte über öffentliche Verschuldung wird anhalten. Die Marktberuhigung wird wesentlich vom Fortschritt in der Sanierung der öffentlichen Haushalte abhängen. Vor diesem Hintergrund wird die KF bestrebt sein, abhängig von den jeweiligen Marktgegebenheiten, neben der Abreifung von Darlehen und Wertpapieren in Höhe von EUR 1,26 Mrd., Aktiva mit einem Nominale von bis zu EUR 500 Mio. abzubauen.

Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der KF werden sich den gestellten Aufgaben weiterhin mit großem Engagement widmen.

Der Vorstand der KA Finanz AG

Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, 16. April 2010

IFRS-Konzernabschluss

IFRS-Konzernabschluss 2009 der KA Finanz-Gruppe

I. Bilanz

Aktiva in EUR 1.000	Anhang	31. 12. 2009	31. 12. 2008 ^{*)}
Barreserve	(24)	559.666,7	171.113,6
Forderungen an Kreditinstitute	(25)	6.177.703,8	8.537.763,8
Forderungen an Kunden	(26)	6.535.172,5	18.157.517,5
Risikovorsorge	(28)	-230.315,9	-53.399,0
Handelsaktiva	(29)	0,0	16.419,7
Finanzanlagen	(30)	4.775.718,4	7.164.444,9
davon Beteiligungen an assoziierten Unternehmungen		0,0	723,9
Sachanlagen	(31)	5.805,4	39.765,4
Sonstige Aktiva	(33)	3.583.577,1	3.423.021,3
davon immaterielle Vermögensgegenstände		0,0	289,0
davon latente Steuern		59.525,3	115.373,7
Aktiva		21.407.328,0	37.456.647,1

Passiva in EUR 1.000	Anhang	31. 12. 2009	31. 12. 2008 ^{*)}
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(35)	9.596.640,6	14.509.895,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(36)	46.835,0	1.001.719,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	(38)	6.850.186,5	16.686.585,3
Handelspassiva	(39)	0,0	14.903,3
Rückstellungen	(40)	1.687,9	18.496,9
Sonstige Passiva	(41)	4.816.077,2	5.887.401,6
Nachrangkapital	(42)	346.820,0	499.118,7
Eigenkapital	(43)	-250.919,2	-1.161.473,1
davon Partizipationskapital		434.126,8	200.000,0
davon Minderheiten		0,0	111,3
Passiva		21.407.328,0	37.456.647,1

*) Vergleichbarkeit ist aufgrund der unter Punkt 3 beschriebenen Spaltung nur bedingt möglich.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Erfolgsrechnung in EUR 1.000	Anhang	2009	2008 ^{*)}
Zinsen und ähnliche Erträge		2.547.371,2	3.196.461,2
davon Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen		587,8	312,9
davon Gewinnanteile aus assoziierten Unternehmen, die at-Equity bewertet werden		365,8	-44,5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-2.508.823,5	-3.106.466,9
Zinsüberschüsse	(44)	38.547,6	89.994,3
Provisionserträge		38.019,5	41.482,0
Provisionsaufwendungen		-188.332,6	-20.900,2
Provisionsergebnis	(45)	-150.313,1	20.581,8

Erfolgsrechnung in EUR 1.000	Anhang	2009	2008^{*)}
Verwaltungsaufwand	(46)	-52.377,9	-42.451,6
Handelsergebnis	(47)	3.328,4	625,4
Kreditrisikoergebnis	(48)	-196.095,1	-41.407,0
Erfolg aus Finanzinvestitionen	(49)	810.825,5	-1.328.967,3
davon aus CDS		545.156,2	-1.087.844,9
Sonstiger betrieblicher Erfolg	(50)	-6.324,5	-175.526,1
Jahresergebnis vor Steuern		447.590,8	-1.477.150,6
Ertragsteuern	(51)	-12.622,7	25.702,6
Jahresergebnis nach Steuern		434.968,1	-1.451.448,1
davon den Eigentümern zuzurechnen		434.949,5	-1.454.637,7
davon den Minderheitsanteilen zuzurechnen		18,6	44,3
davon Partizipationskapital		0,0	3.145,4

*) Vergleichbarkeit ist aufgrund der unter Punkt 3 beschriebenen Spaltung nur bedingt möglich.

III. Gesamtergebnisrechnung

Gesamtergebnis in EUR 1.000	Anhang	2009	2008^{*)}
Jahresergebnis nach Steuern		434.968,1	-1.451.448,1
aus der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Available-for-Sale)	(43)		
davon aus Bewertungsergebnissen		195.460,7	-354.569,1
davon aus der Umgliederung von Bewertungsergebnissen in den Gewinn oder Verlust		-6.732,1	892,5
davon Veränderung aus Spaltung		32.258,6	0,0
davon Änderung des Konsolidierungskreises		0,0	239,2
aus der Veränderung der Währungsrücklage		0,0	-4.688,8
Sonstiges Ergebnis nach Steuern		220.987,1	-358.126,2
Gesamtergebnis		655.955,1	-1.809.574,3
davon den Eigentümern zuzurechnen		655.936,6	-1.812.763,9
davon den Minderheitsanteilen zuzurechnen		18,6	44,3
davon Partizipationskapital		0,0	3.145,4

*) Vergleichbarkeit ist aufgrund der unter Punkt 3 beschriebenen Spaltung nur bedingt möglich.

IV. Eigenkapitalveränderungsrechnung

Die Entwicklung des Eigenkapitals nach IFRS stellt sich für 2008 und 2009 wie folgt dar:

in EUR 1.000	Gezeichnetes Kapital	Partizipationskapital	Kapitalrücklagen ¹⁾	Gewinnrücklagen ²⁾
Stand 01.01.2008	18.530,9	207.714,6	178.104,9	195.416,3
Kapitalerhöhung	3.815,2	0,0	162.949,5	0,0
Ausschüttung	0,0	-7.714,6	0,0	0,0
Auflösung Gewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0	-51.036,2
Jahresüberschuss nach Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
Veränderung Hedge-/AFS-Rücklage	0,0	0,0	0,0	0,0
Änderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Veränderung ⁵⁾	0,0	0,0	-1.250,7	0,0
Stand 01.01.2009	22.346,0	200.000,0	339.803,7	144.380,1
Kapitalerhöhung	0,0	372.500,0	60.000,0	0,0
Ausschüttung	0,0	0,0	0,0	0,0
Dotierung/Auflösung Gewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0	-1.454.637,7
Auflösung ⁴⁾	0,0	0,0	-332.088,8	349.875,2
Jahresüberschuss nach Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
Veränderung Hedge-/AFS-Rücklage	0,0	0,0	0,0	0,0
Änderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0
Veränderung aus Spaltung	0,0	-138.373,3	0,0	-54.393,1
Sonstige Veränderung ⁵⁾	0,0	0,0	-2.793,8	0,0
Stand 31.12.2009	22.346,0	434.126,8	64.921,2	-1.014.775,6

1) Von den Kapitalrücklagen sind TEUR 9.351,2 gebunden und TEUR 55.570,0 ungebunden.

2) In den Gewinnrücklagen ist eine Haferrücklage in Höhe von TEUR 76.091,1 (31.12.2008: TEUR 76.620,1) enthalten.

3) Bei der Available-for-Sale-Rücklage wurden zum 31.12.2009 TEUR 41.862,2 (31.12.2008: TEUR 94.765,9) an latenten Steuern berücksichtigt. TEUR -6.732,1 wurden im Berichtsjahr (2008: TEUR 892,5) infolge von Verkäufen in die Gewinn- und Verlustrechnung überführt.

4) Diese Position repräsentiert Auflösungen per 30.06.2009 zum Ausgleich des Bilanzverlustes zum 31.12.2008 sowie des laufenden Verlustes des Geschäftsjahres 2009 nach Bankwesengesetz im Zusammenhang mit der Spaltung.

5) Die Sonstigen Veränderungen stellen Transaktionskosten im Zusammenhang mit der Emission von Partizipationskapital dar.

Das negative IFRS-Eigenkapital per 31.12.2009 beträgt TEUR -250.919,2. Die wesentlichen Faktoren sind dabei die negativen Marktwerte der CDS in Höhe von TEUR -605.397,3 und die negative AFS-Rücklage in Höhe von TEUR -192.489,5. Die regulatorischen Eigenmittel gemäß österreichischem Bankwesengesetz betragen zum 31.12.2009 TEUR 862.476,3 (31.12.2008: TEUR 784.313,5); alle gesetzlichen Erfordernisse werden erfüllt. Die Eigenmittelquote beträgt 14,3 %, die Tier 1-Quote 7,2 %. Weitere Details siehe Punkt 43.

Währungs- rücklage	Available-for- Sale-Rücklage ³⁾	Hedge- rücklage	Jahres- überschuss	Eigenkap. exkl. Minderheiten	Minderheiten- anteil	Eigenkapital
4.688,8	-60.039,1	-65,1	-44.921,3	499.429,9	107,9	499.537,9
0,0	0,0	0,0	0,0	166.764,7	0,0	166.764,7
0,0	0,0	0,0	-6.114,9	-13.829,5	-40,9	-13.870,4
0,0	0,0	0,0	51.036,2	0,0	0,0	0,0
0,0	0,0	0,0	-1.454.637,7	-1.454.637,7	44,3	-1.454.593,4
0,0	-353.676,6	65,1	0,0	-353.611,5	0,0	-353.611,5
-4.688,8	239,2	0,0	0,0	-4.449,6	0,0	-4.449,6
0,0	0,0	0,0	0,0	-1.250,7	0,0	-1.250,7
0,0	-413.476,6	0,0	-1.454.637,7	-1.161.584,4	111,3	-1.161.473,1
0,0	0,0	0,0	0,0	432.500,0	0,0	432.500,0
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
0,0	0,0	0,0	1.454.637,7	0,0	0,0	0,0
0,0	0,0	0,0	0,0	17.786,4	0,0	17.786,4
0,0	0,0	0,0	434.949,5	434.949,5	-18,6	434.930,9
0,0	188.728,5	0,0	0,0	188.728,5	0,0	188.728,5
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
0,0	32.258,6	0,0	0,0	-160.507,8	-90,4	-160.598,2
0,0	0,0	0,0	0,0	-2.793,8	0,0	-2.793,8
0,0	-192.489,5	0,0	434.949,5	-250.921,6	2,4	-250.919,2

V. Geldflussrechnung

Die Geldflussrechnung zeigt den Stand und die Entwicklung der Zahlungsmittel der KF-Gruppe. Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand umfasst in enger Abgrenzung den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

in EUR 1000	2009	2008
Jahresüberschuss nach Steuern	434.949,5	-1.454.637,7
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibung/Zuschreibung auf Finanzanlagen	-365,8	44,5
Abschreibung/Zuschreibung auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	2.134,3	2.741,3
Dotierung/Auflösung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	185.437,5	53.049,5
Gewinn/Verlust aus der Bewertung von Finanz- und Sachanlagen	-900.106,7	1.297.332,6
Nicht realisierte Gewinne/Verluste aus Wechselkursänderungen	-3.124,7	-614,2
Sonstige Anpassungen (per Saldo)	-864.146,8	-25.241,3
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	-2.445.952,4	-1.828.548,6
Forderungen an Kunden	1.403.579,1	-4.639.210,1
Handelsaktiva	-40.123,9	11.271,2
Finanzinvestitionen exkl. Held-to-Maturity	410.216,5	2.655.146,0
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-928.300,5	-1.590.695,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-2.432.504,2	5.873.502,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	329.261,3	342.034,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.757.125,1	-2.989.355,7
Handelspassiva	21.232,5	5.271,9
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	55.976,4	2.065.763,8
Erhaltene Zinsen	2.715.773,5	751.650,2
Gezahlte Zinsen	-1.847.322,6	-724.352,4
Erhaltene Dividenden	537,8	312,9
Ertragsteuerzahlungen	-4.841,8	-2.369,3
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-150.565,8	-196.904,1
Einzahlungen aus der Veräußerung/Tilgung von		
Finanzanlagen Held-to-Maturity	157.218,1	194.491,8
Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	26,0	17,5
Auszahlungen aus dem Erwerb von		
Finanzanlagen Held-to-Maturity	0,0	-290,0
Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	-563,4	-4.660,7
Beteiligungen	0,0	0,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	156.680,7	189.558,6

in EUR 1000	2009	2008
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	432.500,0	166.764,7
Dividendenzahlungen	0,0	-6.114,9
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	-50.061,8	-10.343,2
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	382.438,2	150.306,6
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	171.113,6	28.152,5
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-150.565,8	-196.904,1
Cashflow aus Investitionstätigkeit	156.680,7	189.558,6
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	382.438,2	150.306,6
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	559.666,7	171.113,6

Anhang zum Konzernabschluss der KA Finanz-Gruppe

Im Bericht werden folgende Bezeichnungen für die involvierten Einheiten verwendet:

- Kommunalkredit Austria AG vor der Spaltung: **KA alt**
- KA Finanz AG, seit der Spaltung am 28. November 2009
(vormals Kommunalkredit Austria AG (KA alt)): **KF**
- Kommunalkredit Depotbank AG vor der Spaltung: **KDB**
- Kommunalkredit Austria AG, seit der Spaltung am 28. November 2009
(vormals Kommunalkredit Depotbank AG): **KA**

Allgemeine Grundlagen

1. Allgemeine Informationen

Die KA Finanz AG (im Folgenden KF) mit Sitz in 1090 Wien, Türkenstraße 9, ist als Spezialbank mit der Aufgabe des langfristigen Abbaus des nicht strategischen Geschäfts der ehemaligen Kommunalkredit Austria AG betraut. Sie ist unter der Firmenbuchnummer 128283b beim Handelsgericht Wien eingetragen.

Die KF entstand im Zuge einer Restrukturierung, die nach der Verstaatlichung der KA alt infolge der Finanzkrise erforderlich war. Dabei wurde gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 iVm § 17 Spaltungsgesetz (Spaltung zur Aufnahme) die KA alt in zwei Kreditinstitute aufgespalten: Die KA übernahm das Kerngeschäft der KA alt, welches insbesondere das kommunale und infrastrukturnahe Geschäft umfasst. In der KF verblieb das sonstige, nicht strategische Geschäft (insbesondere das Wertpapiergeschäft, das Credit-Default-Portfolio und die Anteile an der Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern).

Ziel und Geschäftszweck der KF ist die bestmögliche Verwaltung und Verwertung des nicht strategischen Portfolios der KA alt unter Minimierung des Mitteleinsatzes der Republik Österreich. Zwar ist in der KF kein Neugeschäft in Darlehen, Wertpapieren oder CDS-Sell-Positionen geplant, zum Zweck des aktiven Managements des Portfolios betreibt die KF aber weiterhin aktive Bankgeschäfte, insbesondere auf der Refinanzierungsseite und im Derivatbereich für Zins-, FX- und Portfolioabsicherungsgeschäfte.

Rechtstechnisch erfolgte der Vorgang durch eine Abspaltung des Kerngeschäftes der ehemaligen Kommunalkredit Austria AG in die Tochtergesellschaft Kommunalkredit Depotbank AG und Auskehrung der Anteile an die Eigentümer der Kommunalkredit Austria AG. Die Kommunalkredit Depotbank AG wurde nach Durchführung der Spaltung in Kommunalkredit Austria AG umbenannt. Die KA alt mit dem nicht strategischen Geschäft wurde nach Durchführung der Abspaltung in KA Finanz AG umbenannt. Handels- und steuerrechtlicher Spaltungsstichtag nach UGB war der 30.06.2009. Die Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch erfolgte am 28.11.2009. Damit wurde die Spaltung zivilrechtlich (und damit auch für IFRS-Zwecke) wirksam.

Die Republik Österreich hält 99,78 % der Anteile an der KF, die restlichen Anteile werden vom Österreichischen Gemeindebund gehalten. Die KF ist übergeordnetes Kreditinstitut einer Kreditinstitutsgruppe im Sinne des § 30 BWG. Die Erstellung eines Konzernabschlusses der KF nach IFRS erfolgt gemäß § 59a BWG.

Die Berichtswährung und funktionale Währung ist der Euro. Sofern nicht anders angegeben, werden die Zahlen auf Tausend Euro gerundet dargestellt. Dadurch können sich in den Tabellen Rundungsdifferenzen ergeben.

2. Angewandte Standards und Interpretationen

Der Konzernabschluss der KF für das Geschäftsjahr 2009 wurde in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten und in Kraft befindlichen International Financial Reporting Standards (IFRS) und International Accounting Standards (IAS) und sowie deren Interpretationen durch das International Financial Reporting Committee (IFRICs und SICs), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, erstellt.

Im Geschäftsjahr 2009 angewandte neue bzw. geänderte Standards und Interpretationen, soweit diese für den Konzernabschluss der KF von Bedeutung sind:

IFRS 8 Operative Segmente ersetzt IAS 14 und schreibt die Anwendung des Management-Ansatzes bei der Segmentberichterstattung vor. Darzustellen sind die operativen Segmente, wie sie regelmäßig durch die oberste Führungsebene überprüft werden. Die KF zeigt die Segmente im vorliegenden Konzernabschluss gemäß den neuen Anforderungen. IFRS 8 hat keine Auswirkung auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KF.

IAS 1 Darstellung des Abschlusses (überarbeitet 2007) führt unter anderem die Darstellung des Gesamtergebnisses („Comprehensive Income“) ein, in dem alle Veränderungen des Eigenkapitals erfasst werden, die nicht aus Transaktionen mit dem Eigentümer stammen. Die Anwendung dieser Änderungen hatte lediglich Auswirkungen auf die Darstellung des Konzernabschlusses der KF.

IFRS 7 Finanzinstrumente-Angaben (überarbeitet 2009) soll Verbesserungen der Angaben zu Finanzinstrumenten bringen. Die geänderten Vorschriften sehen erweiterte Angaben zu den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten gemäß einer dreistufigen Fair-Value-Hierarchie vor, die die Art der in den Bewertungsmethoden verwendeten Inputparameter abbildet. Außerdem wurden die qualitativen und quantitativen Angaben zu Liquiditätsrisiken geändert. Diese Änderungen haben – mit Ausnahme der zusätzlichen bzw. geänderten Angaben – keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der KF. Für das erste Jahr sind keine Vergleichszahlen anzugeben.

Die weiteren Änderungen von Standards (wie insbesondere IAS 23 Fremdkapitalkosten – überarbeitet 2007, IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse – überarbeitet 2008, IFRS 2 Anteilsbasierte Vergütungen – überarbeitet 2008, IAS 32 Finanzinstrumente Darstellung – überarbeitet 2008) und neuen Interpretationen (IFRIC 13 Kundenbindungsprogramme, IFRIC 15 Vereinbarungen über die Errichtung von Immobilien, IFRIC 16 Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb) haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der KF.

Die folgenden Standards bzw. Änderungen von Standards wurden vom IASB beschlossen und von der EU übernommen, sind jedoch im Geschäftsjahr 2009 noch nicht verpflichtend anzuwenden und wurden von der KF auch nicht freiwillig vorzeitig angewendet, werden aber voraussichtlich bei der Erstanwendung für den Konzernabschluss der KF von Bedeutung sein.

IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse und IAS 27 Konzern- und Einzelabschlüsse wurden im Jänner 2009 geändert. Die Änderungen treten für Unternehmenszusammenschlüsse in Kraft, die am oder nach dem 01.07.2009 beginnen. Inhaltlich wurden insbesondere die Regeln für die Anwendung der Erwerbsmethode weiterentwickelt und im Hinblick auf die Minderheitsanteile sowie Änderungen bei den Minderheitsanteilen geändert bzw. präzisiert. Auswirkungen werden sich erst bei künftigen Unternehmenszusammenschlüssen der KF ergeben.

3. Restrukturierung/Spaltung der Kommunalkredit Austria AG

Bei der 2009 erfolgten Abspaltung des strategischen Geschäftes der Kommunalkredit Austria AG in die Tochtergesellschaft KDB handelt es sich um eine sogenannte „Common Control Transaction“ nach IFRS 3, da alle involvierten Parteien (KA alt und Kommunalkredit Depotbank AG) bereits vor der Spaltung von denselben Eigentümern (Republik Österreich, Österreichischer Gemeindebund) kontrolliert wurden. Derartige Transaktionen sind explizit von IFRS 3 ausgenommen und fallen in einen in IFRS nicht geregelten Bereich. Auch IFRIC 17 Unbare Ausschüttungen an Anteilseigner ist – selbst wenn er schon im Geschäftsjahr 2009 anzuwenden wäre – aufgrund der Beherrschung durch die Republik Österreich nicht einschlägig. Daher muss die KF für diese Transaktion Bilanzierungsgrundsätze auswählen, die zu verlässlichen und zuverlässigen Informationen führen. Den Abgängen aus der Spaltung stehen spiegelbildlich die Zugänge in der KA gegenüber.

Die Spaltung hatte auf die Bilanz der KF folgende Auswirkungen:

Aktiva in EUR 1.000	Abgänge aus Spaltung 28.11.2009
Barreserve	-241,6
Forderungen an Kreditinstitute	-5.674.109,7
Forderungen an Kunden	-10.218.765,9
Risikovorsorge	778,7
Handelsaktiva	-36.030,5
Finanzanlagen	-2.038.637,3
davon Beteiligungen an assoziierten Unternehmungen	-1.089,7
Sachanlagen	-38.494,5
Sonstige Aktiva	-788.257,8
Aktiva	-18.793.758,6

Passiva in EUR 1.000	Abgänge aus Spaltung 28.11.2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-2.480.750,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-1.284.145,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	-13.593.523,9
Handelspassiva	-15.622,7
Rückstellungen	-9.067,1
Sonstige Passiva	-1.147.813,9
Nachrangkapital	-102.236,9
Eigenkapital	-160.598,2
davon Partizipationskapital	-138.373,3
davon Minderheiten	-90,4
Passiva	-18.793.758,6

Eine Anpassung der Vorjahreszahlen ist gemäß IAS 1.38f nicht erforderlich.

4. Rekapitalisierung/Besserungsschein

Die Rekapitalisierung der KF erfolgte durch folgende miteinander verbundenen Maßnahmen:

- Verzicht der KA auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen bei der KF in Höhe von EUR 1 Mrd.
- Gewährung eines Besserungsscheines der KF an KA, welcher der KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen der KF im Ausmaß des Verzichts Betrags zuzüglich einer Verzinsung von 4,3 % zusichert. Aus dem Besserungsschein zu leistende Zahlungen sind gegenüber Kuponansprüchen des Ergänzungs- und Partizipationskapitals der KF vorrangig, gegenüber Zinsansprüchen der Gläubiger der KF (einschließlich nachrangiger Gläubiger) nachrangig.
- Verzicht der KF auf ihre Rechte aus der zum 31.12.2008 zugesagten Bürgschaft der Republik Österreich für bestimmte Vermögensgegenstände über max. EUR 1.207,9 Mio.

Der Wegfall der Bürgschaft führte unter Berücksichtigung der 2009 eingetretenen Werterholungen der verbürgten Assets von TEUR 291.333,4 zu folgenden Auswirkungen auf die Bilanz und GuV der KF:

Bilanz

Aktiva in EUR Mio.	Wegfall der Bürgschaft	Werterholung	Auswirkung 2009
Forderungen an Kreditinstitute	-482.644,0	20.154,6	-462.489,4
Forderungen an Kunden	-156.578,0	85.410,1	-71.168,0
Risikovorsorge	-311.262,4	143.087,7	-168.174,6
davon Vorsorge Incurred but not reported losses	-185.775,6	139.131,6	-46.644,0
Finanzanlagen	-160.401,8	50.399,3	-110.002,5
davon Vorsorge Incurred but not reported losses	-14.964,4	7.658,4	-7.306,0
Sonstige Aktiva	-97.000,0	2.356,5	-94.643,5

Passiva in EUR Mio.	Wegfall der Bürgschaft	Werterholung	Auswirkung 2009
Sonstige Passiva	0,0	10.074,8	-10.074,8
Eigenkapital	-1.207.886,2	291.333,4	-916.552,8

Gewinn- und Verlustrechnung

Erfolgsrechnung in EUR Mio.	Wegfall der Bürgschaft	Werterholung	Auswirkung 2009
Kreditrisikoergebnis	-338.775,6	143.488,1	-195.287,5
davon Vorsorge Incurred but not reported losses	-185.775,6	139.131,6	-46.644,0
Erfolg aus Finanzinvestitionen	-869.110,6	147.845,3	-721.265,3
davon Vorsorge Incurred but not reported losses	-14.964,4	7.658,4	-7.306,0
Konzernjahresergebnis	-1.207.886,2	291.333,4	-916.552,8

Der Geldmarkteinlagenverzicht der KA resultiert in einem außerordentlichen Ertrag in Höhe von TEUR 1.000.000,0 und wird im Erfolg aus Finanzinvestitionen ausgewiesen.

Für Verpflichtungen aus dem Besserungsschein wird angesichts der derzeit zeitlich und betragsmäßig unbestimmten Zahlungen entsprechend IAS 37.14.c keine Rückstellung gebildet.

5. Konsolidierungskreis und sonstige Beteiligungen

Der Konsolidierungskreis und die sonstigen Beteiligungen der KF-Gruppe umfassen neben der Muttergesellschaft KF zum 31.12.2009 folgende Unternehmen:

Name und Sitz	Beteiligung		Anteil am Kapital in %	Angaben zum Jahresabschluss			
	direkt	indirekt		letzter Jahresabschluss	Bilanzsumme in EUR 1.000	Eigenkapital in EUR 1.000	Jahresüberschuss in EUR 1.000
1. Verbundene Unternehmen							
1.1. Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen							
Kommunalkredit International Bank Limited, Limassol/CY	x		100,00 %	31.12.2009	8.973.256,2	-622.712,0	-246.110,8
Kommunalkredit Capital I Limited, St. Helier (Island of Jersey) ^{*)}		x	100,00 %	31.12.2009	80.000,0	0,0	0,0
KIB Properties Ltd. Limassol/Zypern		x	100,00 %	31.12.2009	2.310,8	126,6	104,4
1.2. Zu fortgeführten Anschaffungskosten einbezogene verbundene Unternehmen							
Kommunalkredit Dexia Asset Management AG, Wien ^{**)}	x		51,00 %	31.12.2009	1.734,9	1.566,7	59,6
2. Sonstige Beteiligungen							
2.1. Zum Buchwert einbezogene sonstige Beteiligungen							
ARZ-Volksbanken Holding GmbH, Wien	x		0,03 %		unwesentlich		
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien	x		0,10 %		unwesentlich		

^{*)} Vorläufige ungeprüfte Zahlen.

^{**)} Gesellschaft befindet sich in Liquidation; aus Unwesentlichkeit nicht konsolidiert.

Im Vergleich zum Vorjahr sind infolge der Spaltung folgende Einheiten abgegangen:

Kommunalkredit Depotbank AG, Wien
 Kommunalkredit Beteiligungs- und Immobilien GmbH, Wien
 Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien
 Kommunalkredit Vermögensverwaltungs GmbH, Wien
 TrendMind IT Dienstleistung GmbH, Wien
 Kommunalkredit Leasing s.r.o., Prag (in Liquidation)
 OOO Kommunalkredit Public Consulting Russia, Moskau (in Liquidation)
 Kommunalleasing GmbH, Wien
 Kommunalkredit E-Government Solutions GmbH, Wien
 Kommunalkredit Vermögensverwaltungs GmbH & Co OEG, Wien

Zu den Auswirkungen siehe Punkt 3.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

6. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der KF wurde unter der Going-Concern-Prämisse erstellt. Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten die Daten der Muttergesellschaft zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Dadurch wird ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KF-Gruppe gemäß den IFRS-Regeln vermittelt.

Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten werden am Handelstag bilanziert.

7. Konsolidierungsgrundsätze

Alle wesentlichen direkten und indirekten Tochterunternehmen, die die KF beherrscht, werden voll-konsolidiert.

Die Konsolidierungsschritte umfassen die Kapitalkonsolidierung, die Schuldenkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie die Zwischenergebniseliminierung. Alle voll-konsolidierten Gesellschaften erstellen ihre Jahresabschlüsse zum 31. Dezember.

Bei der Kapitalkonsolidierung werden sämtliche materiellen und immateriellen identifizierbaren Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten des Tochterunternehmens zum Zeitpunkt des Erwerbs neu bewertet. Die Anschaffungskosten werden mit dem anteiligen Nettovermögen zum Zeitpunkt des Überganges der Kontrolle verrechnet. Ein verbleibender positiver Unterschiedsbetrag wird als Firmenwert ausgewiesen. Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden eliminiert, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Unternehmen, die auf die KF einen maßgeblichen Einfluss ausübten (assoziierte Unternehmen), werden nach der Equity-Methode bewertet und als Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Bei der Equity-Methode werden die Anteile an den assoziierten Unternehmen zu Anschaffungskosten zuzüglich der nach dem Erwerb eingetretenen Änderungen des Anteils des Konzerns am Nettovermögen des assoziierten Unternehmens erfasst. Grundlage dafür bilden die aktuellen Jahresabschlüsse der assoziierten Unternehmen. Die anteiligen Ergebnisse (abzüglich ausgeschütteter Dividenden) werden – zeitanteilig bis zum Spaltungsstichtag – in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Position Zinsen und ähnliche Erträge (Beteiligungen an assoziierten Unternehmen) ausgewiesen.

8. Währungsumrechnung

Die auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden zu den von der Europäischen Zentralbank bekannt gegebenen Devisenrichtkursen, Devisentermingeschäfte zu Terminkursen des Bilanzstichtages umgerechnet.

9. Forderungen

Die Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthalten Forderungen und Wertpapiere.

Die Forderungen sind entweder dem Loans and Receivables-Bestand zugeordnet und werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, oder sie werden dem Fair-Value Bestand (Fair-Value-Option, Available-for-Sale) zugeordnet und zu beizulegenden Zeitwerten bewertet.

Wertpapiere, die nicht auf einem aktiven Markt notieren, werden in der Kategorie Loans and Receivables gezeigt und mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, sofern nicht die Fair-Value-Option angewendet wird. Weiters werden in dieser Position nicht börsennotierte Wertpapiere gezeigt, die entweder dem Held-to-Maturity-Bestand, dem Available-for-Sale (AFS)- oder dem Fair-Value-Bestand zugeordnet sind. Erstere werden zu fortgeführten Anschaffungskosten, Available-for-Sale- und Fair-Value-Wertpapiere zu beizulegenden Zeitwerten bewertet, wobei Wertänderungen bei AFS-Wertpapieren im Eigenkapital und bei FV-Papieren im Erfolg aus Finanzinvestitionen gezeigt werden.

Grundlage für die Anwendung der Fair-Value-Option ist die Tatsache, dass diese Vermögenswerte auf Fair Value Basis gemanagt, gemessen und berichtet werden.

10. Risikovorsorgen

Vorsorgen für Risiken im Kreditgeschäft umfassen Wertberichtigungen (für bilanzielles Kreditgeschäft) und Rückstellungen (für außerbilanzielles Kreditgeschäft). Diese werden für alle eingetretenen Bonitätsrisiken gebildet.

Zur Feststellung und Behandlung von erhöhten Kreditrisiken dient ein mehrstufiger Risikokontrollprozess, wonach sämtliche Engagements in vier Risikostufen eingeteilt werden.

Stufe 0	Standard-Risikostufe, kein erhöhtes Kreditrisiko
Stufe 1	Leicht erhöhtes Kreditrisiko oder negative Bonitätsentwicklung
Stufe 2	Problematische Engagements (Zahlungsrückstände, Kreditminderung) mit Ausnahme von Problemkrediten, bei welchen ein Ausfall gem. Basel II festgestellt wurde
Stufe 3	Ausfall gem. Basel II

Die Bildung von Einzelwertberichtigungen erfolgt nach einem klar definierten Kriterienkatalog und sobald davon ausgegangen werden muss, dass eine Forderung nicht in voller Höhe einbringlich ist. Die Prüfung einer Vorsorgebildung erfolgt ab Risikostufe 1 in monatlichen Intervallen.

Zusätzlich erfolgt die Bildung einer Risikovorsorge für „Incurred but not reported losses“. Für die Ermittlung werden die finanziellen Vermögenswerte nach ihrem Risikoprofil in vergleichbare Gruppen eingeteilt. Auf Basis von Erfahrungswerten über Ausfälle in diesen Gruppen, die durch Expertenschätzungen an die aktuelle Wirtschaftssituation angepasst werden, wird diese Risikovorsorge unter Beachtung der „Loss Identification Period“ (LIP) ermittelt.

11. Handelsaktiva

Diese Position umfasst Wertpapiere, Derivate und sonstige Finanzinstrumente, die zu Handelszwecken erworben wurden. Handelsaktiva werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag bewertet. Sämtliche Ergebnisse aus dieser Position werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

12. Finanzanlagen

Unter diesem Posten sind alle nicht dem Handelsbuch gewidmeten, börsennotierten, festverzinslichen und nicht festverzinslichen Wertpapiere, Anteile an nicht voll konsolidierten verbundenen Unternehmen, assoziierten Unternehmen, sonstiger Anteilsbesitz und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien ausgewiesen. Für die Bewertung werden folgende Kategorien unterschieden:

Finanzinstrumente des Held-to-Maturity-Bestandes werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die KF weist Wertpapiere mit festen und bestimmbareren Zahlungen und einer festen Laufzeit in dieser Kategorie aus, wenn sie den Willen und die Fähigkeit hat, diese Wertpapiere bis zur Endfälligkeit zu behalten. Weichen die Anschaffungskosten vom Rückzahlungsbetrag ab, so wird der Unterschiedsbetrag zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsertrag erfasst. Für den Fall, dass eine verschlechterte Bonität des Schuldners zu einer Wertminderung (Impairment) führt, wird eine Abschreibung im erforderlichen Ausmaß vorgenommen (siehe Risikovorsorge).

Die Bewertung von Finanzinstrumenten in der Kategorie Available-for-Sale erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Die Wertänderungen werden erfolgsneutral im Gesamtergebnis und in der Available-for-Sale-Rücklage (AFS-Rücklage) innerhalb des Eigenkapitals erfasst. Führt der regelmäßig durchzuführende Impairmenttest zum Ergebnis, dass eine Wertminderung (ein Impairment) vorliegt, so werden sämtliche bisherigen Bewertungsverluste aus der AFS-Rücklage in den Erfolg aus Finanzinvestitionen umgegliedert. Weitere Änderungen des beizulegenden Zeitwertes werden (bis zur Höhe der fortgeschriebenen Anschaffungskosten) sofort erfolgswirksam erfasst. Wertaufholungen von Eigenkapitalinstrumenten werden in der AFS-Rücklage erfasst. Bei Veräußerung oder sonstiger Ausbuchung wird ein bis zu diesem Zeitpunkt in der AFS-Rücklage erfasster Betrag erfolgswirksam.

Für Vermögenswerte, die auf Fair-Value-Basis gemanagt, gemessen und den Führungskräften auf dieser Basis berichtet werden, wendet die KF die Fair-Value-Option an. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Ergebnisauswirkungen werden in der Position Erfolg aus Finanzinvestitionen gezeigt.

Wesentliche assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet. Die Bewertung der Anteile an nicht voll konsolidierten verbundenen Unternehmen sowie des sonstigen Anteilsbesitzes erfolgt zu Anschaffungskosten. Zu jedem Bilanzierungsstichtag wird die Werthaltigkeit überprüft.

13. Derivate

Derivate werden je nach Verwendung unterschiedlich behandelt:

1. Derivate, die nicht zu Absicherungszwecken verwendet werden, werden entweder in den Positionen Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ausgewiesen, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden (zum 31.12.2009 kein Bestand mehr), oder sie werden in den Sonstigen Aktiva oder Sonstigen Passiva ausgewiesen. Die Wertänderung der Dirty Prices wird für Derivate, die zu Handelszwecken gehalten werden, im Handelsergebnis, für alle anderen Derivate im Erfolg aus Finanzinvestitionen gezeigt. Derivate, die nicht zu Absicherungszwecken gehalten werden, sind primär Credit Default Swaps (CDS).
2. Derivate, die zur Absicherung des beizulegenden Zeitwertes eines Bilanzwertes abgeschlossen wurden (Micro-Fair-Value-Hedges), werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Dirty Price) unter den Sonstigen Aktiva bzw. den Sonstigen Passiva bilanziert. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwertes der abzusichernden Bilanzwerte im Ausmaß des gehedgten Risikos wird ebenso wie die entsprechende Wertänderung der Derivate im Erfolg aus Finanzinvestitionen erfasst.

3. Derivate, die zur Absicherung gegen Marktpreisrisiken eines Portfolios verwendet werden (Macro-Fair-Value-Hedges), werden ebenfalls mit ihren Dirty Prices unter den Sonstigen Aktiva oder den Sonstigen Passiva ausgewiesen. Die Wertänderung des Clean Price wird im Erfolg aus Finanzinvestitionen gezeigt, während die Zinserträge und -aufwendungen im Zinsüberschuss erfasst werden. Da die Bank das Zinsänderungsrisiko auf Gruppenebene unter Einsatz von Derivaten steuert, kann dieser Teil des Ergebnisses aufgrund von zeitlichen Differenzen volatil sein.

14. Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Die Methode zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts hängt von verschiedenen Bedingungen ab (Vorhandensein eines aktiven Marktes, Verfügbarkeit von Kursen, hinreichende Liquidität des Wertpapiers etc.). Dabei wird zwischen Mark-to-Market (Heranziehen von Marktpreisen bei Vorhandensein eines aktiven Marktes) und Mark-to-Model (Bewertung auf Basis von Modellen) unterschieden.

Grundsätzlich gilt das Primat der Marktbewertung: Mark-to-Market ist Mark-to-Model vorzuziehen, sofern ein aktiver Markt vorliegt.

Wenn Preise nicht quotiert werden, können bekannte „zeitnah“ getätigte Transaktionen (OTC) zur Ermittlung eines marktorientierten Preises herangezogen werden. Voraussetzung ist, dass Geschäftspartner sachverständig, vertragswillig (kein Abwehrpreis) und unabhängig (kein Scheingeschäft) sind. Solche Bewertungen werden in weiterer Folge validiert. Für Details zur Fair-Value-Hierarchie siehe Punkt 54.

Nur in seltenen Ausnahmefällen werden indikative Preise von Geschäftspartnern oder aus Benchmarkpreisen abgeleitete Kurse für Wertpapiere in inaktiven Märkten herangezogen. Die Bewertung des passiven Wertpapierbestands erfolgt mittels Cashflow-Diskontierung (Barwertberechnung) zum Analysestichtag. Bei eingebetteten optionalen oder anderen nicht linearen Bestandteilen erfolgt die Bewertung mittels gängiger finanzmathematischer Modelle. Die Bewertung berücksichtigt in allen Fällen instrumentenspezifische Risikoaufschläge, deren Adäquanz in einem abgestimmten Prozess monatlich überprüft und gegebenenfalls angepasst wird.

Die Bewertung der dem Fair-Value-Bestand gewidmeten Darlehen erfolgt durch ein Bewertungsmodell auf Grundlage der Barwertmethode. Dabei werden die zukünftigen Cashflows auf Basis aktueller Zinskurven unter Berücksichtigung von marktüblichen Credit Spreads abgezinst. Sonstige Abschläge werden nicht vorgenommen.

Die Bewertung der Swaps erfolgt ebenfalls durch ein Bewertungsmodell auf Grundlage der Discounted-Cashflow-Methode unter Berücksichtigung aktueller Zinskurven. Credit Default Swaps (CDS) werden unter Berücksichtigung der aktuellen Zinskurven und Creditspreads bewertet.

Die Bewertung von Optionen erfolgt grundsätzlich zu aktuellen Börsenkursen. Sofern solche nicht vorliegen, werden die Optionen bzw. Optionskomponenten mithilfe geeigneter Optionsbewertungsmodelle bewertet.

15. Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IAS 39 enthält Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting), um wirtschaftlich ungerechtfertigte Effekte in der Gewinn- und Verlustrechnung aus der unterschiedlichen Bewertung von abgesicherten Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten zu vermeiden. Ziel der Hedge-Accounting-Regeln ist es, die Wertänderungen der Sicherungsinstrumente und der abgesicherten Geschäfte weitgehend kompensierend zu erfassen. Um die Regelungen des Hedge-Accountings anwenden zu dürfen, muss der Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhanges zwischen Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft erbracht werden. Als effektiv gilt eine Sicherungsbeziehung, wenn sich die Ergebnisse aus dem Sicherungsinstrument und die gegenläufigen Ergebnisse aus dem gesicherten Grundgeschäft – bezogen auf das gesicherte Risiko – in einer Bandbreite von 80 % bis 125 % ausgleichen. Die Einhaltung der Voraussetzungen wird in der KF durch prospektive (Abgleich der den Marktwert bestimmenden Komponenten) und retrospektive Effizienztests überprüft.

Der von der KF angewandte Fair-Value-Hedge dient der Absicherung des beizulegenden Zeitwertes von Vermögensgegenständen oder Verbindlichkeiten. Diese Form der Sicherungsbeziehung wird dazu verwendet, fix verzinste oder strukturierte Geschäfte wirtschaftlich in Transaktionen mit Geldmarktbindung zu drehen. Als Sicherungsinstrumente werden vorwiegend Interest-Rate-Swaps und Interest-Rate-Cross-Currency-Swaps eingesetzt. Das als Sicherungsinstrument verwendete Derivat wird zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, wobei die Bewertungsänderungen erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Für den gesicherten Vermögenswert bzw. die gesicherte Verbindlichkeit werden die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts ebenfalls in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt und bilanziell erfasst.

16. Klassen von Finanzinstrumenten

Gemäß dem Erfordernis der Zusammenfassung von Gruppen von Finanzinstrumenten im Rahmen der Erläuterungen im Anhang (IFRS 7.6) unterscheidet die KF folgende Klassen von Finanzinstrumenten:

- Barreserven
- Finanzielle Vermögenswerte:
 - Loans and Receivables
 - Held-to-Maturity
- At Fair Value through Profit or Loss (Fair-Value-Option, Held-for-Trading)
 - Available-for-Sale
- Finanzielle Verbindlichkeiten:
 - Zu fortgeführten Anschaffungskosten
- At Fair Value through Profit or Loss (Fair-Value-Option, Held-for-Trading)
- Derivate, die als Sicherungsinstrumente designed sind
- Finanzgarantien

17. Sachanlagen

Die Sachanlagen umfassen Grundstücke und eigengenutzte Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Als voraussichtliche Nutzungsdauer wird zugrunde gelegt:

- Gebäude: 30 bis 45 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung: 4 bis 10 Jahre
- EDV-Investitionen: 3 bis 4 Jahre

Die Abschreibung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Geringwertige Vermögensgegenstände bis zu Einzelanschaffungskosten von EUR 400,00 werden im Jahr der Anschaffung abgeschrieben.

18. Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände umfassen ausschließlich entgeltlich erworbene Software. Diese wird linear über drei bzw. vier Jahre abgeschrieben.

19. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden bei der Ersterfassung mit dem beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten. Jene Verbindlichkeiten, die der Fair-Value-Option zugewiesen sind, werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Agio- und Disagioträge werden auf die Laufzeit der Schuld verteilt ab- bzw. zugeschrieben.

20. Rückstellungen

Sämtliche Mitarbeiter/innen der KA alt gingen im Zuge der Spaltung auf die KDB über, weshalb auch sämtliche Personalrückstellungen abgespalten wurden. Die KF beschäftigt zum 31.12.2009 keine Mitarbeiter/innen und weist somit keine Personalrückstellungen aus.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet.

21. Laufende und latente Steuern

Die Bilanzierung und Berechnung von Ertragsteuern erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sind mit den aktuellen Steuersätzen bewertet. Steuerforderungen werden im Posten Sonstige Aktiva, Steuerverpflichtungen im Posten Sonstige Passiva ausgewiesen. Für die Berechnung latenter Steuern werden alle temporären Unterschiedsbeträge berücksichtigt. Dafür werden die Wertansätze der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit den Wertansätzen, die für die Besteuerung des jeweiligen Konzernunternehmens zutreffend sind, verglichen. Temporäre Abweichungen in diesen Wertansätzen führen zu Wertunterschieden, für die – unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Auflösung – aktive oder passive Steuerlatenzen zu bilden sind. Latente Steueransprüche und latente Steuerverpflichtungen werden dann aufgerechnet, wenn sie je Gesellschaft gegenüber demselben Steuergläubiger bestehen.

Nicht verbrauchte steuerliche Verlustvorträge werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Verwertbarkeit als Steueraktivum angesetzt. Die Verwertbarkeit der steuerlichen Verlustvorträge wird jährlich anhand der Steuerplanung überprüft.

22. Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen sind oder der Konzern diese übertragen hat und alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögensgegenstand verbunden sind, übertragen wurden. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundenen Verpflichtungen beglichen oder aufgehoben wurden oder wenn eine finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird.

23. Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Die Erstellung des Konzernabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, sind insbesondere die Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die Wertberichtigung für Kreditausfälle, die Wertminderung (Impairment) von Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern und die Bewertung von Rückstellungen.

Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und Eventualverbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen.

Angaben zur Bilanz der KA Finanz-Gruppe

Die angegebenen Vergleichswerte des Vorjahres sind aufgrund der im Geschäftsjahr 2009 erfolgten Spaltung nur bedingt mit den Werten zum 31.12.2009 vergleichbar. Eine Darstellung der abgespaltenen Werte findet sich unter Punkt 3 dieses Anhangs zum Geschäftsbericht.

24. Barreserve

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Kassenbestand	2,4	7,9
Guthaben bei Zentralnotenbanken	559.664,3	171.105,7
Insgesamt	559.666,7	171.113,6

25. Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind Darlehen und Wertpapiere, die als gesicherte Instrumente in Micro-Hedges fungieren, in Höhe von TEUR 401.450,2 (31.12.2008: TEUR 695.118,8) ausgewiesen. Gemäß den IAS-Bewertungskategorien gliedern sich die Bestände wie folgt:

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Held-to-Maturity	18.366,5	18.787,8
Loans and Receivables	5.834.096,6	8.011.720,9
Fair Value through Profit or Loss (Fair-Value-Option)	285.570,1	462.355,4
Available-for-Sale	39.670,6	44.899,7
Insgesamt	6.177.703,8	8.537.763,8

Innerhalb dieser Forderungen sind nachrangige Positionen in der Höhe von TEUR 28.301,0 (31.12.2008: TEUR 31.905,8) enthalten.

In der Kategorie Loans and Receivables sind Wertpapiere mit einem Buchwert von TEUR 2.177.632,1 (31.12.2008: TEUR 2.419.595,6) und Darlehen mit einem Buchwert von TEUR 1.081.409,8 (31.12.2008: TEUR 1.822.792,2) enthalten. Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von TEUR 424.665,5 sind Credit Linked Notes. Den Rest dieses Postens stellen großteils kurzfristige Interbankgeschäfte dar. Bei den Buchwerten des Fair-Value-Bestandes handelt es sich um nicht börsennotierte Wertpapiere in Höhe von TEUR 285.570,1 (31.12.2008: TEUR 455.399,6) und Darlehen in Höhe von TEUR 0,0 (31.12.2008: TEUR 6.955,8).

26. Forderungen an Kunden

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällig	0,0	314,2
Andere Forderungen	6.535.172,5	18.157.203,2
Insgesamt	6.535.172,5	18.157.517,5

In diesem Posten sind micro-gehedgte Darlehen und Wertpapiere, die als gesicherte Instrumente in Micro-Hedges fungieren, in Höhe von TEUR 3.357.327,6 (31.12.2008: TEUR 6.997.150,8) enthalten. Gemäß den IAS-Bewertungskategorien gliedern sich die Bestände wie folgt:

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Held-to-Maturity	115.285,4	222.235,1
Loans and Receivables	5.381.478,1	13.765.577,0
Fair Value through Profit or Loss (Fair-Value-Option)	967.089,3	4.076.182,7
Available-for-Sale	71.319,7	93.522,7
Insgesamt	6.535.172,5	18.157.517,5

In der Kategorie Loans and Receivables sind Wertpapiere mit einem Buchwert von TEUR 3.764.206,6 (31.12.2008: TEUR 4.595.874,7) und Darlehen mit einem Buchwert von TEUR 1.621.964,6 (31.12.2008: TEUR 9.169.388,0) enthalten. Von den Buchwerten der dem Fair-Value-Bestand gewidmeten Forderungen an Kunden entfallen TEUR 0,0 (31.12.2008: TEUR 2.831.107,2) auf Darlehen und TEUR 967.089,3 (31.12.2008: TEUR 1.245.075,5) auf nicht börsennotierte Wertpapiere.

27. Forderungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Unter den in Punkt 25, 26 und 33 angeführten Forderungen befinden sich keine Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (31.12.2008: TEUR 50,1) und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis (31.12.2008: TEUR 166.363,6) besteht.

28. Risikovorsorge

Die Risikovorsorge umfasst ausschließlich Wertminderungen gem. IAS 39.

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Stand zum 01.01.	53.399,0	1.652,5
Zugänge		
Zuführung zu Risikovorsorgen	199.088,9	52.408,0
davon Vorsorgen für Incurred but not reported losses	46.644,0	0,00
davon aus Wegfall der Bürgschaft	121.530,6	0,00
Abgänge		
Zweckbestimmte Verwendung	0,00	-340,1
Auflösung zu Risikovorsorgen	-21.393,4	-321,2
Veränderung durch Spaltung	-778,6	0,00
Stand zum 31.12.	230.315,9	53.399,0

Die Zuführung zu Risikovorsorge betrifft zur Gänze Darlehen bzw. Wertpapiere des Loans and Receivables-Bestandes. Der Zuwachs bei den Zuführungen gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus dem Wegfall der Bürgschaft der Republik Österreich; dadurch mussten bei zuvor verbürgten Positionen Vorsorgen gebildet werden.

Die Zuführung zu und die Auflösung von Risikovorsorgen ist in den Posten Kreditrisikoergebnis und Erfolg aus Finanzinvestitionen wie folgt verteilt:

in EUR 1.000	Summe	Kreditrisiko- ergebnis	Erfolg aus Finanz- investitionen
Zuführung zu Risikovorsorgen	199.088,9	107.388,3	91.700,7
Auflösung von Risikovorsorgen	-21.393,4	-10.275,8	-11.117,6
Insgesamt	177.695,5	97.112,5	80.583,1

29. Handelsaktiva

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	1.515,2
davon eigene börsennotierte Schuldverschreibungen	0,0	1.515,2
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0,0	14.902,9
Sonstige Handelsbestände	0,0	1,6
Insgesamt	0,0	16.419,7

Der Handelsbestand wurde auf die KA abgespalten.

30. Finanzanlagen

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	4.772.222,6	7.088.785,5
davon Held-to-Maturity	650.815,9	1.262.821,0
davon Fair Value	1.956.519,1	3.114.684,0
davon Available-for-Sale	2.164.887,6	2.711.280,6
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Börsennotierte Investmentzertifikate	2.707,6	67.593,7
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	765,0	1.057,3
Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen	0,00	723,9
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	0,00	6.244,2
Sonstiger Anteilsbesitz	23,1	40,2
Insgesamt	4.775.718,4	7.164.444,9

In diesem Bilanzposten werden Wertpapiere, die als gesicherte Instrumente in Micro-Hedges fungieren, in Höhe von TEUR 1.181.557,6 (31.12.2008: TEUR 1.586.897,6) gezeigt.

In Anwendung von IAS 39.50E wurden im Jahr 2008 finanzielle Vermögenswerte der Kategorie Available-for-Sale in die Kategorie Loans and Receivables umgegliedert. Die Umwidmung der verzinslichen Wertpapiere erfolgte aufgrund des Fehlens eines aktiven Marktes und der Absicht der Gesellschaft, die Wertpapiere auf absehbare Zukunft oder bis zur Fälligkeit zu behalten. Insgesamt wurde dabei ein Betrag von TEUR 3.958.468,7 reklassifiziert.

Die Buch- und Marktwerte der umgegliederten Wertpapiere betragen per 31.12.2009 TEUR 3.863.103,5 bzw. TEUR 3.760.222,9 (31.12.2008: 4.400.931,2 bzw. 3.901.277,7).

Hätte die Umgliederung nicht stattgefunden, wäre aus diesen Wertpapieren im Geschäftsjahr 2009 eine Veränderung der Available-for-Sale-Rücklage von TEUR 337.558,5 (31.12.2008: TEUR -281.350,7) zu zeigen gewesen.

31. Sachanlagen

Die Entwicklung und Zusammensetzung der Sachanlagen ist unter Punkt 32 (Anlagenspiegel) dargestellt. Im Bilanzwert der im Konzern genutzten Grundstücke und Gebäude ist ein Grundwert von TEUR 0,0 (31.12.2008: TEUR 3.961,1) enthalten.

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Grundstücke und Gebäude	5.541,9	36.323,5
Betriebs- und Geschäftsausstattung	263,5	3.441,9
Insgesamt	5.805,4	39.765,4

32. Anlagenspiegel

Im Anlagenspiegel ist die Entwicklung und Zusammensetzung der immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und der Sachanlagen dargestellt.

Der Anlagenspiegel zum 31.12.2009 stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Anlagenspiegel 2009 in EUR 1.000	Stand 01.01.2009	Anschaffungskosten		
		Abgang aus Spaltung *)	Zugänge	Abgänge
Sachanlagen	50.059,3	-43.181,8	533,3	-392,4
Grundstücke und Gebäude	42.966,8	-36.823,5	232,6	0,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.092,6	-6.358,3	300,7	-392,4
Anlagen in Bau	0,0	0,0	0,0	0,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.814,2	-2.693,1	30,0	-1.151,1
Insgesamt	53.873,5	-45.874,9	563,4	-1.543,5

*) Die korrespondierenden Buchwerte betragen in Summe TEUR 38.494,5.

Anlagenspiegel 2008 in EUR 1.000	Stand 01.01.2008	Anschaffungskosten		
		Abgang aus Spaltung	Zugänge	Abgänge
Sachanlagen	47.190,1	0,0	4.436,9	-1.567,6
Grundstücke und Gebäude	38.899,2	0,0	3.300,2	0,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.523,6	0,0	1.136,6	-1.567,6
Anlagen in Bau	767,3	0,0	0,0	0,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.992,7	0,0	223,8	-402,4
Insgesamt	51.182,8	0,0	4.660,7	-1.970,0

33. Sonstige Aktiva

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	3.462.171,6	3.285.633,5
Sonstige Vermögensgegenstände	59.756,1	21.312,5
Forderung aus latenten Steuern	59.525,3	115.373,7
Rechnungsabgrenzungsposten	2.124,1	412,7
Immaterielle Anlagewerte	0,0	289,0
Insgesamt	3.583.577,1	3.423.021,3

Die Sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten folgende wesentliche Positionen: Verrechnungsforderungen gegenüber der Kommunalkredit Austria AG, welche im Wesentlichen aus der Spaltung resultieren in Höhe von TEUR 48.840,8 (31.12.2008: TEUR 0,0) sowie Forderungen aus der Steuerverrechnung in Höhe von TEUR 1.955,3 (31.12.2008: TEUR 3.443,8). Die Forderungen aus latenten Steuern zeigen die künftigen Steuerguthaben aus zeitlich befristeten Unterschieden (Temporary Differences) zwischen den Wertansätzen nach IFRS und den Bemessungsgrundlagen für die steuerliche Gewinnermittlung der Konzernunternehmen. Eine Aufgliederung und Erläuterung der Steuerlatenzen enthält die Darstellung unter Punkt 34. Die Entwicklung der Immateriellen Vermögensgegenstände ist unter Punkt 32 (Anlagenspiegel) dargestellt.

Umbuchungen	Stand 31.12.2009	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.2009	Abschreibungen 2009	Buchwert 31.12.2008
0,0	7.018,5	-1.213,1	5.805,4	-1.951,3	39.765,4
34,7	6.410,6	-868,8	5.541,9	-1.176,5	36.323,5
-34,7	607,9	-344,3	263,5	-774,8	3.441,9
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
0,0	0,0	0,0	0,0	-183,0	289,0
0,0	7.018,5	-1.213,1	5.805,4	-2.134,3	40.054,3

Umbuchungen	Stand 31.12.2008	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.2008	Abschreibungen 2008	Buchwert 31.12.2007
0,0	50.059,3	-10.294,0	39.765,4	-2.491,8	38.389,2
767,3	42.966,8	-6.643,3	36.323,5	-1.310,0	33.634,7
0,0	7.092,6	-3.650,7	3.441,9	-1.181,8	3.987,1
-767,3	0,0	0,0	0,0	0,0	767,3
0,0	3.814,2	-3.525,2	289,0	-249,5	314,6
0,0	53.873,5	-13.819,2	40.054,3	-2.741,3	38.703,8

34. Aktive und passive latente Steuern

Aktive und passive Steuerlatenzen beinhalten Steuern aus zeitlich begrenzten Unterschieden (Temporary Differences) zwischen Wertansätzen nach IFRS und Beträgen aus der steuerlichen Gewinnermittlung der Konzernunternehmen.

Steuerlatenzen entstanden bei folgenden Posten:

in EUR 1.000	Aktive Steuerlatenzen		Passive Steuerlatenzen	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	4.651,8	-20.792,4	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	-32.092,7	-268.016,0
Finanzanlagen	23.428,9	33.551,5	0,0	0,0
Personalrückstellungen	0,0	296,8	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	877,0	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	0,0	-6.843,3	-7.208,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.628,6	0,0	0,0	-5.207,3
Sonstige Aktiva / Passiva	97.868,8	362.824,0	0,0	0,0
Nachrangkapital	0,0	0,0	-6.672,5	-6.409,0
Steuerliche Verlustvorträge	0,0	13,6	0,0	0,0
Insgesamt	125.926,3	402.214,8	-66.401,0	-286.841,0
Saldo	59.525,3	115.373,7		

Die resultierenden aktiven Steuerlatenzen werden unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen (siehe Punkt 33). Sämtliche steuerliche Verlustvorträge gingen im Zuge der Spaltung auf die KA über.

35. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällig	37.959,8	11.598,6
Andere Verbindlichkeiten	9.558.680,8	14.498.296,8
Insgesamt	9.596.640,6	14.509.895,4

36. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällig	2.532,6	10.186,5
Andere Verbindlichkeiten	44.302,5	991.532,6
Insgesamt	46.835,0	1.001.719,1

37. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

In den unter Punkt 35 und 36 bzw. 41 angeführten Beträgen sind folgende Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen enthalten:

in EUR 1.000	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	41.300,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.431,7	1.426,4	0,00	433,5
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	17.060,9
Insgesamt	1.431,7	1.426,4	0,00	58.794,4

38. Verbriefte Verbindlichkeiten

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008	davon börsennotiert	
			31.12.2009	31.12.2008
Begebene Schuldverschreibungen	6.850.186,5	16.263.636,7	6.012.720,0	12.700.822,2
Sonstige verbiefte Verbindlichkeiten	0,0	422.948,6	0,0	169.087,7
Insgesamt	6.850.186,5	16.686.585,3	6.012.720,0	12.869.909,9

2009 bestanden wie auch im Vorjahr keine dem Fair-Value-Bestand gewidmeten verbiefte Verbindlichkeiten. Im Jahr 2010 werden begebene Schuldverschreibungen in Höhe von TEUR 1.112.243,6 (2008: TEUR 3.972.933,5) fällig.

39. Handelspassiva

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0,0	14.903,3

Der Handelsbestand wurde auf die KA abgespalten.

40. Rückstellungen

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Personalrückstellungen	0,0	7.177,5
Sonstige Rückstellungen	1.687,9	11.319,3
Insgesamt	1.687,9	18.496,9

Im Zuge der Spaltung wurden sämtliche Dienstverhältnisse auf die Kommunalkredit Austria AG übertragen. Die zugehörigen Personalrückstellungen wurden ebenfalls auf die KA abgespalten.

Die Entwicklung der Personalrückstellungen bis zur Spaltung zeigt folgendes Bild:

in EUR 1.000	Rückstellung für Pension	Rückstellung für Abfertigung	Rückstellung für Jubiläum	Summe
Barwert leistungsorientierter Verpflichtungen – DBO zum 01.01.2009	6.648,6	2.239,5	224,4	9.112,5
- ausgelagertes Vermögen	-1.934,9	0,00	0,00	-1.934,9
Rückstellungen zum 01.01.2009	4.713,6	2.239,5	224,4	7.177,6
Dienstzeitaufwand	32,4	83,9	4,8	
Zinsaufwand	174,5	54,8	5,6	
Versicherungsmathematischer Gewinn aus der Verpflichtung	121,9	-192,0	14,5	
Zahlungen	-206,6	-36,8	0,00	
Sonstige Veränderungen	161,3	0,00	0,00	
Veränderung der Plan Assets	-389,5	0,00	0,00	
Versicherungsmathematisches Ergebnis	283,4	-90,1	24,8	
Abgang DBO infolge Spaltung	-6.932,0	-2.149,5	-249,2	
Abgang Plan Assets infolge Spaltung	2.324,4	0,00	0,00	
DBO zum 31.12.2009	0,00	0,00	0,00	0,00
- ausgelagertes Vermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
Versicherungsmathematisches Rückstellungserfordernis zum 31.12.2009	0,00	0,00	0,00	0,00

41. Sonstige Passiva

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	4.783.368,8	5.855.035,1
Rechnungsabgrenzungsposten	5.739,4	7.984,6
Sonstige Verbindlichkeiten	26.968,9	24.381,9
Insgesamt	4.816.077,2	5.887.401,6

Die Sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten abgegrenzte Aufwendungen gegenüber der Republik Österreich iZm garantierten Emissionen in Höhe von TEUR 14.321,9. Weiters sind Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 8.686,1 für die Haftungsübernahme des Bundes aus der Besserungsscheinstruktur enthalten.

42. Nachrangkapital

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008	davon börsennotiert	
			31.12.2009	31.12.2008
Nachrangige Verbindlichkeiten	218.397,8	276.433,5	190.906,7	237.201,9
Ergänzungskapital	128.422,2	222.685,2	43.382,1	54.234,9
Insgesamt	346.820,0	499.118,7	234.288,7	291.436,8

Die nachrangigen Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

ISIN	Zinssatz	Währung	Nennwert in EUR 1.000	Bilanzwert in EUR 1.000
AT0000329768	6,250 %	EUR	4.360,4	4.578,4
AT0000329941	5,500 %	EUR	10.900,9	12.165,4
XS0140045302	6,080 %	EUR	19.500,0	13.275,2
XS0144772927	6,460 %	EUR	5.000,0	3.158,3
XS0185015541	5,430 %	EUR	20.000,0	12.320,7
AT0000441209	5,000 %	EUR	20.000,0	11.796,7
XS0267751245	3,415 %	EUR	30.000,0	30.008,4
XS0255270380	4,444 %	EUR	5.000,0	5.286,9
XS0279423775	4,440 %	EUR	35.000,0	35.145,3
XS0257275098	4,900 %	EUR	10.000,0	10.664,7
XS0286975973	4,775 %	EUR	40.000,0	39.833,5
XS0232312479	3,840 %	EUR	10.000,0	9.452,6
XS0234526423	4,010 %	EUR	10.000,0	9.641,8
XS0230588120	4,270 %	EUR	11.336,5	11.186,4
XS0301679022	4,520 %	EUR	10.000,0	9.883,6
AT0000329966	5,188 %	EUR	8.266,2	8.767,2
AT0000320890	5,875 %	EUR	5.687,3	5.714,0
XS0270579856	5,230 %	EUR	18.957,5	18.942,0
XS0284217709	4,263 %	EUR	7.583,0	8.315,1
AT0000502893	5,312 %	EUR	10.000,0	9.958,8
DE000A0DHT43	4,718 %	EUR	80.000,0	76.725,1
Insgesamt				346.820,0

Die Aufwendungen für sämtliche nachrangige Verbindlichkeiten betragen im Geschäftsjahr TEUR -13.242,8 (2008: TEUR -21.239,3). Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig und dürfen im Falle des Konkurses oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Ausschüttungen bzw. Kuponzahlungen auf gewinnabhängige Emissionen werden 2010 aufgrund des negativen BWG-Jahresergebnisses nach Rücklagenbewegung für 2009 nicht erfolgen.

Die Buchwerte der dem Fair-Value-Bestand gewidmeten nachrangigen Verbindlichkeiten betragen TEUR 40.550,9 (31.12.2008: TEUR 41.597,6).

43. Eigenkapital

A. Entwicklung und Zusammensetzung

Das **Grundkapital** von EUR 22.346.025,00 ist in 307.500 Stückaktien gegliedert, wovon 306.816 von der Republik Österreich und 684 vom Österreichischen Gemeindebund gehalten werden. Die Aktien lauten auf Inhaber, der Nennwert einer Aktie beträgt EUR 72,67. Sämtliche Anteile sind voll einbezahlt.

In der am 27.09.2005 abgehaltenen 16. außerordentlichen Hauptversammlung wurde dem Vorstand die Ermächtigung erteilt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis 26.09.2010 durch Ausgabe neuer Aktien einmalig oder mehrmalig um insgesamt höchstens EUR 8.175.375,00 zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Das Grundkapital der Gesellschaft wurde auf dieser Basis erstmalig mit 04.01.2006 um EUR 2.180.100,00 auf EUR 18.530.850,00 erhöht und das dabei erzielte Agio von EUR 76.419.900,00 den gebundenen Kapitalrücklagen zugewiesen. Weiters erfolgte eine Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft mit 03.01.2008 um EUR 3.815.175,00 auf EUR 22.346.025,00, wobei das erzielte Agio von EUR 162.949.500,00 den gebundenen Kapitalrücklagen zugewiesen wurde. Nach dieser Erhöhung besteht bis 26.09.2010 ausnützbare genehmigtes Kapital von EUR 2.180.100,00.

Zum 31.12.2009 und während des Geschäftsjahres befanden sich keine eigenen Aktien im Bestand der Kommunalkredit.

Im Dezember 2009 wurde entsprechend den Bestimmungen der Rekapitalisierungsvereinbarung ein Darlehen der Republik Österreich in Höhe von EUR 60 Mio. zur Wahrung der vertraglich verpflichteten Kernkapitalausstattung von 7 % in einen Gesellschafterzuschuss gewandelt. Dieser Gesellschafterzuschuss wurde erfolgsneutral in die nicht gebundene Kapitalrücklage eingestellt und wirkt somit eigenkapitalerhöhend.

Von der KA alt wurde **Partizipationskapital** im Ausmaß von insgesamt TEUR 572.500,0 begeben, wobei eine Emission in Höhe von TEUR 372.500,0 im Zuge des Eigentümerwechsels 2008 von den ehemaligen Eigentümern Österreichische Volksbanken-AG sowie Dexia Crédit Local durch Wandlung von Teilen ihres unbesicherten Obligos (VBAG: TEUR 172.500,0; Dexia: TEUR 200.000,0) gezeichnet wurde. Letztgenanntes Partizipationskapital, welches mit einer Dividende von 8 % ausgestattet ist, wurde mit dem Closing am 05.01.2009 gezeichnet und ist mit 09.01.2009 wirksam. Im Rahmen der Vereinbarungen zum Partizipationskapital sicherte die Republik Österreich gegenüber den Zeichnern Österreichische Volksbanken-AG und Dexia Crédit Local zu, dass sie sich nach Ablauf von fünf Jahren und auf Aufforderung entweder der Dexia Crédit Local oder der Österreichischen Volksbanken-AG bemühen wird, dass der Vorstand der KA unter den Bedingungen des § 23 BWG bzw. § 102 a BWG eine Herabsetzung bzw. Tilgung des von der Dexia Crédit Local und der Österreichischen Volksbanken-AG gezeichneten Partizipationskapitals durchführen wird.

Im Zuge der Spaltung wurden alle Genussrechte im Verhältnis 75,83 % zu 24,17 % auf Basis der risikogewichteten Aktiva zwischen KF und KA aufgeteilt, sodass die Position der Inhaber dieser Rechte nach Eintragung der Spaltung im Firmenbuch wirtschaftlich ihrer Position vor der Spaltung zumindest entspricht. Den Inhabern des Partizipationskapitals wurden daher im Zuge der gegenständlichen Spaltung gleichwertige Rechte iSd § 15 Abs. 5 SpaltG gewährt. Die KA übernahm somit Partizipationskapital in Höhe von TEUR 138.373,3, welches Eigenkapital im Sinne von IAS 32 darstellt. Das Partizipationskapital entspricht aufgrund seiner Ausgestaltung den Bestimmungen des § 23 Abs. 4 BWG und ist dem Kernkapital der Bank zuzurechnen.

Die detaillierte Entwicklung und Zusammensetzung des IFRS-Eigenkapitals ist unter Punkt IV (Eigenkapitalveränderungsrechnung) dargestellt.

Zum 31.12.2009 weist die KF ein negatives Eigenkapital nach IFRS von TEUR -250.919,2 (31.12.2008: TEUR -1.161.473,1) aus. Die bestimmenden Faktoren sind dabei:

- die negativen Marktwerte der CDS in Höhe von TEUR -605.397,3
- die negative AFS-Rücklage in Höhe von TEUR -192.489,5

B. Bedienung des Eigenkapitals

Die KF weist in ihrem Einzelabschluss nach UGB/BWG ein Bilanzergebnis nach Rücklagenbewegung von TEUR -345.780,6 aus, weshalb für 2009 keine Dividendenzahlung erfolgt. Da auch das Jahresergebnis nach Rücklagenbewegung keinen ausschüttungsfähigen Gewinn zeigt, wird das Partizipationskapital 2010 (für den Zeitraum 2009) ebenso nicht bedient werden.

C. Eigenmittelmanagement

Das Eigenmittelmanagement des KF-Konzerns ist auf die Haltung eines Tier 1-Ratios von mindestens 7 % ausgerichtet. Zur operativen Umsetzung findet dazu ein monatlicher Kapital-Jour-Fix mit Teilnehmern aus den Bereichen Rechnungswesen, Portfoliomanagement, Kreditrisiko und Strategie statt, in dessen Rahmen Entscheidungsunterlagen zur Vorlage an den Vorstand vorbereitet werden.

Die konsolidierten anrechenbaren Eigenmittel gemäß österreichischem Bankwesengesetz (§ 24 BWG) betragen zum 31.12.2009 TEUR 862.476,3 (31.12.2008: TEUR 784.313,5). Die konsolidierte Bemessungsgrundlage betrug TEUR 6.040.455,9 (31.12.2008: TEUR 9.185.989,9). Daraus errechnet sich eine konsolidierte Eigenmittelquote von 14,3 %. Zum 31.12.2008 betrug die Quote 8,5 %. Nach Anrechnung von Partizipationskapital in Höhe von TEUR 372.500,0 ab 09.01.2009 erhöhte sich dieser Wert auf 12,6 %. Die konsolidierte Kernkapitalquote liegt bei 7,2 % gegenüber 5,0 % am 31.12.2008 bzw. 9,0 % nach Anrechnung des Partizipationskapitals am 09.01.2009 und erfüllt damit die regulatorischen Mindestanforderungen und vertraglichen Bestimmungen. Die nach österreichischem Bankwesengesetz ermittelten Eigenmittel der KA Finanz-Gruppe zeigen folgende Zusammensetzung und Entwicklung:

in EUR 1.000	Bankbuch	Vergleich ³⁾ 2008
Bemessungsgrundlage gem. § 22 Abs. 2 BWG (in EUR)		
Risikogewichtete Aktiva	5.920.263,6	9.000.999,1
Eigenmittelerfordernisse		
Bankbuch ¹⁾	473.621,1	720.079,9
Handelsbuch ²⁾	0,0	8,0
Währungsrisiko ²⁾	1.466,9	835,3
Operationelles Risiko	8.148,5	13.955,9
Insgesamt	483.236,5	734.879,2
Eigenmittel Ist		
Kernkapital nach Abzugsposten ³⁾	436.151,4	827.312,8
Ergänzende Eigenmittel nach Abzugsposten ³⁾	426.324,9	329.152,5
Anrechenbare Eigenmittel	862.476,3	1.156.465,3
Tier 3 (anrechenbar)	0,0	348,2
Summe Eigenmittel	862.476,3	1.156.813,5
Freie Eigenmittel	379.239,9	421.934,3

1) 8 % der Bemessungsgrundlage.

2) Nach Kapitaladäquanzbestimmungen Standardverfahren.

3) Vergleichszahlen enthalten das mit 09.01.2009 begebene Partizipationskapital.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung der KA Finanz-Gruppe

Die Gewinn- und Verlustrechnung der KA Finanz AG-Gruppe nach IFRS umfasst das Ergebnis der KA alt (Gesamtbank vor Spaltung) von Jänner bis November 2009 und das Ergebnis des nicht abgespaltenen Restvermögens vom Dezember 2009. Die abgespaltenen Beteiligungen sind mit ihren Ergebnissen von Jänner bis November 2009 im Konzernergebnis enthalten.

44. Zinsüberschuss

in EUR 1.000	2009	2008
Zinsertrag	2.547.419,2	3.196.349,2
Zinsenertrag aus Kreditgeschäft und Geldmarkt	492.011,8	768.337,6
Zinsenertrag aus festverzinslichen Wertpapieren	502.960,7	702.405,1
Zinsertrag aus nicht festverzinslichen Wertpapieren	479,0	2.479,0
Zinsen und ähnliche Erträge aus Derivaten	1.551.014,1	1.722.859,2
Beteiligungsertrag aus verbundenen Unternehmen	587,8	312,9
Beteiligungsertrag aus Anteilen an at-Equity bewerteten Unternehmen	365,8	-44,5
Zinsaufwand	-2.508.823,5	-3.106.466,9
Zinsaufwand für Einlagegeschäft und Geldmarkt	-237.237,7	-488.167,2
Zinsaufwand für verbriefte Verbindlichkeiten	-522.925,9	-734.616,4
Zinsaufwand für Nachrangkapital	-13.242,8	-21.239,3
Zinsaufwand für Derivate	-1.735.417,1	-1.862.444,1
Ergebnis von Operating-Lease-Verträgen	-48,0	111,9
Zinsüberschuss	38.547,6	89.994,3

Der Rückgang des Zinsüberschusses im Vergleich zum Vorjahr ist neben dem Spaltungseffekt und dem Abbau von Aktiva auch durch gestiegene Refinanzierungskosten und Garantiekomponenten aus der Inanspruchnahme von Refinanzierungen aus dem Emergency Liquidity Assistance-Programm der EZB/OeNB und der österreichischen Clearingstelle bedingt.

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt dargestellt. Aus Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, resultieren ein Zinsertrag von TEUR 603.726,9 (2008: TEUR 934.948,0) und ein Zinsaufwand von TEUR 769.804,2 (2008: TEUR 1.226.744,9). Der Beteiligungsertrag aus Anteilen an at-Equity bewerteten Unternehmen besteht aus dem anteiligen Ergebnis der Kommunal-leasing GmbH bis zur Spaltung.

45. Provisionsergebnis

in EUR 1.000	2009	2008
Abwicklung der Förderungen	9.529,7	10.466,5
Zahlungsverkehr	8,3	45,9
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	-122,4	853,8
Wertpapiergeschäft	-691,8	-2.907,4
Kredit-/CDS-Geschäft	-939,9	12.123,0
Haftungsentgelte für Bürgschaft und Emissionsgarantien	-158.097,0	0,0
Insgesamt	-150.313,1	20.581,8

Bei der Abwicklung der Förderungen handelt es sich um Dienstleistungen, welche die Kommunalkredit Public Consulting GmbH (KPC, wurde im Rahmen der Spaltung auf die Kommunalkredit übertragen) im Wesentlichen im Auftrag der Republik Österreich erbringt. Die KPC trug zum Jahresergebnis der KF-Gruppe mit TEUR 185,6 bei.

Im Provisionsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft sind Provisionserträge von TEUR 587,5 (2008: TEUR 710,4) und Provisionsaufwendungen von TEUR 1.279,3 (2008: TEUR 3.697,6) enthalten. Der Rückgang des Provisionsergebnisses aus dem Kredit-/CDS-Geschäft im Vergleich zum Vorjahr stammt im Wesentlichen aus erhöhten Aufwendungen aus dem CDS-Portfolio, welche aus Risikoabsicherungsmaßnahmen (Hedges) resultieren.

Aus den Bürgschaftvereinbarungen mit der Republik Österreich fielen Haftungsentgelte in Höhe von TEUR 104.939,8 an. Weiters wurden Haftungsentgelte aus Emissionsgarantien in Höhe von TEUR 53.157,2 an die Republik Österreich geleistet. Sämtliche Haftungsentgelte sind ergebnisunabhängig und werden in voller Höhe an die Republik Österreich bezahlt.

Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sind Provisionserträge von TEUR 17.506,3 (2008: TEUR 37.657,9) und Provisionsaufwendungen von TEUR 11.012,8 (2008: TEUR 19.646,6) zuzurechnen. Provisionserträge und Provisionsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt erfasst.

46. Verwaltungsaufwand

in EUR 1.000	2009	2008
Personalaufwand vor Weiterverrechnungen	-25.627,7	-24.703,6
Gehälter	-19.048,4	-20.628,1
Soziale Abgaben	-5.088,4	-5.509,9
Aufwendungen für Altersvorsorge und Sozialkapital	-1.490,8	1.434,4
Weiterverrechneter Personalaufwand	0,0	2.983,9
Summe Personalaufwand	-25.627,7	-21.719,7
Sachaufwendungen	-24.615,9	-21.952,5
Weiterverrechnete Sachaufwendungen	0,0	3.961,9
Summe Sachaufwand	-24.615,9	-17.990,6
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf		
immaterielle Vermögensgegenstände	-183,0	-249,5
Sachanlagen	-1.951,3	-2.491,8
Insgesamt	-52.377,9	-42.451,6

Die Erträge aus der Weiterverrechnung von Personal- und Sachaufwendungen für Dienstleistungen, welche die KF bis zum Spaltungsstichtag für verbundene und assoziierte Unternehmen erbrachte, betragen TEUR 3.506,5 und werden seit 2009 brutto im Sonstigen betrieblichen Erfolg ausgewiesen. Bis zur Spaltung verfügte die Bank über eigene Mitarbeiter/innen.

Die Sachaufwendungen beinhalten folgende Positionen:

in EUR 1.000	2009	2008
Konsultations- u. Prüfungskosten	12.232,5	3.923,5
Dienstleistungen Dritter	3.055,5	2.749,6
Datenverarbeitung	2.135,2	2.511,3
Nachrichtenverkehr (Post, Telefon, Reuters etc.)	2.003,4	1.690,6
Werbung	1.550,0	5.805,7
Raumkosten	1.013,8	1.650,2
Fachliteratur u. Ausbildungskosten	650,2	1.309,6
Reise- und Fahrtspesen	608,6	1.364,4
Sonstiger Sachaufwand	1.366,8	942,4
Erträge aus Aufwandsweiterverrechnung	0,0	-3.961,9
Insgesamt	24.615,9	17.990,6

Der Anstieg der Sachaufwendungen beruht zunächst auf dem Wegfall der Weiterverrechnung von Dienstleistungen an die Dexia Kommunalkredit Bank. Weitere Kostenanstiege resultieren aus der Umsetzung der Restrukturierung; diese beinhalten insbesondere die Erstellung des Restrukturierungsplanes, Aufwendungen für die Erstellung eines Zwischenabschlusses für die Spaltung, Spaltungsprüfungs- und sonstige Rechtskosten. Die Sachaufwendungen unter Abzug dieser Sondereffekte sind auf einer mit 2008 vergleichbaren Basis um TEUR 3.659,6 gesunken. Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für den Abschlussprüfer umfassen ausschließlich Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses in Höhe von TEUR 535,5.

47. Handelsergebnis

in EUR 1.000	2009	2008
Devisenergebnis	3.250,2	640,1
Wertpapierhandel	671,8	60,3
Zinsderivate	-609,3	-60,8
Währungsumrechnung aus Konsolidierung	15,7	-14,2
Insgesamt	3.328,4	625,4

Das Handelsergebnis beinhaltet neben dem Devisenergebnis Ergebnisse aus der Veräußerung und Bewertung von Handelsbeständen, Zinserträge des Handelsbestandes sowie Refinanzierungsaufwendungen für den Handelsbestand. Die Bewertung des Handelsbestandes erfolgt zum Marktwert. Das Handelsbuch wurde in die KA abgespalten. Das Handelsergebnis enthält daher nur Komponenten bis zum Spaltungsstichtag.

48. Kreditrisikoergebnis

in EUR 1.000	2009	2008
Zuführung zu Risikovorsorgen	-107.388,0	-41.728,2
davon Vorsorge für Incurred but not reported losses	-46.644,0	0,0
davon aus Wegfall der Bürgschaft	-51.643,5	0,0
Auflösung von Risikovorsorgen	10.275,8	321,2
Abschreibung von Forderungen	-98.983,0	0,0
davon aus Wegfall der Bürgschaft	-97.000,0	0,0
Insgesamt	-196.095,1	-41.407,0

Das Kreditrisikoergebnis umfasst alle Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem Darlehensportfolio. Die Zuführung zu den Risikovorsorgen und Abschreibung von Forderungen ergibt sich aus dem Wegfall der zum 31.12.2009 gewährten Bürgschaft und der dadurch erforderlichen Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 195.287,5 sowie aus Neubildungen und Veränderungen des Berichtjahres von TEUR 11.083,4. Die Auflösung von Risikovorsorgen von TEUR 10.275,8 erfolgte infolge der ordnungsgemäßen Leistung der fälligen Beträge.

49. Erfolg aus Finanzinvestitionen

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Forderungsverzicht Kommunalkredit Austria	1.000.000,0	0,0
Wertberichtigungen	-643.364,9	-24.567,3
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung	-83.557,4	-201.410,9
Bewertung CDS	545.156,2	-1.046.184,3
Realisierung aus Abbau CDS	-106.227,6	-41.660,5
Rückkauf von Tilgung eigener Emissionen	105.508,9	0,0
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanzinvestitionen	-6.689,8	-7.067,5
davon Available-for-Sale	-5.970,3	5.707,3
davon Loans and Receivables	-721,4	-13.834,0
davon Held-to-Maturity	1,8	1.059,2
Gewinn/Verlust aus Hedgeaccounting	0,0	-8.076,9
Hedged Instrument	-546.946,1	287.408,2
Hedging Instrument	546.946,1	-295.485,1
Insgesamt	810.825,5	-1.328.967,3

Aus dem im Zusammenhang mit der Rekapitalisierung erfolgten Verzicht der KA auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen entstand ein Ertrag in Höhe von TEUR 1.000.000,0 (vgl. Punkt 4 „Rekapitalisierung/ Besserungsschein“). Dem stehen Wertberichtigungen und Bewertungen in Höhe von TEUR -721.265,3 aus dem Verzicht der KF auf die zum 31.12.2008 zugesicherte Bürgschaft der Republik Österreich gegenüber, die im Posten Wertberichtigungen und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung enthalten sind. Darin ist auch eine Vorsorge für Incurred but not reported losses in Höhe von TEUR -7.306,0 ausgewiesen.

Die im Jahr 2009 neu gebildeten Wertberichtigungen betragen TEUR -35.226,1, die Auflösungen von Wertberichtigungen betragen TEUR 17.260,9.

Die Ergebnisauswirkung aus Fair-Value-gewidmeten Darlehen sowie aus aktiven und passiven Wertpapieren, die dem Fair-Value-Bestand zugeordnet sind, beträgt im Geschäftsjahr 2009 TEUR -5.494,1 bzw. TEUR -190.695,2 und TEUR 1.516,1 (2008: TEUR 232.217,9 bzw. TEUR -130.274,2 und TEUR 17.316,5). Zu den Auswirkungen von Credit-Spread-Änderungen bei aktiven und passiven Wertpapieren und Darlehen, die in die Kategorie Fair-Value-Option designiert sind, siehe Punkt 53. Dem Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung von Darlehen und Wertpapieren steht das Ergebnis aus der Bewertung von Derivaten in Höhe von TEUR -22.927,7 (2008: TEUR -320.671,1) gegenüber.

Das CDS-Portfolio wurde im Geschäftsjahr um TEUR 1.627.152,9 abgebaut. Daraus resultieren Aufwendungen in Höhe von TEUR -106.227,6. Aus dem Portfolio, welches sich, wie im Risikobericht auf Seite 72 beschrieben, zu 86 % auf Risiken des öffentlichen Sektors bezieht, konnte durch im Vergleich zum Ultimo des Vorjahres gesunkene Risikoaufschläge ein stark positives Bewertungsergebnis in Höhe von TEUR 545.156,2 erzielt werden.

Aus dem vorzeitigen Rückkauf und der Tilgung von eigenen Emissionen wurde ein buchhalterischer Ertrag in Höhe von TEUR 105.508,9 erzielt.

Das Ergebnis aus Hedge-Accounting resultiert aus der Veränderung der Marktwerte von Derivaten, die zur Absicherung des Marktwertes von Bilanzpositionen des Bankbuches abgeschlossen wurden (Fair-Value-Hedges), sowie aus der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführenden Wertänderung der abzusichernden Bilanzwerte (Hedge-Accounting nach IAS 39).

Die Rückzahlungsbeträge bei Endfälligkeit jener finanziellen Verbindlichkeiten, die dem Fair-Value-Bestand gewidmet sind, liegen zum 31.12.2009 um TEUR 19.169,5 über ihren Buchwerten (31.12.2008: TEUR 22.902,4 über ihren Buchwerten).

50. Sonstiger betrieblicher Erfolg

in EUR 1.000	2009	2008
Erträge aus Weiterverrechnung	3.506,5	1.045,9
Sonstige betriebliche Erträge	854,1	26,4
Ergebnis aus Entkonsolidierung	-10.518,1	0,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-167,0	-83,0
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,0	-176.515,4
Insgesamt	-6.324,5	-175.526,1

Die Erträge aus Weiterverrechnung werden 2009 erstmals brutto im Sonstigen betrieblichen Erfolg dargestellt. Das Ergebnis aus Entkonsolidierung betrifft die im Zuge der Spaltung auf die Kommunalkredit Austria AG übertragenen Gesellschaften.

51. Ertragsteuern

in EUR 1.000	2009	2008
Laufender Steueraufwand	-2.197,2	-2.707,3
Latenter Steuerertrag/-aufwand	-10.425,5	28.409,8
Insgesamt	-12.622,7	25.702,6

Die tatsächlichen Steuern errechneten sich auf Grundlage der steuerlichen Ergebnisse des Geschäftsjahres mit den von den jeweiligen Konzernunternehmen anzuwendenden lokalen Steuersätzen. Die folgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen den rechnerischen und den ausgewiesenen Ertragsteuern dar:

in EUR 1.000	2009	2008
Jahresergebnis vor Steuern	447.590,8	-1.477.150,6
Fremdanteile am Jahresüberschuss	-18,6	-44,3
Ausschüttungen an Partizipationskapital	0,0	-3.145,4
Steuerbasis	447.572,2	1.480.340,3
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr zum inländischen Ertragsteuersatz (25 %)	-111.893,1	370.085,1
Auswirkungen abweichender Steuersätze	-56.559,9	-128.642,8
Steuerminderung aufgrund steuerbefreiter Beteiligungserträge	146,9	53,2
Steuerminderung aufgrund sonstiger steuerbefreiter Erträge	256.178,2	2.856,2
Steuerermehrung aufgrund nicht abzugsfähiger Aufwendungen	-57.804,0	-30.785,7
Aperiodischer Steueraufwand/-ertrag	-337,1	1.496,9
Nicht verwertbare Verluste	-41.466,5	-186.301,2
Sonstige	-887,3	-3.059,0
Ausgewiesene Ertragsteuern	-12.622,7	25.702,6

Der im Zuge der Rekapitalisierung erfolgte Forderungsverzicht im Zusammenhang mit der Gewährung eines Besserungsscheins seitens der Kommunalkredit in Höhe von TEUR 1.000.000,0 stellt einen steuerneutralen Vorgang dar; die Auswirkung auf die Steuerüberleitung beträgt TEUR -250.000,0 und ist in den Sonstigen steuerbefreiten Erträgen enthalten. Von den in 2009 entstandenen steuerlichen Verlusten sind aufgrund negativer Ergebnisprognosen TEUR 41.466,5 nicht als Steueraktivum ansetzbar.

Sonstige Angaben

52. Buchwert je IAS-Kategorie

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Finanzielle Vermögenswerte		
Loans and Receivables	11.215.574,7	21.777.297,8
Held-to-Maturity	784.467,9	1.503.843,9
Fair Value through Profit or Loss	6.674.057,7	9.627.120,2
Fair-Value-Option	3.211.886,1	7.720.815,8
Held-for-Trading	3.462.171,6	1.906.304,4
Available-for-Sale	2.275.877,9	2.849.703,0
Finanzielle Verbindlichkeiten		
Zu fortgeführten Anschaffungskosten	16.799.931,3	32.655.720,9
Fair Value through Profit or Loss	4.823.919,7	3.446.817,9
Fair-Value-Option	40.550,9	41.597,6
Held-for-Trading	4.783.368,8	3.405.220,3

Das maximale Ausfallrisiko je Klasse von Finanzinstrumenten entspricht den in der Tabelle gezeigten Buchwerten.

53. Zusatzangaben zu finanziellen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten, die in die Kategorie Fair Value through Profit or Loss designiert wurden

Hinsichtlich des maximalen Ausfallrisikos für Darlehen und Wertpapiere, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, siehe Punkt 52, Position Fair-Value-Option.

Dieses maximale Ausfallrisiko wird durch Kreditderivate im Nominale von TEUR 284.294,0 abgeschwächt.

Im abgelaufenen Berichtszeitraum wurden für aktive Wertpapiere, die in die Kategorie Fair Value through Profit or Loss designiert wurden, Bewertungsgewinne aus Credit-Spread-Änderungen in Höhe von TEUR 113.613,6 ermittelt. Die Ermittlung jenes Teiles der Fair-Value-Bewertung, der auf Credit-Spread-Änderungen zurückzuführen ist, erfolgt folgendermaßen: In einem ersten Schritt wird die Stichtagsbewertung vom 31.12.2008 mit jener vom 31.12.2009 verglichen. Diese Bewertungsdifferenz wird in einem zweiten Schritt um die Bewertungseffekte aus Währungskursschwankungen und um die Bewertungseffekte aufgrund von Zinsänderungen bereinigt. Der resultierende Betrag beinhaltet für das zugrunde liegende Portfolio Bewertungsänderungen aus Credit-Spread-Änderungen, aus veränderten Liquiditätsaufschlägen und anderen marktpreisrelevanten Faktoren, jedoch keine Zins- oder FX-Effekte.

Bei Fair-Value-gewidmeten Darlehen kam es im Berichtsjahr zu einer Ergebnisauswirkung aufgrund von Credit-Spread-Änderungen in der Höhe von TEUR -27.654,2 (2008: TEUR -27.333,5).

Die Höhe der Änderung der beizulegenden Zeitwerte der zugehörigen Kreditderivate betrug während der Berichtsperiode TEUR -723,0 und kumuliert TEUR -693,1.

Bei den Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, resultiert im Jahr 2009 ein Ergebnis aus der Änderung der eigenen Credit-Spreads von TEUR 2.896,2 (2008: TEUR 19.790,1).

54. Angaben zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts (Fair-Value-Hierarchie)

Allgemein können die Methoden für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes in folgende drei Kategorien eingeteilt werden:

Level 1: Es existieren Preise auf einem aktiven Markt für idente Finanzinstrumente. In dieser Kategorie werden in der KF Bid Quotes aus Bloomberg oder Reuters herangezogen.

Level 2: Die Inputfaktoren für die Bewertung lassen sich am Markt beobachten. In diese Kategorie fallen folgende Preisbestimmungsmethoden:

- Preisbestimmung aufgrund von Benchmark-Anleihen (Ähnliche Papiere)
- Preisbestimmung aufgrund vom Markt abgeleiteter Spreads (Benchmark-Spreads)
- Preisindikationen dritter Parteien

Level 3: Die Inputfaktoren lassen sich nicht am Markt beobachten. Darunter fallen vor allem Preise, die vorwiegend auf Expertenschätzungen beruhen. Diese Kategorie kommt in der KF nicht zum Ansatz.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Wertpapiere für AFS (Available-for-Sale) und FV (Fair Value) nach Buchwerten:

in EUR 1.000	AFS	FV
Level 1	2.207.572,5	1.888.178,4
Level 2	68.305,4	1.323.707,7
Insgesamt	2.275.877,9	3.211.886,1

55. Übersicht über die beizulegenden Zeitwerte

Nachfolgende Tabellen zeigen eine Gegenüberstellung der Bilanz- und Marktwerte der von der KF definierten Klassen von Finanzinstrumenten und finanziellen Verbindlichkeiten zum Abschlussstichtag:

Aktiva in EUR 1.000	31.12.2009				31.12.2008	
	Bilanzwert	abzgl. Risikovors.	Bilanzwert nach Risikovors.	Marktwert	Bilanzwert	Marktwert
Barreserven	559.666,7	0,0	559.666,7	559.666,7	171.113,6	171.113,6
Forderungen an Kreditinstitute	6.177.703,8	-131.991,4	6.045.712,4	5.852.674,6	8.537.763,8	7.328.974,3
Held-to-Maturity	18.366,5	0,0	18.366,5	11.586,3	18.787,8	12.458,7
Loans and Receivables	5.834.096,6	-131.991,4	5.702.105,2	5.515.847,6	8.011.720,9	6.957.367,3
Fair-Value-Option	285.570,1	0,0	285.570,1	285.570,1	462.355,4	462.355,4
Available-for-Sale	39.670,6	0,0	39.670,6	39.670,6	44.899,7	44.899,7
Forderungen an Kunden	6.535.172,5	-51.680,5	6.483.492,0	5.752.887,7	18.157.517,5	17.817.673,5
Held-to-Maturity	115.285,4	0,0	115.285,4	103.592,3	222.235,1	208.642,6
Loans and Receivables	5.381.478,1	-51.680,5	5.329.797,5	4.610.886,4	13.765.577,0	13.577.903,5
Fair-Value-Option	967.089,3	0,0	967.089,3	967.089,3	4.076.182,7	4.076.182,7
Available-for-Sale	71.319,7	0,0	71.319,7	71.319,7	93.522,7	93.522,7
Handelsaktiva	0,0	0,0	0,0	0,0	16.419,7	16.419,7
Finanzanlagen	4.775.718,4	0,0	4.775.718,4	4.748.032,9	7.164.444,9	6.983.616,1
Held-to-Maturity	650.815,9	0,0	650.815,9	623.130,5	1.262.821,0	1.201.130,8
Fair-Value-Option	1.959.226,7	0,0	1.959.226,7	1.959.226,7	3.182.277,7	3.182.277,7
Available-for-Sale	2.164.887,6	0,0	2.164.887,6	2.164.887,6	2.711.280,6	2.711.280,6
Sonstiges	788,1	0,0	788,1	788,1	8.065,7	8.065,7
Sachanlagen	5.805,4	0,0	5.805,4	5.805,4	39.765,4	39.765,4
Sonstige Aktiva	3.583.577,1	0,0	3.583.577,1	3.583.577,1	3.423.021,3	3.534.299,1
Derivate nicht IAS-Hedge-Accounting	3.151.719,0	0,0	3.151.719,0	3.151.719,0	1.889.884,7	1.889.884,7
Derivate IAS-Hedge-Accounting	310.452,6	0,0	310.452,6	310.452,6	1.395.748,7	1.395.748,7
Sonstige	121.405,5	0,0	121.405,5	121.405,5	137.387,9	248.665,6

Passiva in EUR 1.000	31.12.2009				31.12.2008	
	Bilanzwert	abzgl. Risikovors.	Bilanzwert nach Risikovors.	Marktwert	Bilanzwert	Marktwert
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.596.640,6	0,0	9.596.640,6	9.584.602,3	14.509.895,4	14.473.757,2
Zu fortgeführten Anschaffungskosten	9.596.640,6	0,0	9.596.640,6	9.584.602,3	14.509.895,4	14.473.757,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	46.835,0	0,0	46.835,0	38.012,8	1.001.719,1	878.238,9
Zu fortgeführten Anschaffungskosten	46.835,0	0,0	46.835,0	38.012,8	1.001.719,1	878.238,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.850.186,5	0,0	6.850.186,5	6.903.875,8	16.686.585,3	16.279.285,0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten	6.850.186,5	0,0	6.850.186,5	6.903.875,8	16.686.585,3	16.279.285,0
Handelspassiva	0,0	0,0	0,0	0,0	14.903,3	14.903,3
Rückstellungen	1.687,9	0,0	1.687,9	1.687,9	18.496,9	18.496,9
Sonstige Passiva	4.816.077,2	0,0	4.816.077,2	4.817.003,5	5.887.401,6	5.887.401,6
Derivate nicht IAS-Hedge-Accounting	4.166.103,7	0,0	4.166.103,7	4.166.103,7	3.390.317,1	3.390.317,1
Derivate IAS-Hedge-Accounting	617.265,1	0,0	617.265,1	617.265,1	2.464.718,0	2.464.718,0
Sonstige	32.708,4	0,0	32.708,4	33.634,7	32.366,5	32.366,5
Nachrangkapital	346.820,0	0,0	346.820,0	43.370,2	499.118,7	330.352,5
Zu fortgeführten Anschaffungskosten	306.269,1	0,0	306.269,1	2.819,4	457.521,1	288.754,9
Fair-Value-Option	40.550,9	0,0	40.550,9	40.550,9	41.597,6	41.597,6

56. Segmentberichterstattung

Ziel der Segmentberichterstattung der KF ist die Darstellung der Ergebniskomponenten und der Aktiva nach Regionen, da die regionale Gliederung die Grundlage für Vorstandsentscheidungen darstellt.

Die Aufteilung in die verschiedenen Segmente basiert auf unterschiedlichen Ansätzen. Die Aktiva werden – wie die Zinserträge aus Darlehen und Schuldverschreibungen – auf Einzelgeschäftsebene nach den jeweiligen Ländern der Vertragspartner aufgeteilt. Zinserträge aus Geldmarktgeschäften werden anhand von währungsgewichteten Durchschnittsbeständen aufgeteilt. Ebenso erfolgt die Zuteilung der Zinsaufwendungen aus Refinanzierungstransaktionen, da die Refinanzierung für sämtliche Segmente gemeinsam erfolgt. Zinsergebnisse aus Derivaten werden, wenn sie als Fair-Value-Hedge unmittelbar einem abgesicherten Finanzinstrument zugeteilt werden können, direkt dem Land dieses zugeordneten Aktivgeschäfts zugewiesen und ansonsten nach währungsgewichteten Durchschnittsbeständen aufgeteilt.

Die Aufteilung des Kreditrisikoergebnisses, des Provisionsertrags und des Sonstigen betrieblichen Erfolges basiert auf Einzelgeschäftsebene des jeweiligen Partnerlandes. Die übrigen Posten werden nach den jeweils relevanten Durchschnittsbeständen zugeordnet. Es liegen keine Geschäftsbeziehungen zwischen den regionalen Segmenten vor.

Innerhalb der Segmentberichterstattung wird zwischen folgenden Regionen unterschieden:

- Österreich
- Europa
- Übrige Welt

Ergebnisdarstellung nach Segmenten 2009:

in EUR 1.000	Österreich	Europa	Übrige Welt	2009
Zinsen und ähnliche Erträge	750.437,3	1.472.623,9	324.310,0	2.547.371,2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-739.897,6	-1.446.469,3	-322.456,6	-2.508.823,5
Zinsüberschuss	10.539,7	26.154,5	1.853,4	38.547,6
Kreditrisikoergebnis	-99.857,4	-82.150,2	-14.087,6	-196.095,1
Provisionserträge	10.446,9	21.437,9	6.134,7	38.019,5
Provisionsaufwendungen	-47.792,2	-91.532,3	-49.008,1	-188.332,6
Provisionsergebnis	-37.345,3	-70.094,4	-42.873,4	-150.313,1
Handelsergebnis	1.293,4	1.387,1	647,9	3.328,4
Erfolg aus Finanzinvestitionen	215.498,2	413.845,0	181.482,2	810.825,5
Verwaltungsaufwand	-20.980,0	-26.464,6	-4.933,3	-52.377,9
Sonstiger betrieblicher Erfolg	-6.882,7	558,1	0,0	-6.324,5
Jahresüberschuss vor Steuern	62.265,9	263.235,7	122.089,2	447.590,8
Ertragsteuern	-1.756,0	-7.423,6	-3.443,1	-12.622,7
Jahresüberschuss nach Steuern	60.509,9	255.812,1	118.646,1	434.968,1
Ausschüttungen an Partizipationskapital	0,0	0,0	0,0	0,0
Fremdanteile am Jahresüberschuss	-18,6	0,0	0,0	-18,6
Konzernjahresüberschuss	60.491,4	255.812,1	118.646,1	434.949,5

Ergebnisdarstellung nach Segmenten 2008:

in EUR 1.000	Österreich	Europa	Übrige Welt	2008
Zinsen und ähnliche Erträge	835.524,9	1.846.160,2	514.776,1	3.196.461,2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-815.456,4	-1.793.749,4	-497.261,1	-3.106.466,9
Zinsüberschuss	20.068,5	52.410,8	17.515,0	89.994,3
Kreditrisikoergebnis	157,3	-30.690,4	-10.873,9	-41.407,0
Provisionserträge	12.926,0	21.006,9	7.549,1	41.482,0
Provisionsaufwendungen	-2.310,0	-13.165,1	-5.425,2	-20.900,2
Provisionsergebnis	10.616,1	7.841,8	2.123,9	20.581,8
Handelsergebnis	98,0	344,5	182,9	625,4
Erfolg aus Finanzinvestitionen	-137.780,6	-1.018.231,4	-172.955,4	-1.328.967,3
Verwaltungsaufwand	-20.390,4	-18.057,7	-4.003,5	-42.451,6
Sonstiger betrieblicher Erfolg	429,4	-175.955,5	0,0	-175.526,1
Jahresüberschuss vor Steuern	-126.801,7	-1.182.338,0	-168.011,0	-1.477.150,6
Ertragsteuern	2.206,8	20.564,7	2.931,1	25.702,6
Jahresüberschuss nach Steuern	-124.595,0	-1.161.773,2	-165.079,9	-1.451.448,1
Ausschüttungen an Partizipationskapital	-293,1	-2.051,9	-800,3	-3.145,4
Fremdanteile am Jahresüberschuss	-44,3	0,0	0,0	-44,3
Konzernjahresüberschuss	-124.932,4	-1.163.825,2	-165.880,2	-1.454.637,7

Die Aufteilung der Aktiva nach Segmenten zeigt 2009 folgendes Bild:

in EUR 1.000	Österreich	Europa	Übrige Welt	Summe
Barreserven	545.890,4	13.776,3	0,0	559.666,7
Forderungen an Kreditinstitute	668.742,6	4.333.063,5	1.175.897,7	6.177.703,8
Forderungen an Kunden	245.113,5	3.740.332,9	2.549.726,1	6.535.172,5
Risikovorsorge	-28.991,0	-179.613,2	-21.711,8	-230.315,9
Handelsaktiva	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	90.878,3	3.178.026,7	1.506.813,3	4.775.718,4
Sachanlagen	0,00	5.805,4	0,0	5.805,4
Sonstige Aktiva	1.736.000,8	1.521.320,2	326.256,1	3.583.577,1
Insgesamt	3.257.634,6	12.612.711,9	5.536.981,4	21.407.328,0

Es liegen keine Geschäftsbeziehungen zwischen den regionalen Segmenten vor.

Die Aufteilung der Aktiva nach Segmenten zeigte 2008 folgendes Bild:

in EUR 1.000	Österreich	Europa	Übrige Welt	Summe
Barreserven	168.332,3	2.781,3	0,0	171.113,6
Forderungen an Kreditinstitute	291.165,1	6.961.347,3	1.285.251,4	8.537.763,8
Forderungen an Kunden	6.644.906,0	8.105.749,7	3.406.861,8	18.157.517,5
Risikovorsorge	-991,3	-34.828,0	-17.579,8	-53.399,0
Handelsaktiva	14.918,4	1.501,3	0,0	16.419,7
Finanzanlagen	287.582,0	4.907.923,5	1.968.939,4	7.164.444,9
Sachanlagen	33.624,5	6.140,8	0,0	39.765,4
Sonstige Aktiva	585.994,8	2.330.604,8	506.421,7	3.423.021,3
Insgesamt	8.025.531,8	22.281.220,7	7.149.894,5	37.456.647,1

57. Restlaufzeitengliederung

Restlaufzeit ist der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglicher Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit, wobei bei Teilbeträgen die Restlaufzeit für jeden Teilbetrag angesetzt wird. Zinsabgrenzungen werden der Frist „bis 3 Monate“ zugerechnet.

Eine Gliederung der wesentlichen Positionen der Aktiva und Passiva nach Restlaufzeiten zum 31.12.2009 stellt sich wie folgt dar:

Aktiva in EUR 1.000	täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Forderungen an Kreditinstitute	813.301,0	1.035.097,8	1.734.619,4	1.348.683,3	1.246.002,3
Forderungen an Kunden	0,0	121.213,3	221.963,8	765.527,6	5.426.467,8
Wertpapiere – Designated at Fair Value through Profit or Loss	0,0	40.473,8	142.295,2	698.207,0	1.075.543,1
Wertpapiere – Available-for-Sale	0,0	64.984,6	38.311,7	472.602,8	1.588.988,6
davon Micro-Hedges	0,0	29.793,0	17.572,1	155.033,1	979.179,3
Wertpapiere – Held-to-Maturity	0,0	10.685,7	3.150,3	267.661,1	376.624,8
Insgesamt	813.301,0	1.272.455,2	2.140.340,3	3.552.681,9	9.713.626,5

Passiva in EUR 1.000	täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37.959,8	4.252.821,6	3.370.561,5	844.473,1	1.090.824,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.532,6	8.310,1	26.961,4	0,0	9.030,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	903.757,3	297.415,4	5.602.615,8	46.397,9
Nachrangkapital	0,0	3.941,5	0,0	24.589,0	318.289,5
Insgesamt	40.492,4	5.168.830,6	3.694.938,4	6.471.677,9	1.464.542,9

Der Anteil der Vorsorge für Incurred but not reported losses in Höhe von TEUR 7.306,0, welcher der Bilanzposition Wertpapiere – Held-to-Maturity zugeordnet ist, ist in der Restlaufzeitengliederung nicht enthalten, da eine direkte Aufteilung auf die Restlaufzeitenbänder nicht möglich ist.

Restlaufzeitengliederung der wesentlichen Positionen der Aktiva und Passiva zum 31.12.2008 (Vergleichszahlen):

Aktiva in EUR 1.000	täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Forderungen an Kreditinstitute	1.274.082,3	1.614.970,2	1.448.951,4	2.255.914,6	1.943.845,2
Forderungen an Kunden	314,2	254.009,5	426.104,8	3.479.075,8	13.998.013,1
Handelsaktiva	0,0	0,0	1.516,8	0,0	14.902,9
Wertpapiere – Designated at Fair Value through Profit or Loss	0,0	153.450,3	164.043,0	1.235.205,9	1.561.984,7
Wertpapiere – Available-for-Sale	0,0	63.417,9	59.391,6	539.934,3	2.048.536,8
Wertpapiere – Held-to-Maturity	0,0	70.884,3	106.931,1	258.929,6	826.076,0
Insgesamt	1.274.396,5	2.156.732,2	2.206.938,8	7.769.060,2	20.393.358,7

Passiva in EUR 1.000	täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.598,6	11.275.951,5	1.211.446,0	513.526,8	1.497.372,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.186,5	508.405,6	2.007,2	80.203,2	400.916,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	2.170.339,2	2.025.013,6	6.263.513,0	6.227.719,5
Nachrangkapital	0,0	6.777,8	0,0	63.467,7	428.873,1
Insgesamt	21.785,1	13.961.474,2	3.238.466,9	6.920.710,7	8.554.881,6

58. Nachrangige Vermögensgegenstände

In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögensgegenstände enthalten:

in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	28.301,0	31.905,8
Finanzanlagen	32.215,6	25.292,4
Sonstige Forderungen	527,4	0,0
Insgesamt	61.044,1	57.198,2

59. Als Sicherheiten übertragene und erhaltene Vermögensgegenstände

Die aus Pensionsgeschäften übertragenen Wertpapiere haben einen Buchwert in Höhe von TEUR 702.549,2 (31.12.2008: TEUR 2.401.626,5).

Die KA Finanz AG vereinbart Collateral Support Annexes („CSA“) zu Rahmenverträgen bei Derivaten. Für Derivate waren zum 31.12.2009 TEUR 1.498.673,6 (31.12.2008: TEUR 2.518.496,0) als Sicherheiten hinterlegt. Demgegenüber hat die KA Finanz AG Cash Collaterals für Derivate in Höhe von TEUR 584.410,0 (31.12.2008: TEUR 156.900,0) erhalten. Dieser Betrag wird zur Reduktion des derivatebezogenen Kreditrisikos der KA Finanz AG verwendet.

60. Eventualverbindlichkeiten und andere außerbilanzielle Verpflichtungen

Das Nominale der zugesagten Kreditrahmen und Promessen zum 31.12.2009 betrug TEUR 135.280,7 (31.12.2008: TEUR 1.121.864,8).

Weiters bestanden Haftungen mit einem Nominalwert von TEUR 100.000,0 (31.12.2008: TEUR 323.425,6).

Im Zusammenhang mit der Abspaltung des Kernbankbetriebes der KA alt auf die Kommunalkredit Austria AG besteht nach dem Spaltungsgesetz eine Haftung für die bis zur Eintragung der Spaltung im Firmenbuch des Handelsgerichts Wien (28.11.2009) begründeten Verbindlichkeiten. Aufgrund der vom SpaltG normierten gesamtschuldnerischen Haftung haftet die KF für Verbindlichkeiten, die bis zur Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch entstanden sind und als dem Kernbankgeschäft zugeordnete Verbindlichkeiten auf die KA abgespalten wurden, bis zur Höhe des ihr im Rahmen der Spaltung zugewiesenen Nettoaktivvermögens (Wert der zurückbehaltenen Vermögensgegenstände abzgl. der zurückbehaltenen Verbindlichkeiten wie unter Punkt 3 „Restrukturierung/Spaltung der Kommunalkredit Austria AG“ dargestellt) als Gesamtschuldner.

61. Nicht zur Ausbuchung qualifizierte übertragene Vermögensgegenstände

Pensionsgeschäfte in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Finanzinvestitionen		
Held-to-Maturity	47.228,6	481.308,5
Loans and Receivables	179.478,8	907.767,4
Fair Value through Profit or Loss	468.275,1	786.495,1
Available-for-Sale	7.566,6	273.479,6
Insgesamt	702.549,2	2.449.050,6

Die Pensionsgeschäfte qualifizieren nicht zur Ausbuchung, da die wesentlichen Chancen und Risiken zurückbehalten wurden. Die assoziierten Verbindlichkeiten weisen einen Gesamtbuchwert in Höhe von TEUR 588.804,7 (31.12.2008: TEUR 2.090.460,0) auf.

Weitere nicht zur Ausbuchung qualifizierende übertragene Vermögensgegenstände stellen verkaufte Wertpapiere dar, bei welchen durch den zeitgleichen Abschluss von Total Return Swaps sämtliche Chancen und Risiken auf das Unternehmen rückübertragen werden. Die Buchwerte der übertragenen Wertpapiere stellen sich wie folgt dar:

Buchwerte in EUR 1.000	31.12.2009	31.12.2008
Wertpapiere		
Held-to-Maturity	44.458,4	47.580,2
Loans and Receivables	172.716,4	175.521,2
Fair Value through Profit or Loss	321.170,3	316.836,3
Available-for-Sale	617.161,2	607.590,2
Insgesamt	1.155.506,3	1.147.528,0

Die assoziierten Verbindlichkeiten weisen einen Gesamtbuchwert in Höhe von TEUR 1.072.867,2 (31.12.2008: TEUR 1.084.483,2) auf.

In Wertpapierleihe waren keine Papiere (31.12.2008: Wertpapiere im Marktwert von TEUR 501.209,0).

62. Derivative Finanzgeschäfte

Die Strukturdarstellung offener derivativer Finanzgeschäfte stellt sich wie folgt dar:

in EUR 1.000	Nominalbetrag bis 31.12.2009			Nominalbetrag	Marktwerte positiv	Marktwerte negativ	Nominalbetrag
	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Summe 2009			
Zinsbezogene Geschäfte	3.021.663,8	20.645.142,6	28.368.821,6	52.035.628,1	3.001.238,3	-3.678.662,5	40.055.274,0
OTC-Produkte							
Zinsswaps	3.021.663,8	20.645.142,6	28.368.821,6	52.035.628,1	3.001.238,3	-3.678.662,5	40.055.274,0
Währungsbezogene Geschäfte	5.934.522,8	1.039.308,0	1.397.189,8	8.371.020,6	223.052,2	-265.254,0	9.546.583,5
OTC-Produkte							
Devisentermingeschäfte	5.354.157,6	0,0	124.662,9	5.478.820,4	217.777,5	-152.082,7	6.431.801,5
Währungsswaps	580.365,3	1.039.308,0	1.272.526,9	2.892.200,2	5.274,7	-113.171,3	3.114.782,0
Sonstige Geschäfte	195.000,0	1.728.370,8	10.438.239,6	12.361.610,4	237.881,1	-839.452,2	14.495.747,0
OTC-Produkte							
Optionen	0,0	0,0	1.000.000,0	1.000.000,0	233.128,6	-233.128,6	1.000.000,0
CDS buy	0,0	289.889,5	927.399,7	1.217.289,2	3.145,6	-53.060,2	1.355.349,5
CDS sell	195.000,0	1.438.481,3	8.510.839,9	10.144.321,3	1.606,9	-553.263,4	12.140.397,5
Insgesamt	9.151.186,7	23.412.821,5	40.204.251,0	72.768.259,2	3.462.171,6	-4.783.368,8	64.097.604,5

63. Fremdwährungsaktiva und Fremdwährungspassiva

Fremdwährungen sind Währungen außerhalb des Euro-Raumes. Die grundsätzliche Risikostrategie der KA Finanz AG im Bereich des FX-Risikos besteht darin, keine wesentlichen offenen FX-Positionen einzugehen.

in EUR 1.000	31.12.2009		31.12.2008	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
CHF	1.610.669,1	1.610.103,3	3.654.302,8	3.656.886,6
USD	1.675.759,3	1.675.394,0	3.544.546,5	3.540.528,1
JPY	936.883,8	936.640,8	2.320.558,6	2.104.963,9
GBP	98.357,5	102.658,3	1.330.751,6	1.329.895,8
Übrige	71.338,6	69.529,4	283.487,1	333.135,0
Summe Fremdwährungen	4.393.008,3	4.394.325,8	11.133.646,6	10.965.409,4

64. Risikomanagement

Organisation

Die Steuerung und Begrenzung der Risiken erfolgt im Rahmen einer definierten Gesamtrisikostrategie. Die strategiekonforme Implementierung wird in den monatlichen Sitzungen des Risk Management Committees (RMC) überwacht. Im RMC-Meeting wird der Vorstand regelmäßig und strukturiert über die Risikosituation der Gesamtbank informiert, alle wichtigen risikorelevanten Entscheidungen werden in diesem Forum getroffen sowie Limite festgelegt und überwacht. Zusätzlich zum monatlich durchgeführten RMC sind wöchentliche Ausschüsse etabliert, welche die Arbeit des RMC operativ unterstützen, insbesondere das Kreditkomitee, das Liquiditäts-/ALCO-Meeting sowie die Kapitalplanungstreffen.

Das primäre Ziel der Gesamtbanksteuerung ist die Abwicklung des nicht strategischen Geschäfts der KA alt unter Minimierung des Mitteleinsatzes der Republik Österreich sowie der möglichst umfangreichen Realisierung des Wertaufholungspotenzials und die Sicherung der Liquidität.

Folgende Risiken werden in der KA Finanz AG spezifisch identifiziert:

- **Kreditrisiko**
 - Ausfalls- und Kontrahentenrisiko
 - Konzentrationsrisiko
 - Länderrisiko
 - Beteiligungsrisiko
- **Liquiditätsrisiko**
 - kurzfristiges Liquiditätsrisiko
 - langfristiges Liquiditätsrisiko
- **Marktrisiko**
 - Zinsänderungsrisiko
 - Wechselkursrisiko
 - Spreadänderungsrisiko
 - Optionspreisisiko
- **Operationelles Risiko**
 - Operationelles Risiko
 - Rechtsrisiko
 - Reputationsrisiko
- **Sonstige Risiken**
 - Eigenkapitalrisiko
 - Strategisches Risiko
 - Ertragsrisiko

Alle internen und externen Risikoreports der KA Finanz AG werden als Dienstleistung über ein Service Level Agreement von der Kommunalkredit Austria AG bezogen. Die Verantwortung für das Risikomanagement der KA Finanz AG, insbesondere die adäquate Messung, Steuerung und Begrenzung der Risiken, ist nicht über das Service Level Agreement ausgelagert, sondern liegt beim Vorstand der KA Finanz AG in Verbindung mit dem im mittleren Management der KA Finanz AG angesiedelten Risk Officer, Deputy Risk Officer sowie Operating Officer.

Kreditrisiko

Kreditrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten, die entstehen, wenn ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die KA Finanz AG unterscheidet folgende Arten des Kreditrisikos: Kontrahenten- bzw. Ausfallsrisiko, Konzentrationsrisiko und Länderrisiko. Die KA Finanz AG verwendet eine konzernweit einheitliche Methode für die Quantifizierung des Kreditexposures. Das Kreditexposure wird für die Produktklassen kurzfristiges Interbankengeschäft, Wertpapiere, Darlehen, Derivate und CDS/Haftungen jeweils nach einer einheitlichen Methode berechnet und kann im Detail von den Buchwerten abweichen. Die wesentlichsten Abweichungen zu den Buchwerten werden in Folge kurz dargestellt. Bei Derivaten erfolgt neben dem Ausweis des positiven Marktwerts der zusätzliche Ausweis von laufzeit- und produktspezifischen Add-On-Faktoren. Das Wertpapierexposure entspricht unabhängig von der Bestandskategorie dem Stichtagsmarktwert. Das Darlehensexposure bestimmt sich aus allen Rückzahlungsverpflichtungen des Geschäftspartners, möglicherweise noch bestehenden Auszahlungsverpflichtungen der Bank, dem Rest(dis)agio (falls vorhanden) und dem positiven Optionswert aus einer möglicherweise eingebetteten Option.

Bei der Besicherung des Kreditengagements spielen persönliche Sicherheiten (Garantien und Haftungen) eine wichtige Rolle. Als finanzielle Sicherheiten werden vor allem Nettingvereinbarungen und Barbesicherungen zur Reduktion des Kontrahentenrisikos berücksichtigt. Bei Vorliegen von persönlichen Sicherheiten kann das Exposure dem Sicherheitengeber zugerechnet werden. Das Exposure wird je nach Risikoeinschätzung auf den Garantiegeber transferiert und dort im Portfoliomodell und Limitwesen berücksichtigt. Erhaltene finanzielle Sicherheiten reduzieren dagegen das bestehende Exposure.

Die KA Finanz AG beurteilt die Ausfallswahrscheinlichkeit einzelner Kunden mithilfe von Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Segmente zugeschnitten sind. Für Kunden in Segmenten im Standardansatz gem. Basel II (siehe Abschnitt „Basel II“) werden vorwiegend externe Ratings (Moody's, S&P oder Fitch) herangezogen. Jedem aktiven Kunden ist ein externes oder internes Rating zugeordnet, die mindestens einmal jährlich aktualisiert werden. Bei allen Kreditnehmern wird die wirtschaftliche Entwicklung laufend analysiert und das Kreditrisiko regelmäßig bewertet. Damit können die Aktiva und die außerbilanziellen Geschäfte vollständig nach Ausfallswahrscheinlichkeit und Besicherung gegliedert werden. Die Ausfallswahrscheinlichkeiten sind in einer internen Ratingskala (Masterskala) in Kategorien zusammengefasst, denen externe Ratings zugeordnet werden können. Um eine einheitliche Bestimmung der Ausfallswahrscheinlichkeiten zu gewährleisten, müssen alle internen und externen Ratingverfahren bzw. Ratings auf die Masterskala abgestimmt werden. Die Leistungsfähigkeit und Trennschärfe der Ratingverfahren und ihre Prognosefähigkeit hinsichtlich Zahlungsausfällen werden regelmäßig überprüft und nötigenfalls auf Basis eingetretener unerwarteter Verluste angepasst.

Unerwarteter Verlust

Die Portfoliobetrachtung ist grundlegend für die Quantifizierung des unerwarteten Ausfallsrisikos. Die KA Finanz AG berechnet monatlich einen Kredit-VaR. Das verwendete Portfoliomodell basiert auf Credit-Risk+. Für die Berechnung des Kredit-VaR (Haltedauer 1 Jahr, Konfidenzintervall 99,95 %) werden ratingabhängige einjährige Ausfallswahrscheinlichkeiten (PD) und regional bzw. branchenspezifische Verlustquoten (LGD) verwendet. Diese Parameter wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr einem Überprüfungsprozess unterzogen und aktualisiert. Die Quantifizierung des unerwarteten Ausfallsrisikos für Kreditrisiken erfolgt nach Berechnungsverfahren, die gängigen bankbetriebswirtschaftlichen Standards entsprechen.

Der unerwartete Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres beträgt in der Liquidationssicht EUR 284,6 Mio (Konfidenzniveau 99,95 %, statistisches Ereignis einmal in zweitausend Jahren), der unerwartete Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres beträgt in der Going-Concern-Sicht EUR 13,7 Mio. (Konfidenzniveau 90,00 % statistisches Ereignis einmal in zehn Jahren).

Das verwendete Modell beruht auf statistischen Methoden und Annahmen. Es repliziert und erklärt im Wesentlichen alle relevanten Entwicklungen der Vergangenheit. Eine wichtige Annahme dabei ist, dass aus der Vergangenheit statistisch fundierte Schlussfolgerungen auch für zukünftige Entwicklungen zutreffen. Die im Jahre 2008 beobachtete fundamentale Systemkrise der weltweiten Finanzmärkte ist in der verfügbaren Historie bei den von Banken verwendeten Modellen nicht vorhanden. Bei der Beurteilung des unerwarteten Ausfallsrisikos wird diesem Umstand Rechnung getragen und die Modellberechnungen werden durch anlassbezogene Zusatzanalysen und regelmäßig durchgeführte Stresstests erweitert. Diese stehen als zusätzliche Entscheidungsgrundlage dem Management zur Verfügung.

Ratingverteilung

Die Aufstellung des Kreditexposures nach Rating zeigt, dass das Portfolio in den oberen Ratingkategorien konzentriert ist. 48 % des Exposures sind AAA/AA-geratet, 96 % sind investment-grade. Das Portfolio der KA Finanz AG hat eine gute Kreditqualität; das kapitalgewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist A2 (nach Moody's-Ratingskala).

Kreditexposurverteilung nach Rating:

31.12.2009 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
AAA	5.861.828	21,5 %	1.427.616	4.422.767	9.713
AA	7.255.166	26,6 %	2.526.938	3.594.059	562.587
A	6.914.848	25,3 %	3.559.608	1.510.465	1.134.920
BBB	6.303.669	23,1 %	2.974.944	892.225	787.336
BB	819.818	3,0 %	354.690	308.233	156.894
B	45.228	0,2 %	33.318	0	11.910
CCC	7.205	0,0 %	13.272	-6.067	0
C	67.004	0,2 %	31.433	5.000	30.571
nicht geratet	23.793	0,1 %	0	10.000	13.793
Summe	27.298.559	100,0 %	10.921.820	10.736.682	2.707.723

28.11.2009 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
AAA	5.680.723	20,5 %	1.383.753	4.280.916	10.344
AA	7.383.756	26,7 %	2.989.241	3.240.357	556.455
A	10.044.441	36,3 %	4.528.244	1.683.872	1.391.148
BBB	3.650.300	13,2 %	2.157.986	728.767	579.039
BB	828.763	3,0 %	372.149	302.104	154.510
B	37.544	0,1 %	25.365	0	12.179
CCC	6.668	0,0 %	12.872	-6.203	0
D	61.886	0,2 %	26.515	5.000	30.370
nicht geratet	10.953	0,0 %	0	10.000	953
Summe	27.705.034	100 %	11.496.125	10.244.843	2.734.998

31.12.2008 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
AAA	9.997.624	22,9 %	1.953.110	5.715.290	2.291.022
AA	15.467.493	34,2 %	3.954.077	3.126.586	6.852.809
A	11.821.551	27,7 %	5.945.598	2.609.861	2.955.602
BBB	6.048.800	13,5 %	2.273.891	1.621.288	1.975.548
BB	568.294	0,9 %	216.812	142.332	206.475
B	85.268	0,4 %	18.412	19.371	47.486
C	75.693	0,3 %	57.556	7	18.130
nicht geratet	7.401	0,0 %	7.375	0	25
Summe	44.072.123	100,0 %	14.426.831	13.234.735	14.347.098

Der Vergleich mit den Vorjahreswerten ist nur bedingt aussagefähig, weil das strategische Geschäft der KA alt in die jetzige Kommunalkredit Austria AG abgespalten wurde. Die Reduktion des Gesamtexposures von EUR 44,1 Mrd. Ende 2008 auf EUR 27,7 Mrd. zum Spaltungszeitpunkt Ende November 2009 resultiert überwiegend aus der Abspaltung des strategischen Geschäfts, aber auch aus Abbaumaßnahmen in den Wertpapier- und CDS-Portfolien. Die Abspaltung des strategischen Geschäfts ist in der Reduktion des Darlehensexposures

(2008: EUR 14,3 Mrd., 30.11.2009: EUR 2,7 Mrd.) und teilweise in der Reduktion des Wertpapierexposures (2008: EUR 14,4 Mrd., 30.11.2009: EUR 11,5 Mrd.) zu sehen. Die Reduktion im CDS- und Haftungsexposure (2008: EUR 13,2 Mrd., 30.11.2009: EUR 10,2 Mrd.) ist nicht spaltungsbedingt, weil das gesamte CDS-Exposure in der KA Finanz AG verblieben ist. Der Rückgang im CDS- und Haftungsexposure resultiert im Wesentlichen aus risikoreduzierenden Abbaumaßnahmen und zum Teil (EUR 0,3 Mrd.) aus dem vertraglichen Ablauf von CDS-Geschäften.

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen werden vor Abschluss von Portfoliomanagementgeschäften (ausschließlich Absicherungs- und Refinanzierungsgeschäfte, jedoch keine Neuveranlagung und kein Neugeschäft im Kundensegment) sowie im Zuge der monatlichen Kreditrisikoreports, welche dem RMC berichtet werden, festgestellt. Das Gesamtportfolio wird hier nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt (Gliederung nach Ländern, Regionen, Top-100-Gruppen verbundener Kunden, Rating, Sektoren). Zusätzlich erfolgt die Feststellung von Risikokonzentrationen einzelner Teilportfolien durch die Abteilung Kreditrisiko, welche im Zuge von Portfolioanalysen etwaige Handlungen vorschlägt. Portfolioanalysen umfassen korrelierende regionale und/oder sektorale Risiken oder Risikokonzentrationen und dienen vor allem der Früherkennung, Begrenzung und Aussteuerung von Risikoportfolien unter aktuellen und künftigen Umfeldbedingungen. Je nach Risikoeinschätzung wird ein Review in unterschiedlichen Intervallen durchgeführt, jedoch zumindest jährlich. Anlassbezogen kann ein Portfolioreview auch ad hoc zwischen den tourlichen Intervallen angestoßen werden.

Das Exposure der Top-20-„Gruppe verbundener Kunden“ umfasst 44,5 % des Gesamtexposures. Das resultierende Risiko wird aufgrund der niedrigen Ausfallserwartung für die darin enthaltenen Einzelexposures als gering eingeschätzt. Da in der KA Finanz AG kein neues Kreditgeschäft abgewickelt wird, wurden Limitierungen von Konzentrationsrisiken lediglich in Form von Länderlimiten eingeräumt. Alle Portfolien befinden sich zusätzlich unter Berücksichtigung des jeweiligen Risikogehaltes auf Abbau.

Länderrisiko

Die KA Finanz AG definiert Länderrisiko als politisches Transferrisiko. Kreditexposure von Töchtern und Zweigstellen werden im jeweiligen Sitzland ausgewiesen, nicht im Land der Muttergesellschaft. Das Länderrisiko der KA Finanz AG wird monatlich im RMC überwacht. Je Land werden Angaben über Länderrating, Exposure je Produktklasse, erwarteter und unerwarteter Verlust und Limitausnutzung überwacht.

Geografisch verteilt sich der Großteil des Exposures auf die Kern-EU-Staaten (EU-15 inkl. Österreich, 63 %) sowie die restlichen EU-Staaten (12 %). Das Exposure in sonstigen Staaten (20 %) entfällt zu 59 % auf die USA und Kanada.

Geografische Verteilung der Gesamtexposure

31.12.2009 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Österreich	2.928.131	10,7 %	316.391	534.077	214.746
EU-15	14.343.311	52,5 %	4.366.319	7.690.037	1.273.963
EU-Zentraleuropa	3.333.683	12,2 %	1.491.524	1.661.151	179.281
Nicht EU-Europa	774.075	2,8 %	176.405	273.875	322.064
Nicht EU-Osteuropa	481.605	1,8 %	199.717	47.000	234.888
Sonstige	5.437.754	19,9 %	4.371.464	530.541	482.783
Summe	27.298.559	100,0 %	10.921.820	10.736.682*]	2.707.723

28.11.2009 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Österreich	3.138.259	11,3 %	315.461	515.428	217.565
EU-15	14.576.605	52,6 %	4.998.216	7.223.198	1.274.035
EU-Zentraleuropa	3.326.451	12,0 %	1.495.745	1.637.061	191.864
Nicht EU-Europa	783.036	2,8 %	169.588	274.393	333.343
Nicht EU-Osteuropa	500.623	1,8 %	197.376	52.000	251.248
Sonstige	5.380.060	19,4 %	4.319.790	542.763	466.943
Summe	27.705.034	100,0 %	11.496.125	10.244.843*)	2.734.998

*) Die Ausweitung des Exposures zwischen Spaltungstichtag (28.11.2009) und Berichtstichtag (31.12.2009) in Höhe von EUR 492 Mio. wird zu zwei Drittel durch Währungskursschwankungen und damit durch veränderte Stichtags-EUR-Äquivalente der zugrunde liegenden Fremdwährungsgeschäfte und zu einem Drittel durch den Ablauf von erhaltenen Garantien für Wertpapierpositionen erklärt.

31.12.2008 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Österreich	9.023.033	20,5 %	740.172	1.114.211	6.531.070
EU-15	18.856.219	42,8 %	5.938.350	8.030.456	3.561.816
EU-Zentraleuropa	5.198.896	11,8 %	2.348.533	2.229.941	578.655
Nicht EU-Europa	2.464.525	5,6 %	239.286	389.938	1.833.720
Nicht EU-Osteuropa	1.364.208	3,1 %	210.486	251.178	902.513
Sonstige	7.165.243	16,3 %	4.950.005	1.219.011	939.323
Summe	44.072.123	100,0 %	14.426.831	13.234.735	14.347.098

Der Vergleich mit den Vorjahreswerten ist nur bedingt aussagefähig, weil das strategische Geschäft der KA alt in die Kommunalkredit Austria AG abgespalten wurde. Die Reduktion des Gesamtexposures von EUR 44,1 Mrd. Ende 2008 auf EUR 27,7 Mrd. zum Spaltungszeitpunkt Ende November 2009 resultiert aus der Abspaltung des strategischen Geschäfts und aus Portfolioabbaumaßnahmen im Wertpapier- und CDS-Portfolio. Die Abspaltung des strategischen Geschäfts ist in der Reduktion des Österreich-Exposures (2008: EUR 9,0 Mrd., 30.11.2009: EUR 3,1 Mrd.), „Nicht EU-Europa“-Exposures (2008: EUR 2,5 Mrd., 30.11.2009: EUR 0,8 Mrd.) und teilweise in der Reduktion des Exposures in den Ländergruppen „EU-15“ und „EU-Zentraleuropa“ zu sehen. Der Rückgang in der Ländergruppe „Sonstige“ (2008: EUR 7,2 Mrd., 30.11.2009: EUR 5,4 Mrd.) resultiert im Wesentlichen aus Portfolioabbaumaßnahmen und zum Teil aus dem vertraglichen Ablauf von Geschäften.

Details zum CDS- und Haftungsexposure

Das im Gesamtexposure enthaltene CDS- und Haftungsexposure in Höhe von EUR 10,7 Mrd. per Ende 2009 beinhaltet hauptsächlich Exposure aus Single-Name-CDS (EUR 10,1 Mrd.). Das CDS- und Haftungsexposure ist mit fast 75 % im AAA/AA-Bereich und 97 % im Investment-Grade-Bereich. CDS und Haftungen bestehen gegenüber der öffentlichen Hand (86 %), gegenüber Banken (13 %) sowie gegenüber Corporates (1 %). Geografisch ist das Portfolio zu 92 % dem EU-Raum zuzuordnen, davon entfallen 77 % auf EU-15 sowie 15 % auf die restlichen EU-Staaten.

Die Reduktion im CDS- und Haftungsexposure (2008: EUR 13,2 Mrd., 30.11.2009: EUR 10,2 Mrd.) ist nicht spaltungsbedingt, weil das gesamte CDS-Exposure in der KA Finanz AG verblieben ist. Der Rückgang im CDS- und Haftungsexposure resultiert im Wesentlichen aus risikoreduzierenden Abbaumaßnahmen und zum Teil aus dem vertraglichen Ablauf von CDS-Geschäften.

Kreditrisikovorsorge

Es findet regelmäßig eine Beurteilung statt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kundenengagements oder Engagements einer Gruppe verbundener Kunden vorliegen. Die Beurteilung der Wertminderung findet entweder im Zuge der jährlichen Bonitätsupdates oder anlassbezogen statt. Die Ermittlung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle obliegt dem Risikomanagement unter Genehmigung des Vorstandes.

Die Bestandteile der gebildeten Wertberichtigung für Kreditausfälle sind Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen nach dem Incurred-Loss-Modell nach IFRS für bereits eingetretene, jedoch noch nicht berichtete Verluste.

in EUR Mio.	Zugrundeliegendes Exposure der Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen		Höhe der Wertberichtigungen	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kreditrisiken ¹⁾	501,9	521,8	360,6	393,6
Portfoliowertberichtigung nach dem Incurred-Loss-Modell nach IAS 39 ²⁾			54,0	200,7
Summe			414,6	594,1

1) Die Einzelwertberichtigungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr vor allem durch ordnungsgemäße Rückführungen sowie Exposureabbau reduziert.

2) Incurred-Loss-Modell nach IFRS. Die Reduktion der Portfoliowertberichtigungen nach dem Incurred-Loss-Modell nach IAS 39 resultiert einerseits aus einer reduzierten Assetbasis nach Spaltung sowie aus reduzierten Neubildungen von Einzelwertberichtigungen innerhalb der Detection-Period, welche eine Entspannung der wirtschaftlichen Umfeldbedingungen widerspiegeln.

Die KA Finanz AG hat keine finanziellen Vermögenswerte, die zum Ende der Berichtsperiode länger als 90 Tage überfällig, aber nicht im Wert gemindert sind.

Feststellung und Behandlung erhöhter Kreditrisiken einschließlich Watchlist

Zur Feststellung und Behandlung erhöhter Kreditrisiken wurden die bestehenden Prozesse im Jahr 2009 erweitert und ein mehrstufiger Risikokontrollprozess eingeführt, wonach sämtliche Partner nunmehr in vier Risikostufen eingeteilt werden:

- **Stufe 0** Standard-Risikostufe für alle Partner, die nicht unter die nachfolgenden Risikostufen fallen.
- **Stufe 1** Partner, welche leicht erhöhtes Kreditrisiko bzw. negative Tendenz aufweisen und daher einem engen Monitoring unterliegen.
- **Stufe 2** Problematische Engagements (Zahlungsrückstände, Kreditminderung) mit Ausnahme von Problemkrediten, bei welchen ein Ausfall gemäß Basel II festgestellt wurde. Die Partner der Stufe 2 sind in einer sogenannten Watchlist zusammengefasst.
- **Stufe 3** Ausfall gemäß Basel II.

Über das Service Level Agreement bezieht die KA Finanz AG die laufend (zumindest monatlich) aktualisierte Liste der Partner mit erhöhter Ausfallswahrscheinlichkeit, welche monatlich im Kreditrisikomanagement überwacht und zumindest vierteljährlich im Rahmen der Kreditsitzung der KA Finanz AG präsentiert wird. Die Darstellung der Partner mit erhöhter Ausfallswahrscheinlichkeit dient in der KA Finanz AG als qualitative Informationsbereitstellung über Exposure at Risk. Abzuleitende Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Vorstand im Zuge der Kreditsitzung der KA Finanz AG beschlossen.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko als Teil des Kreditrisikos ist aufgrund der Natur der Beteiligung von untergeordneter Bedeutung. Die wesentliche Beteiligung Kommunalkredit International Bank Ltd ist aufgrund der Vollkonsolidierung in den oben genannten Risikozahlen vollständig berücksichtigt.

Maximales Ausfallrisiko

Die Angabepflicht gemäß IFRS 7.36 (2) definiert das maximale Ausfallrisiko als den Bruttobuchwert der Kredite und Forderungen an Kunden, Kredite und Forderungen an Kreditinstitute sowie Finanzanlagen. Das maximale Ausfallrisiko entsprechend dieser Definition beträgt in der KA Finanz AG per 31.12.2009 EUR 17.488,6 Mio.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsmanagement war in der abgelaufenen Berichtsperiode eine der wesentlichen Managementaufgaben. Der Fokus lag nicht nur auf der Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt, sondern auch in der Steuerung und Verbesserung des strukturellen Liquiditätsrisikos.

Ziel des Liquiditätsrisikomanagements ist die Erhaltung einer adäquaten Liquiditätsposition. Die KA Finanz AG unterscheidet beim Liquiditätsrisiko zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Zahlungsunfähigkeitsrisiko) als der Gefahr, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann, und dem Refinanzierungsrisiko als der Gefahr, zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension unterscheidet die KA Finanz AG zwischen kurzfristigem (bis zu einem Jahr) und langfristigem (ab einem Jahr) Liquiditätsmanagement.

Liquiditätsrisikomanagement

Zentrale Elemente des Liquiditätsrisikomanagements sind

- Analyse der Liquiditätsposition
- Berichtswesen an den Vorstand
- Bestimmung der mittel- und langfristigen Refinanzierung inklusive eines Emissionsplans
- Pflege und Weiterentwicklung des Liquiditätsmodells

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (< 1 Jahr)

Zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität steht dem Management ein auf täglicher Basis erstelltes kurz- und mittelfristiges Liquiditätsszenario zur Verfügung. In diesen Szenarien werden neben den vertraglichen Zahlungsströmen auch erwartete Zahlungsströme aus neuen Emissionen, Kündigungen bestehender Geschäfte, Auszahlungen aus Neugeschäftsabschlüssen, Repo-Prolongationen sowie der Liquiditätsbedarf aus der Dotierung von Barsicherheiten (aus CSA-/ISDA-Vereinbarungen) berücksichtigt. Die resultierenden Liquiditäts-Gaps werden im kurzfristigen Liquiditätsszenario auf Tagesbasis bzw. danach auf Monatsbasis gesteuert.

Im abgelaufenen Jahr wurde die Arbeit an der Umstellung auf ein tägliches Management von Barbesicherungen für die wesentlichen Counterparts von Derivativerträgen begonnen. Dies ermöglicht eine raschere Generierung von Liquidität, wenn marktwertbedingte Nachschussverpflichtungen der Counterparts bestehen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die erwarteten Liquiditäts-Gaps, die aus internen und externen Maßnahmen zusätzlich realisierbare Liquidität und die Liquiditätsposition nach diesen Maßnahmen periodisch dargestellt:

in EUR Mio. per 31.12.2009	Erwarteter Liquiditäts-Gap	Zusätzliche realisierbare Liquidität	Liquiditätsposition nach Maßnahmen
bis zu einem Monat	-316	770	454
mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	-687	350	-337
mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	-1.174	1.110	-64
Summe	-2.177	2.230	53

Langfristiges Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (≥ 1 Jahr)

Zur Liquiditätssteuerung und zur strukturellen Analyse der Liquiditätsrisikoposition verwendet die KA Finanz AG eine Analyse der erwarteten Kapitalströme für die Gesamtlaufzeit aller On- und Off-Balance-Geschäfte. Die Überhänge aus den Kapitalein- und Kapitalauszahlungen werden auf periodischer und kumulierter Ebene überwacht und sind die Basis für die strategische Liquiditätssteuerung durch den Vorstand.

Organisation und Berichtswesen

Eine Liquiditätsvorschau einschließlich der Einschätzung zusätzlich verfügbarer Liquidität wird täglich erstellt, täglich an den Treasury-Vorstand berichtet und monatlich im RMC auf Gesamtvorstandsebene berichtet. Zusätzlich wird das langfristige Liquiditätsrisiko im monatlichen RMC auf Gesamtvorstandsebene besprochen. Zusätzlich findet ein wöchentlicher Jour Fixe zwischen Vorstand und Treasury zum operativen und strategischen Liquiditätsmanagement statt.

Krisenplan

Der Krisenfinanzierungsplan (Krisenplan) dient der Liquiditätsbeschaffung in einem krisenhaften Marktumfeld. Das Institut verfügt über einen Liquiditätskrisenplan, der für den Notfall die Verantwortlichkeiten und die Zusammensetzung von Krisengremien, die internen und externen Kommunikationswege sowie die ggf. zu ergreifenden Maßnahmen regelt. In einem Notfall übernimmt ein Krisengremium die Liquiditätssteuerung. Im Einzelfall entscheidet das Krisengremium über die zu treffenden Maßnahmen.

Analyse finanzieller Verbindlichkeiten

In der folgenden Tabelle werden die Fälligkeiten vertraglicher, nicht diskontierter Cashflows finanzieller Verbindlichkeiten dargestellt:

in EUR Mio. per 31.12.2009	Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	Derivative finanzielle Verbindlichkeiten*
bis zu einem Monat	6.146	1.423
mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	2.095	3.864
mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	5.009	2.219
mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	6.946	6.566
mehr als fünf Jahre	2.007	12.987
Summe	22.203	27.058

* Die derivativen finanziellen Verbindlichkeiten sind spaltungsbedingt erhöht und werden sich im Laufe des Jahres 2010 wesentlich reduzieren.

Die Cashflows umfassen neben Tilgungs- auch Zinszahlungen. Für Verbindlichkeiten mit variablen Cashflows werden die zukünftig anfallenden Cashflows auf Basis von Forward-Sätzen ermittelt.

Bei der Zuordnung der Beträge wurde auf die vertragliche und nicht auf die erwartete Restlaufzeit abgestellt. Steht ein Rückzahlungstermin im Ermessen des Gläubigers, ist der Betrag dem Laufzeitband mit der frühest möglichen Rückzahlung zugeordnet. Zugesagte und noch nicht abgerufene Zahlungsverpflichtungen sind mit dem frühest möglichen Abrufdatum eingeordnet.

Marktrisiko

Ziel des Marktrisikomanagements ist die Optimierung der Risikoposition unter Berücksichtigung der ökonomischen Umwelt und der Wettbewerbssituation sowie unter Beachtung des Marktwerttrisikos und des Effekts auf den Nettozinsertrag.

Marktrisiken entstehen aus potenziellen Veränderungen von Risikofaktoren, die zu einer Veränderung des Marktwertes der diesen Parametern unterliegenden Finanzpositionen führen können. Im Einzelnen unterscheidet die KA Finanz AG Zinsänderungs-, Wechselkurs-, Spreadänderungs- und Optionspreissrisiko. Dabei werden Zinsänderungs- und Wechselkursrisiken mit Value-at-Risk-Ansätzen quantifiziert, die Risikomessung der Spreadänderungsrisiken erfolgt mit dem Present Value of a Basis Point (DV01) und Optionspreissrisiken werden auf Basis von 16 Parameterszenarien (Volatilitäts- und Zinsänderung) berechnet.

Die Zielsetzung des Value-at-Risk ist die Ermittlung einer potenziellen negativen Wertänderung, die mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit innerhalb eines festgelegten Zeitraumes nicht überschritten wird. Die KA Finanz AG verwendet dazu den Varianz-Kovarianz-Ansatz, der auf historischen Volatilitäten und Korrelationen beruht.

Die Sensitivitätsanalyse für das Spreadänderungsrisiko zeigt den barwertigen Effekt einer Spreadänderung von +1 BP auf das untersuchte Portfolio. Ein Nachteil dieser Analyse ist, dass der Effekt unterschiedlicher Spreadvolatilitäten innerhalb des Portfolios nicht sichtbar wird. Aufgrund der Zielsetzung, dem Abbau des bestehenden Portfolios, ist das akzeptabel. Ziel der Berechnung der Optionspreissrisiken auf Basis einer Szenariomatrix ist ebenfalls die potenziell negative Wertänderung. Beeinträchtigt wird die Aussage dadurch, dass nicht alle möglichen Kombinationen von Marktwertänderungen berechnet werden können. Aufgrund des geringen Umfangs der Optionspreissrisiken ist das akzeptabel.

Zinsänderungsrisiko

Zum Zweck der effizienten Steuerung des Zinsrisikos und des Nettozinsertrags verfügt die KA Finanz AG über ein Analyse- und Simulationsinstrument (Zins-Gap-Struktur je Währung, Zins-VaR, Sensitivitätsanalysen, Simulationstransaktionen), das die Prognose und gezielte Steuerung des Gesamtbankzinsrisikos sowie der G&V-Sensitivität des Fair Value through Profit and Loss-Bestandes und des periodischen Nettozinsertrages ermöglicht. Spaltungsbedingt kann die G&V-Sensitivität des Fair Value through Profit and Loss-Bestandes bis zum Abschluss des geplanten Mergers nicht auf Konzernebene ermittelt werden.

Im Rahmen der Zinsrisikosteuerung werden die Gapstrukturen je Währung analysiert und die Sensitivität der Gesamtposition und der Risikoposition des Fair Value through Profit and Loss-Bestandes für verschiedene Szenarien quantifiziert. Als technische Entscheidungsunterstützung stehen in der RMC-Sitzung online Simulationmöglichkeiten für Steuerungsmaßnahmen und deren Auswirkung auf die Risiko- und Performancekennzahlen zur Verfügung.

Das Zinsänderungsrisiko wird zumindest monatlich überwacht und ausgesteuert. Für die Berechnung des Zins-VaR (Haltedauer 20 Handelstage, Konfidenzintervall 90 %) werden gleichgewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen mit einem zurückliegenden Beobachtungszeitraum von 150 Tagen verwendet. Der berechnete Zins-VaR berücksichtigt den gesamten Geschäftsbestand der KA Finanz AG, jedoch nicht das Eigenkapital

(eingezahltes Kapital und Rücklagen). Per 31.12.2009 betrug der Zins-VaR TEUR 16.871,1 (2008: TEUR 45.987,2). Der durchschnittliche Zins-VaR in der abgelaufenen Berichtsperiode betrug TEUR 31.484. Der letztverfügbare Zins-VaR des Fair Value through Profit and Loss-Bestandes betrug vor der Spaltung per 31.10.2009 TEUR 1.058,5 (Haltedauer 20 Handelstage, Konfidenzintervall 90 %).

Wechselkursrisiko

Wechselkursrisiken bestehen vor allem im Zusammenhang mit der Aufnahme kurz- und langfristiger Refinanzierungsmittel. Die grundsätzliche Risikostrategie der KA Finanz AG im Bereich des Wechselkursrisikos ist es, keine offenen FX-Positionen einzugehen. Dazu wurde ein System zur Steuerung der offenen Devisenpositionen eingerichtet, das sowohl Auszahlungen und Tilgungszahlungen, aber auch Zins-, Provisions- und Agioabgrenzungen sowie Ausgleichsbeträge aus Derivatgeschäft berücksichtigt.

Das Wechselkursrisiko wird täglich überwacht und angesteuert. Für die Berechnung des FX-VaR (Haltedauer 1 Handelstag, Konfidenzintervall 99 %) werden exponentiell gewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen der Wechselkurse mit einem zurückliegenden Beobachtungszeitraum von 400 Tagen verwendet. Die Berechnung erfolgt mit einem Gewichtungsfaktor von 0,94. Per 31.12.2009 betrug der FX-VaR TEUR 10,0 (2008: TEUR 60,6). Der durchschnittliche FX-VaR im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug TEUR 17,6.

Spreadänderungsrisiko

Als Spreadänderungsrisiko (DV01) betrachtet die KA Finanz AG das Barwertrisiko bei Veränderungen der Creditspreads. Steigende Creditspreads haben einen negativen Barwerteffekt auf das bestehende Portfolio, da bei On-Balance-Geschäften die Diskontierung der Zahlungsströme mit einer höheren Zinskurve erfolgt und somit zu niedrigeren Barwerten führt. Auch für bestehende CDS resultiert eine Spreadausweitung in einem Bewertungsverlust. Für das gesamte CDS-Portfolio und für das gesamte Wertpapier- und Darlehensportfolio wird die Sensitivität bei der Ausweitung der Spreads um +1BP berechnet und berichtet.

Per 31.12.2009 betrug die Barwertsensitivität bei einem Spreadwidening von +1BP für das gesamte CDS-Portfolio EUR -4,8 Mio. (2008: EUR -5,9 Mio.). Sämtliche CDS verblieben nach der Spaltung in der KA Finanz AG, daher resultiert die Reduktion der Sensitivität im Wesentlichen aus den Absicherungs- und Abbaumaßnahmen im Jahr 2009 und zum Teil aus der verringerten Duration des Restportfolios. Die Sensitivität des CDS-Portfolios auf Credit-Spread-Änderungen ist erfolgsrelevant.

Im abgelaufenen Berichtszeitraum wurde die Berechnung des Spreadänderungsrisikos auf den gesamten Wertpapier und Darlehensbestand ausgerollt. Die Barwertsensitivität für das gesamte Wertpapierportfolio beträgt Ende 2009 EUR -6,5 Mio. Das Spreadänderungsrisiko des gesamten Darlehensportfolios beträgt per 31.12.2009 EUR -1,1 Mio.

Das G&V-relevante Spreadänderungsrisiko des Fair Value through Profit and Loss-Bestandes bei einem Spreadwidening von +1BP betrug per 31.12.2009 EUR -1,6 Mio. Aufgrund des relativ geringen Spreadänderungspotenzials beim zugrunde liegenden Portfolio und der Abbaubabsicht wird das absolute Niveau als gering eingeschätzt.

Optionspreissrisiko

Optionsrisiko besteht ausschließlich bei eingebetteten Optionen in einem Grundgeschäft (eigene Emissionen, Bond oder Swap). Zur Begrenzung dieser nicht vollständig abgesicherten Optionspreissrisiken werden 16 Preisszenarien aus Volatilitäts- und Zinsänderung berechnet. Das schlechteste Ergebnis der Szenarien wird überwacht und limitiert.

Per 31.12.2009 betrug das Optionspreissrisiko EUR -2,6 Mio. Dieser Betrag ist repräsentativ für das abgelaufene Geschäftsjahr, da der Großteil der nicht vollständig abgesicherten und eingebetteten Optionen nicht abgespalten wurde.

Operationelles Risiko

In der KA Finanz AG wird operationelles Risiko als die Möglichkeit von Verlusten aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse definiert. Auch das Rechtsrisiko und das Reputationsrisiko ist Teil des operationellen Risikos. Externe Ereignisse, die rein den Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko oder Sonstigem Risiko zuzuordnen sind und keinen operationellen Hintergrund haben, fallen nicht unter diese Definition. Als klares Ziel des Operationellen Risikomanagements (ORM) wurde formuliert, operationelle Risiken nicht nur zu identifizieren und zu bewerten, sondern aus dem ORM-Prozess einen Mehrwert für die Bank zu generieren.

Die Verantwortlichkeiten im ORM-Prozess sind eindeutig geregelt, die Funktion des Operational Risk Officer ist in der KA Finanz AG verankert. In Abstimmung mit dem Operational Risk Officer ernannt das Management Operational Risk Correspondents (ORC), die als Ansprechpartner das Bindeglied zum Operationellen Risikomanagement darstellen und den ORM-Prozess unterstützen. Zusätzlich erhält der Operational Risk Officer der KA Finanz AG entsprechend den Vereinbarungen aus dem Service Level Agreement regelmäßige Berichte zu Ereignissen aus Operationellem Risiko.

Als Instrumente für das Management operationeller Risiken stehen die Operationelle Ereignisdatenbank sowie Risk & Control Self Assessments zur Verfügung. Die Operationelle Ereignisdatenbank verkörpert dabei die vergangenheitsbezogene Sicht, d. h. realisierte Gewinne/Verluste aufgrund operationaler Ereignisse werden in der Datenbank erfasst und von den Linienverantwortlichen freigegeben. Operational Risk & Control Self Assessments stellen die zukunftsbezogene Sichtweise dar. Risiken werden identifiziert und einer subjektiven Bewertung auf ihren Risikogehalt hin unterzogen. Die Assessments werden in der KA Finanz AG als Coached-Self-Assessments durchgeführt, d. h. die Einschätzung und Beurteilung einzelner Risiken erfolgt durch die Abteilungen selbst. Die Einträge aus der Ereignisdatenbank dienen dabei als Input und Feedbackschleife zur Neubewertung von Risiken. Das Management wird tourlich über operationale Risiken im Rahmen der RMC-Meetings informiert.

Das Business Continuity Management (BCM) orientiert sich an internationalen Standards*. Der Managementansatz garantiert ein umfassendes, angemessenes und effizientes betriebliches Kontinuitätsmanagement. Das Kontinuitätsmanagement beinhaltet die Erstellung und das Management der Kontinuitäts- und Wiederanlaufpläne sowie die Umsetzung von abgeleiteten Maßnahmen zur Reduktion von Unterbrechungen kritischer Geschäftsprozesse.

Sonstige Risiken

Als sonstige Risiken hat die KA Finanz AG das

- Eigenkapitalrisiko
- Strategische Risiko
- Ertragsrisiko

identifiziert. Für die Sonstigen Risiken wird keine quantitative Risikomessung vorgenommen. Zur Abschirmung dieser Risiken wird im Rahmen des ICAAP daher ein adäquater Kapitalpuffer vorgehalten. Das Management und die Steuerung der Sonstigen Risiken erfolgt über organisatorische Maßnahmen.

* Z. B. BCM Norm BS 25999-1, welche von der britischen Normungsorganisation British Standards veröffentlicht wurde.

Basel II

Das Segment Unternehmen wird gemäß FIRB berechnet. Die Segmente Institute, Zentralstaaten und Gebietskörperschaften sowie Public-Sector-Entities und Spezialfinanzierungen werden bis auf Weiteres im Standardansatz belassen.

Im September 2007 stellte die Österreichische Volksbanken-AG (VBAG) als damals übergeordnetes Kreditinstitut im Namen der Kommunalkredit Austria AG den Antrag auf Bewilligung eines auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Foundation IRB – FIRB).

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) führte von September bis November 2007 eine intensive Prüfung der eingereichten Unterlagen durch und bestätigte, dass die Voraussetzungen gemäß § 21a Abs. 1 Z 1 bis 8 BWG für die Verwendung eines auf internen Ratings basierenden Ansatzes vorliegen. Dem KA-Teilkonzern wurde seitens der FMA per 31.03.2008 der entsprechende Abnahmebescheid ausgestellt.

Für das operationale Risiko kommt der Standardansatz zur Anwendung.

Aufgrund der Entkonsolidierung der Kommunalkredit Austria AG-Gruppe aus der VBAG-Gruppe per Ende 2008 wurde die Kommunalkredit Austria AG-Gruppe oberstes Kreditinstitut. Durch Geschäftsbesorgungsverträge mit der VBAG-Gruppe ist sichergestellt, dass die KA Finanz AG bis zur Implementierung eigener Systeme im derzeitigen Basel-II-Ansatz bleibt.

ICAAP

Als übergeordnetes Kreditinstitut ist die KA Finanz AG gemäß § 39a BWG zur Erfüllung eines eigenen ICAAP verpflichtet.

Im Jahr 2009 wurde eine interne Überprüfung des ICAAP in der KA Finanz AG durchgeführt. Diese Überprüfung beinhaltete die Risikostrategie, die Messung und Erfassung der Risikoarten, die Risikoaggregation, die Risikodeckungsmasse sowie den Risikomanagementprozess und die Risikolimitierung. Aus dieser internen Überprüfung im abgelaufenen Geschäftsjahr ergaben sich Maßnahmen für die Weiterentwicklung des ICAAP in der KA Finanz AG, welche in Implementierung sind oder bereits implementiert wurden.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung wird die ökonomische Risikoposition der Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. Die Risikobewertung erfolgt monatlich und wird an das RMC berichtet. Die dabei benutzten Systeme sind SAP, zeb/credit.risk-manager und NumeriX. Für nicht quantifizierbare Risiken ist ein adäquater Puffer in der Risikodeckungsmasse vorgesehen.

65. Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Verlustrisiken aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge (ggf. auch unverschuldet oder unvermeidbar) von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Die KA Finanz AG wurde von zwei ehemaligen Vorstandsmitgliedern vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien wegen angeblich unberechtigter vorzeitiger Auflösung ihrer Vorstandsverträge auf Kündigungsentschädigung geklagt. Das finanzielle Risiko liegt jeweils bei rund EUR 3 Mio. zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren hat die KA Finanz AG jeweils eine Widerklage wegen Schadenersatz eingebracht. Aus heutiger Sicht rechnet die KA Finanz AG nicht damit, dass die von den ehemaligen Vorstandsmitgliedern angestrebte Klage Erfolg haben wird.

Die KA Finanz AG wird im laufenden Strafverfahren gegen ehemalige Vorstandsmitglieder als Rechtsnachfolgerin der Kommunalkredit Austria AG von der Staatsanwaltschaft Wien auch als Beschuldigte nach dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz (VbVG) geführt. Nach der derzeitigen Verfahrenslage wird nicht mit einem Schuldspruch gerechnet. Verbandsgeldbußen richten sich nach der Ertragslage (min. EUR 10.000 bis max. 1.300.000).

Neben den genannten bestehen keine Rechtsrisiken zum Ende des Berichtsjahres.

66. Sonstige Verpflichtungen

Die Kommunalkredit ist gemäß § 93 BWG zur anteiligen Sicherung von Einlagen im Rahmen der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien, verpflichtet.

In dem unter Punkt 4 „Rekapitalisierung“ beschriebenen Besserungsschein verpflichtet sich die KA Finanz AG, zukünftig erwirtschaftete Jahresüberschüsse an die Kommunalkredit auszuschütten, bis der Besserungsschein vollkommen (EUR 1,0 Mrd. + angelaufene Zinsen, das sind zum 31.12.2009 EUR 1,003 Mrd.) bedient wurde. Angesichts der derzeit zeitlich und betragsmäßig unbestimmten Besserungsscheinzahlungen wird zum 31.12.2009 nach IAS 37.14 keine Rückstellung gebildet. Ergibt sich zukünftig bei Klärung der Marktlage ein Rückstellungsbedarf, wird dieser aufwandswirksam zu passivieren sein.

Mit der Bürgschaftsvereinbarung vom 17.11.2009 übernahm der Bund gegenüber der KA die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtungen einer Zweckgesellschaft aus der Put-Vereinbarung über den Besserungsschein mit Wirkung zum 30.11.2009. Die Haftung hat eine Laufzeit von drei Jahren. Für die Haftungsübernahme des Bundes gegenüber der Kommunalkredit hat die KF als wirtschaftlich Begünstigte der Haftung ab Wirksamwerden der Haftung ein Entgelt in Höhe von 10 % p. a. vom jeweils verbürgten Betrag an den Bund zu entrichten.

Aus Emissionen von staatsgarantierten Bonds übernahm der Bund gegenüber der KA Finanz AG die Haftung als Bürge für die Rückzahlungsverpflichtungen aus den Emissionen. Per 31.12.2009 besteht eine Haftungsübernahme des Bundes gegenüber der KA Finanz AG auf ein ausstehendes Nominale in Höhe von EUR 6,77 Mrd. Die KA Finanz AG hat als wirtschaftlich Begünstigte der Haftung für die Laufzeit der Emissionen ein Entgelt an den Bund zu entrichten.

67. Zeitpunkt der Freigabe zur Veröffentlichung

Der vorliegende Jahresabschluss wurde am 16.04.2010 vom Vorstand unterzeichnet und zur Übermittlung an den Aufsichtsrat freigegeben.

68. Angaben über Arbeitnehmer

Im Zuge der Spaltung gingen sämtliche Mitarbeiter/innen in ein Vertragsverhältnis mit der Kommunalkredit Austria AG über. Die KF-Gruppe beschäftigt zum 31.12.2009 somit lediglich 22 Mitarbeiter/innen in der KIB in Zypern, welche im Zuge der 2010 geplanten Fusion abgebaut werden. Elf Mitarbeiter/innen (exkl. Vorstand) sind von der KA über Entsendungsverträge zu 100 % in der KF aktiv beschäftigt. Diese Mitarbeiter/innen sind verantwortlich für das Portfolio-Management, Risiko-Management und die operationalen Prozesse der Gesellschaft. Weiters bezieht die KF unter einem Service Level Agreement operationale Dienstleistungen von der KA.

Bis zur Spaltung waren durchschnittlich 285 Mitarbeiter/innen (2008: 314) beschäftigt (Mitarbeiter/innen vollkonsolidierter Gesellschaften, wobei Teilzeitkräfte nach ihrem Beschäftigungsgrad gewichtet dargestellt sind).

69. Angaben über Bezüge und Kredite der Organe

Die folgende Tabelle enthält Angaben zu den Gesamtbezügen der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie zu den Abfertigungen und Pensionen für Vorstand, leitende Angestellte und andere Arbeitnehmer (einschließlich Veränderungen der Vorsorgen und Rückstellungen):

in EUR 1.000	2009	2008
Gesamtbezüge		
Aktive Vorstandsmitglieder	672,7	1.115,1
Aktive Aufsichtsratsmitglieder	0,0	20,0
Frühere Vorstandsmitglieder	266,7	278,3
Aufwendungen für Abfertigungen, Pensionen und Sonstiges		
Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte – Abfertigungen und Pensionen*)	610,5	138,6
Andere Arbeitnehmer – Abfertigungen und Pensionen	611,2	141,3
Sonstige – Sonstige Aufwendungen	75,0	0,0

*) Davon entfallen 2009 Aufwendungen iHv TEUR 63,5 auf den Vorstand.

Zum 31.12.2009 waren wie zum 31.12.2008 keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes und an Mitglieder des Aufsichtsrates aushaftend. Für diese Personen bestanden auch keine Haftungen der KA Finanz AG.

70. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Mit Valuta 24.03.2010 hat die KF eine staatsgarantierte Anleihe über EUR 1 Mrd. begeben. Auf Basis der Staatsgarantie wurde für die Anleihe von den Rating-Agenturen Fitch, Standard & Poors (S&P) und Moody's ein Triple-A-Rating vergeben.

Zu Jahresbeginn wurde die Rating-Agentur S&P mit der Erstellung eines Ratings für die KF beauftragt, welches am 03.03.2010 mit dem langfristigen Rating A und dem kurzfristigen Rating A-1 veröffentlicht wurde. Damit verfügt die KF mit F1+ von Fitch und A-1 von S&P über zwei hohe kurzfristige Ratings. Die Einstellung des Moody's-Ratings wird angestrebt.

71. Angaben über Organe

Vorstand

Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes seit 1. Februar 2009

Pierre Vérot
Mitglied des Vorstandes bis 30. April 2009

Aufsichtsrat**Gewählt durch die Hauptversammlung am 8. Jänner 2009:**

KR Dr. Klaus Liebscher
Aufsichtsratsvorsitzender

KR Adolf Wala
stv. Aufsichtsratsvorsitzender

Helmut Mödlhammer

Dir. Mag. Werner Muhm

Dir. Dipl.-Ing. Herbert Paierl

Dir. Mag. Georg Schöppl

Franz Hofer (vom Betriebsrat entsandt)

DI Martin Öhlknecht (vom Betriebsrat entsandt)

Christine Sipek (vom Betriebsrat entsandt)

Bis zum Closing am 5. Jänner 2009:

Franz Pinkl
Aufsichtsratsvorsitzender

Mag. François Durolet

François Laugier

Mag. Wolfgang Perdich

Franz Hofer
(vom Betriebsrat entsandt)

DI Martin Öhlknecht
(vom Betriebsrat entsandt)

Christine Sipek
(vom Betriebsrat entsandt)

Astrid Sukup
(vom Betriebsrat entsandt) bis 7. Jänner 2009

Staatskommissär

Dr. Peter Braumüller
Staatskommissär

Mag. Wolfgang Nitsche
Staatskommissär-Stellvertreter

Regierungskommissär

Als Regierungskommissäre für die Depotverwaltung des Deckungsstockes für fundierte Schuldverschreibungen wurden bestellt:

Dr. Heinrich Traumüller
Regierungskommissär

Dr. Peter Braumüller
Regierungskommissär-Stellvertreter

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, 16. April 2010

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der

**KA Finanz AG,
Wien,**

für das **Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2009 bis zum 31. Dezember 2009 geprüft**. Dieser Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 31. Dezember 2009, die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzern-geldflussrechnung und die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr sowie den Konzernanhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Konzernbuchführung sowie für die Aufstellung eines Konzernabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Konzernabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und der vom International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) der International Federation of Accountants (IFAC) herausgegebenen International Standards on Auditing (ISAs) durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Konzernabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2009 sowie der Ertragslage des Konzerns und der Zahlungsströme des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2009 bis zum 31. Dezember 2009 in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind.

Aussagen zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss in Einklang steht.

Der Konzernlagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Wien, am 16. April 2010

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer



Mag. Walter Reiffenstuhl
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung

Das Jahr 2009 war durch einen intensiven Restrukturierungsprozess geprägt. Die vormalige Kommunalkredit Austria AG wurde aufgrund einer akuten Liquiditätskrise per Vertrag vom 3. November 2008 am 5. Jänner 2009 zu 99,78 % von der Republik Österreich übernommen; 0,22 % verblieben beim Österreichischen Gemeindebund. Nach der Übernahme wurde gemäß den gesetzlichen Bestimmungen sowie nach den Regeln der Wettbewerbsbehörde der Europäischen Kommission und nach Genehmigung durch den Aufsichtsrat ein Restrukturierungsplan unterbreitet, der sich in Umsetzung befindet.

Zudem gab es Änderungen bei den Organen der Gesellschaft. Mag. Alois Steinbichler wurde per 7. November 2008 zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellt. Mit Wirkung vom 1. Februar 2009 wurde Mag. Andreas Fleischmann als weiteres Mitglied des Vorstandes bestellt. Herr Pierre Vérot war ab 1. Oktober 2008 Mitglied des Vorstandes und ist per Ende April 2009 aus dem Vorstand ausgeschieden.

Der Aufsichtsrat wurde in einer außerordentlichen Hauptversammlung vom 8. Jänner 2009 wie folgt neu bestellt:

- Dr. Klaus Liebscher, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkt-beteiligung AG des Bundes (FIMBAG)
- KR Adolf Wala, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates, Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkt-beteiligung AG des Bundes (FIMBAG)
- Mag. Werner Muhm, Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer
- Dipl.-Ing. Herbert Paierl, Exec. Vice President Cosma Europe/Magna
- Mag. Georg Schöppl, Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste AG

Wieder in den Aufsichtsrat gewählt wurde

- Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Weiterhin vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat entsandt sind

- Franz Hofer
- Christine Sipek
- DI Martin Öhlknecht

Der Aufsichtsrat hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr intensiv mit der Lage und der Restrukturierung des Unternehmens befasst.

In der ersten Jahreshälfte wurde die Entflechtung mit der Dexia Kommunalkredit Bank vorbereitet und durchgeführt. Am 28. Mai 2009 wurde der Restrukturierungsplan vom Aufsichtsrat beschlossen und über das Bundesministerium für Finanzen der Wettbewerbsbehörde der Europäischen Kommission unterbreitet. In der Sitzung des Aufsichtsrates vom 15. Oktober wurden die erforderlichen Beschlüsse für die Umsetzung der Restrukturierung gefasst. In der Sitzung des Aufsichtsrates vom 17. November 2009 wurde die Spaltung der Kommunalkredit Austria AG beschlossen und von der außerordentlichen Hauptversammlung bestätigt. In dieser Hauptversammlung wurde auch die PwC INTER-TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft zum neuen Bank- und Abschlussprüfer für den Einzel- und Konzernabschluss für das Jahr 2010 bestellt.

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres insgesamt 12 Sitzungen als Aufsichtsrat der Kommunalkredit Austria AG abgehalten. In der 12. Sitzung am 17. November 2009 wurde die Spaltung des Unternehmens in die KA Finanz AG, als Rechtsnachfolger der Kommunalkredit Austria AG, und in die Kommunalkredit Austria AG, als Rechtsnachfolger der Kommunalkredit Depotbank, beschlossen. Die 13. Aufsichtsratssitzung wurde am 4. Dezember 2009 als Aufsichtsrat der KA Finanz AG abgehalten. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates

tes hielt vier Sitzungen ab (eine davon als Prüfungsausschuss der KA Finanz AG). Der Kreditausschuss des Aufsichtsrates hielt vier Sitzungen ab und sechsmal erfolgten Beschlussfassungen im Umlaufverfahren.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 27. Jänner 2009 eine neue Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und in seiner Sitzung vom 25. Februar 2009 eine neue Geschäftsordnung für den Vorstand beschlossen. Ebenso wurden ein Kreditausschuss, ein Prüfungsausschuss und ein Präsidialausschuss neu eingerichtet. Im Zuge der Spaltung war es notwendig, die Geschäftsordnung an die neuen Gegebenheiten der KA Finanz AG, als Rechtsnachfolger der Kommunalkredit Austria AG, anzupassen. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 4. Dezember 2009 eine adaptierte Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und für den Vorstand beschlossen; der Kreditausschuss wurde dabei in Genehmigungsausschuss umbenannt.

Der Aufsichtsrat sieht die Hauptaufgabe der KA Finanz AG im Abbau der nicht strategischen Aktivitäten (CDS- und Wertpapierportfolio, sowie die Aktiva der Tochtergesellschaft auf Zypern). Ziel ist die Wahrung von Wertaufholungspotenzialen sowie der Abbau des Portfolios unter Berücksichtigung der Marktgegebenheiten.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurde durch die KPMG Austria Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien, vorgenommen. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben, den gesetzlichen Vorschriften wurde entsprochen, weshalb der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat billigt somit den Jahresabschluss 2009, der damit festgestellt ist. Weiters wurde der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 samt Lagebericht geprüft, er wird ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat



Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender

Wien, 27. April 2010

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

KA Finanz AG **IFRS-Konzernabschluss 2009**

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, im April 2010

Einzelabschluss

Lagebericht

Die Berichtslegung der KA Finanz AG (vormals Kommunalkredit Austria AG) für das Geschäftsjahr 2009 ist bestimmt durch die im abgelaufenen Geschäftsjahr gesetzten Restrukturierungsmaßnahmen. Die Restrukturierung war eine Folge der Auswirkungen der Finanzmarktkrise und beinhaltete folgende Umsetzungsschritte:

- Übernahme der Kommunalkredit Austria AG durch die Republik Österreich am 3. November 2008 (Closing 5. Jänner 2009)
- Restrukturierung unter den Bestimmungen des Finanzmarktstabilitätsgesetzes (FinStaG) und des Interbankmarktstärkungsgesetzes (IBSG) sowie den Regeln der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wettbewerb)
- Spaltung der Gesellschaft gemäß Restrukturierungsplan und auf Basis des Spaltungsgesetzes (SpaltG)

Die Umsetzung der Restrukturierung der Kommunalkredit Austria AG (KA alt) erfolgte dabei durch Übertragung der strategischen Geschäftsaktivitäten durch Abspaltung zur Aufnahme mit Spaltungstichtag 1. Juli 2009 in die vormals 100%ige Tochter Kommunalkredit Depotbank AG. Diese wurde gleichzeitig mit Eintragung der Spaltung ins Firmenbuch am 28. November 2009 in Kommunalkredit Austria AG (KA) umbenannt. Das nicht strategische Geschäft verblieb in der Kommunalkredit Austria AG (KA alt), welche ebenfalls am 28. November 2009 in KA Finanz AG (KF) umbenannt wurde.

Im Bericht werden folgende Bezeichnungen für die involvierten Einheiten verwendet:

- | | |
|--|---------------|
| • Kommunalkredit Austria AG vor der Spaltung: | KA alt |
| • KA Finanz AG, seit der Spaltung am 28. November 2009 (vormals Kommunalkredit Austria AG (KA alt)): | KF |
| • Kommunalkredit Depotbank AG vor der Spaltung: | KDB |
| • Kommunalkredit Austria AG, seit der Spaltung am 28. November 2009 (vormals Kommunalkredit Depotbank AG): | KA |

Organe der Gesellschaft

Firma: Seit Eintragung der Spaltung ins Firmenbuch am 28. November 2009: **KA Finanz AG (KF)**.
Bis zur Eintragung der Spaltung ins Firmenbuch am 28. November 2009: **Kommunalkredit Austria AG (KA alt)**.

Vorstand

Mag. Alois Steinbichler

Vorstandsvorsitzender

Jahrgang 1953; Studium der Betriebswirtschaft an der WU Wien; M.Sc.M. (Master of Science in Management) an der Purdue University, Indiana (USA). Internationale Banktätigkeit bei Continental Illinois und State Street Boston in Chicago, Wien, London und Zürich. Ab 1987 Creditanstalt/BA-CA: intl. Risikomanagement; Leitung Filiale London; Bereichsleitung Internationales Geschäft; Vorstandsmitglied BA-CA International. 2001 bis 2006 UniCredit Group, Mailand und Zagreb; Mitglied Management-Committee New Europe; Stv. Vorstandsvorsitzender Zagrebačka banka. 2006 bis 2008 Vorstand BAWAG P.S.K. im Rahmen der Restrukturierung. Seit November 2008 Vorstandsvorsitzender der KA alt (KA Finanz AG).

Mag. Andreas Fleischmann

Mitglied des Vorstandes seit 1. Februar 2009

Jahrgang 1967; Betriebsinformatik an der Universität Wien, M.Sc. (Master of Science in Finance) der British Columbia University, Vancouver (Kanada). Ab 1990 in der GiroCredit Bank, der Österreichischen Postsparkasse und BA-CA im Bankgeschäft tätig. Zuletzt Head of Global ABS und Head of Structured Credit Vienna in der UniCredit Markets & Investment Banking UniCredit CA IB AG. Seit Februar 2009 Mitglied des Vorstandes der KA alt (KA Finanz AG).

Pierre Vérot

Mitglied des Vorstandes bis 30. April 2009

Aufsichtsrat

Gewählt durch die Hauptversammlung am 8. Jänner 2009

KR Dr. Klaus Liebscher

Aufsichtsratsvorsitzender

(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarktbeteiligung AG)

KR Adolf Wala

stv. Aufsichtsratsvorsitzender

(Mitglied des Vorstandes der Finanzmarktbeteiligung AG)

Helmut Mödlhammer

(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes,
Bürgermeister der Gemeinde Hallwang)

Dir. Mag. Werner Muhm

(Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer)

Dir. DI Herbert Paierl

(Exec. Vice President Cosma Europe/Magna)

Dir. Mag. Georg Schöppl

(Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste)

Franz Hofer (vom Betriebsrat entsandt)

DI Martin Öhlknecht (vom Betriebsrat entsandt)

Christine Sipek (vom Betriebsrat entsandt)

Bis zum Closing am 5. Jänner 2009

Franz Pinkl

Aufsichtsratsvorsitzender
(ehemaliger Generaldirektor der Österreichischen Volksbanken-AG)

Mag. François Duroillet

(ehemaliger stv. Generaldirektor Public Finance, Dexia S. A., Paris)

François Laugier

(Dexia Crédit Local, Paris)

Mag. Wolfgang Perdich

(Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Volksbanken-AG)

Franz Hofer

(vom Betriebsrat entsandt)

DI Martin Öhlknecht

(vom Betriebsrat entsandt)

Christine Sipek

(vom Betriebsrat entsandt)

Astrid Sukup

(vom Betriebsrat entsandt) bis 7. Jänner 2009

Staatskommissär

Dr. Peter Braumüller

Staatskommissär. Finanzmarktaufsicht
Leiter des Bereichs II, Versicherungsaufsicht und Pensionskassenaufsicht

Mag. Wolfgang Nitsche

Staatskommissär-Stellvertreter. Bundesministerium für Finanzen

Regierungskommissär für den Deckungsstock

Als Regierungskommissäre für die Depotverwaltung des Deckungsstockes für fundierte Schuldverschreibungen waren bis zur Wirksamkeit der Spaltung am 28. November 2009 bestellt:

Dr. Heinrich Traumüller

Regierungskommissär. Bundesministerium für Finanzen

Dr. Peter Braumüller

Regierungskommissär-Stellvertreter. Finanzmarktaufsicht
Leiter des Bereichs II, Versicherungsaufsicht und Pensionskassenaufsicht

Zweigniederlassungen

Die KF-Gruppe verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach der schwersten internationalen Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten war das Jahr 2009 von einer langsamen Erholung der Weltwirtschaftslage geprägt. Während sich der weltweite Abschwung in den ersten beiden Quartalen noch fortsetzte, zeigten die umfassenden Maßnahmen der Regierungen und Zentralbanken in der zweiten Jahreshälfte Wirkung und führten wieder zu einem leichten Wirtschaftswachstum. Das Gesamtwachstum im Jahr 2009 fiel mit -1,0 % weltweit negativ aus. Im Euro-Raum sank die Wirtschaftsleistung um -4,1 %.

Die österreichische Konjunktursituation folgte dem internationalen Trend. Im ersten Halbjahr 2009 kam es zu einem starken Rückgang des Bruttoinlandsproduktes. Das Greifen staatlicher Maßnahmen, die relativ stabile private Konsumnachfrage und die zunehmende Auslandsnachfrage ergaben ab dem dritten Quartal 2009 eine erste Konjunkturerholung. Im Vergleich zum Vorjahr entwickelte sich das Wirtschaftswachstum insgesamt mit -3,6 % negativ.

Aufgrund der weiterhin angespannten Lage des Finanzsystems, anhaltender Investitionszurückhaltung der Unternehmen, gestiegener Arbeitslosigkeit und zunehmender Sparneigung privater Haushalte ist eine nachhaltige Erholung noch mit großer Unsicherheit behaftet. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) geht für das Jahr 2010 von einem Wachstum im Euro-Raum von 1,0 % aus; für Österreich wird 1,3 % prognostiziert.

Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Auch auf den Finanzmärkten kam es 2009 infolge der staatlichen Unterstützungsprogramme für den Finanzsektor zu einer gewissen Stabilisierung. Zudem reagierten die Notenbanken auf die Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten weltweit mit einer stark expansiven Geldpolitik. Auch die Europäische Zentralbank leistete über außerordentliche geldpolitische Maßnahmen, wie der Ausweitung der notenbankfähigen Sicherheiten und den 12-Monats-Tenders, massive Liquiditätsunterstützung.

Die Geldmarktsätze setzten in der ersten Jahreshälfte 2009 ihre steile Abwärtsbewegung fort und stabilisierten sich auf sehr niedrigem Niveau. Der 3-Monats-EURIBOR liegt seit Jahresmitte unter dem EZB-Leitzins von 1,0 %. Die US-Federal-Reserve beließ das Leitzinsband das ganze Jahr hindurch auf dem Rekordtief von 0 % bis 0,25 %. Im Vergleich zu den Geldmarktsätzen fiel die Veränderung der Kapitalmarktsätze wesentlich geringer aus. Die Sekundärmarktrendite österreichischer Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren sank zwischen Jahresultimo 2008 und 2009 von 3,9 % auf 3,6 %. Aus den beschriebenen Zins-Entwicklungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt ergab sich weiters eine merklich steilere Zinskurve.

Aufgrund des optimistischer gewordenen Konjunkturausblicks ist mit einem Auslaufen der außergewöhnlichen Liquiditätsmaßnahmen der Notenbanken zu rechnen. Banken werden wieder vermehrt den Geldmarkt in Anspruch nehmen, was 2010 zu einem Anstieg der Geldmarktzinsen führen sollte. Für eine Erhöhung des Leitzinses, der seit Mai unverändert bei 1,0 % liegt, gibt es derzeit keine Anzeichen, da die Inflationserwartungen noch gering sind.

Nachdem die Kreditmärkte im ersten Quartal angesichts der schwachen Wirtschaftslage und hoher Verluste im Bankensektor stark unter Druck gerieten, kam es in den ersten beiden Monaten des Jahres 2009 zu hoher Spreadvolatilität. Umfangreiche staatliche Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors sowie Konjunkturpakete stabilisierten das Anlegervertrauen an den Kreditmärkten und führten ab März zu einer Gegenbewegung bei den Kreditspreads.

Auf den Aktienmärkten kam es trotz einzelner volatiler Phasen aufgrund guter Wirtschaftsdaten im zweiten Halbjahr 2009 zu kräftigen Kurserhöhungen. So legte der MSCI World Index seit seinem Tiefststand im März bis Jahresende um rund 65 % zu. Der ATX stieg im selben Zeitraum um rund 75 %.

Die Marktentwicklung im Jahr 2009 war vorrangig von geldpolitischen Maßnahmen und staatlichen Impulsprogrammen bestimmt. Durch die erwartete graduelle Rücknahme dieser Maßnahmen wird die nachhaltige Erholung der Finanzmärkte 2010 noch mit Volatilitäten belastet sein.

Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Übernahme der KA alt durch die Republik Österreich

Im Zuge der internationalen Finanzkrise ergab sich für die KA alt im Oktober 2008 eine akute Liquiditätsverknappung verstärkt durch Bewertungs- und Impairmentverluste im Wertpapierportfolio und massive Spreadausweitungen im CDS-Portfolio. Die Situation konnte nur durch rasch umgesetzte Stützungsmaßnahmen der Republik Österreich behoben werden. Die Republik Österreich unterzeichnete auf Basis des Interbankmarktstärkungsgesetzes (IBSG) und des Finanzmarktstabilitätsgesetzes (FinStaG) am 3. November 2008 einen Kaufvertrag zum Erwerb der Anteile der damaligen Aktionäre Österreichische Volksbanken-AG, Wien, und Dexia Crédit Local, Paris, an der KA alt um den Preis von je EUR 1,-. Gleichzeitig verkaufte die KA alt ihre Anteile an der Dexia Kommunalkredit Bank AG (Dexia-Kom) zu einem Preis von EUR 1,- an die Dexia Crédit Local. Der Eigentumsübergang der Aktien der KA alt erfolgte mit 5. Jänner 2009, jener der Aktien der Dexia Kommunalkredit Bank AG am 19. März 2009. Die Republik Österreich hält somit seit 5. Jänner 2009 99,78 % der Anteile der KA alt. Die restlichen 0,22 % sind im Besitz des Österreichischen Gemeindebundes verblieben.

Im Kaufvertrag vom 3. November 2008 wurde weiters vereinbart, dass die Dexia Crédit Local EUR 200 Mio. von ihren gegen die KA alt bestehenden, unbesicherten Forderungen in Partizipationskapital umwandelt. In gleicher Weise hat die Österreichische Volksbanken-AG einen Betrag in der Höhe von EUR 172,5 Mio. aus ihren bestehenden unbesicherten Forderungen in Partizipationskapital gewandelt. Die Wandlung fand mit Wirkung zum 9. Jänner 2009 statt. Seit diesem Zeitpunkt ist das Partizipationskapital als Kernkapital anrechenbar. Die Kernkapitalquote des Konzerns stieg dadurch per 9. Jänner 2009 um 4,0 Prozentpunkte auf 9,0 %.

Weiters erhielt die KA alt zum Ultimo 2008 die schriftliche Zusage der Republik Österreich, durch Übernahme einer Bürgschaft für die Werthaltigkeit von ansonsten wertzuberichtigenden Aktiva bzw. zur Vermeidung von ansonsten zu bildenden Rückstellungen ein Tier 1-Ratio von 7 % sicherzustellen. Die diesbezügliche Bürgschaft der Republik Österreich betrug maximal EUR 1.207,9 Mio. und bestand nach einer Verlängerung per 30. September 2009 bis zum 30. November 2009; sie wurde im Rahmen der in den folgenden Punkten 3 bis 5 beschriebenen Restrukturierung beendet bzw. ersetzt.

Liquiditätssicherung

Die zentrale Aufgabe Ende 2008 und Anfang 2009 war die Sicherung der Liquidität der Bank. Bedingt durch die neuen Eigentumsverhältnisse konnte die angespannte Liquiditätssituation bereits in den ersten Monaten des Jahres stabilisiert und wieder ein Zugang zu den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten ermöglicht werden. Nach Begebung von staatsgarantierten Anleihen unter dem österreichischen Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) konnte Mitte März die gesamte Liquidität aus dem zuvor beanspruchten Emergency Liquidity Assistance (ELA)-Programm der EZB/OeNB, welches unter einem Rahmen von EUR 5,3 Mrd. mit maximal EUR 4,0 Mrd. aushaftend war,

zurückgeführt werden. Gleichzeitig gelang der Aufbau von Kundeneinlagen, welche mit EUR 1,5 Mrd. einen wesentlichen Beitrag zu Schließung der ursprünglichen Liquiditätslücke leisteten. Schließlich konnte in Verhandlungen mit CSA-Partnern unter ISDA-Agreements der zusätzliche Liquiditätsabfluss kontrolliert werden.

Eine wesentliche – jedoch nur kurzfristig im vollen Umfang verfügbare – Maßnahme der Liquiditätssicherung war die Etablierung zweier Commercial-Paper-Programme mit einem Rahmen von insgesamt EUR 5 Mrd. ab September 2009. Innerhalb eines Monats konnte EUR 1,7 Mrd. an Liquidität aufgebracht werden. Der weitere Aufbau wurde durch die Entscheidung der Rating-Agentur Moody's zum Rating der KF (Baa3/P-3) unterbrochen. Im März 2010 wurde die KF von S&P mit A (langfristig) und A-1 (kurzfristig) eingestuft. Eine Wiederbelebung der Commercial-Paper-Programme ist daher vorgesehen.

Restrukturierung

Entsprechend den Erfordernissen des FinStaG und den Leitlinien der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wettbewerb) erfolgte im Frühjahr 2009 die Erarbeitung eines Restrukturierungsplans für die Bank, welcher – nach Genehmigung des Aufsichtsrates – vom Bundesministerium für Finanzen im Juni 2009 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht wurde.

Der Plan wurde unter folgenden Prämissen erstellt:

- Vermeidung einer Destabilisierung des Finanzplatzes Österreich
- Minimierter Einsatz öffentlicher Ressourcen bei Wahrung der Handlungsflexibilität für die Republik Österreich
- Vermeidung von Verlustrealisierungen in einem „distressed market“ und Wahrung von Wertaufholungspotenzialen
- Umsetzung der Restrukturierung im Rahmen der rechtlichen Vorgaben (FinStaG, IBSG und EU-Recht)

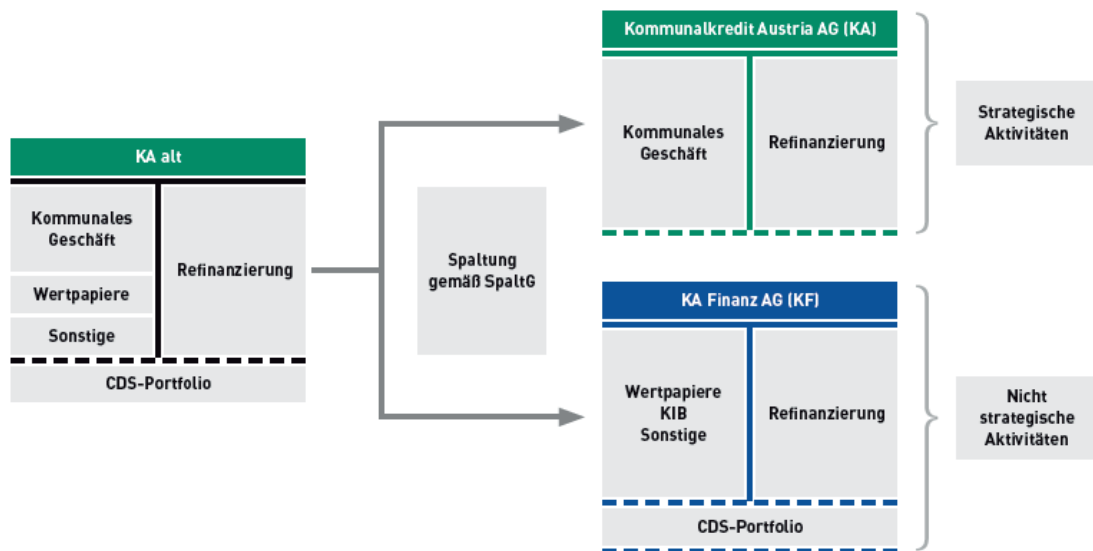
Die bestmögliche Umsetzung dieser Ziele war durch eine Trennung in „strategische“ und „nicht strategische“ Geschäftsbereiche zu erreichen. Das nicht strategische Geschäft (Wertpapier- und CDS Portfolio sowie die Kommunalkredit International Bank Ltd (KIB)) verblieb in der nunmehrigen KF; die Finanzierungs- und Betreuungsaktivitäten mit Kommunen wurden in die frühere Kommunalkredit Depotbank AG, welche sich in Konzernbesitz befand, im Wege der Spaltung zur Aufnahme nach § 5 sowie § 17 Z 5 SpaltG iVm § 220b Abs. 2 AktG übertragen. Die Kommunalkredit Depotbank AG wurde sodann in „Kommunalkredit Austria AG“ (KA) umfirmiert und stellt somit die neue KA dar. Durch die Spaltung in zwei Banken wurde die effiziente und zielgerichtete Umsetzung zweier unterschiedlicher Geschäftsstrategien möglich. Die KF wird das Wertpapier- und CDS-Portfolio unter Einbeziehung der Aktiva der KIB und unter Wahrung des Wertaufholungspotenzials abbauen. Die KA hingegen wird als Kompetenzzentrum für das Kommunale und als Anbieter von Lösungen in der kommunalen und infrastrukturnahen Projektfinanzierung agieren. Die KF wird sich dabei auf folgende Tätigkeiten beschränken:

- Refinanzierung der bestehenden Aktiva (z. B. EZB-Tender, Commercial Paper, Money Market)
- Maßnahmen des aktiven Risikomanagements (Hedgegeschäfte zum Management des Wechselkurs-, Zins- und Kreditrisikos)
- Mittelfristiger Abbau bestehender Transaktionen

Darüber hinausgehend wird die KF kein Neugeschäft betreiben.

Umsetzung des Restrukturierungsplans

Am 17. November 2009 haben die Aktionäre der KA alt und der damaligen Kommunalkredit Depotbank AG beschlossen, den Bankbetrieb mit den strategischen Aktivitäten durch Abspaltung zur Aufnahme in die damalige KDB zu übertragen (die „**Spaltung**“). Die *Spaltung* wurde nach Eintragung ins Firmenbuch am 28. November 2009 wirksam. Gleichzeitig wurden die KA alt in KA Finanz AG (KF) und die Kommunalkredit Depotbank AG in Kommunalkredit Austria AG (KA) umbenannt.



Gemäß § 15 Abs 5 SpaltG waren Inhabern von Genussrechten (Partizipations- und Ergänzungskapital) gleichwertige Rechte wie folgt zu gewähren: das Nominale der bestehenden Genussrechte der KF wurde auf 75,83 % des ursprünglichen Nominales vor der Spaltung reduziert und gleichzeitig wurden den Inhabern der Genussrechte neues Ergänzungskapital der KA zu gleichen Bedingungen mit einem Nominale von 24,17 % des ursprünglichen Nominales gewährt. Der Verteilungssatz ergab sich nach konsolidierten risikogewichteten Aktiva (RWA) auf Basis der Aufteilung nach strategischen und nicht-strategischen Aktiva der KA alt.

Kapitalmaßnahmen im Rahmen der Restrukturierung

Gleichzeitig mit der Spaltung erfolgte zudem eine Neuordnung der Kapitalisierung der KF. Dabei konnte die bisherige Bürgschaft des Bundes in der Höhe von max. EUR 1.207,9 Mio. auf EUR 1 Mrd. reduziert werden. Die Rekapitalisierungsschritte waren:

- Mit Rechtswirksamkeit vom 30. November 2009 verzichtete die KA gemäß Vereinbarung mit der Republik Österreich und der KF vom 17. November 2009 (Kapitalisierungsvereinbarung) gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Gemäß Besserungsschein leistet die KF an die KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen im Ausmaß des Verzichtsbetrags zuzüglich Zinsen ab dem Tag des Geldmarkteinlagenverzichtes. Aus dem Besserungsschein zu leistende Zahlungen sind gegenüber Kuponansprüchen des Ergänzungs- und Partizipationskapitals der KF vorrangig, gegenüber Zinsansprüchen der Gläubiger der KF (einschließlich nachrangiger Gläubiger) nachrangig.

- Ebenso am 17. November 2009 schloss die KA eine Put-Vereinbarung mit einer Zweckgesellschaft, welche der KA das Recht einräumt, den Besserungsschein bis zum Ende der Put-Ausübungsfrist, das ist der dritte Jahrestag des Tages des Eintritts der Rechtswirksamkeit der Spaltung (28. November 2012), in Höhe des Verzichtsbetrags zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen, abzüglich auf den Besserungsschein geleistete Zahlungen, zu verkaufen.
- Die Republik Österreich übernahm die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtungen aus der Put-Vereinbarung über den Besserungsschein. Für die Haftungsübernahme hat die KF eine Haftungsgebühr in Höhe von 10 % p. a. vom jeweils verbürgten Betrag monatlich an die Republik Österreich zu entrichten.
- Weiters verzichtete die KF auf ihre Rechte aus der zuvor bestehenden Bürgschaft über max. EUR 1.207,9 Mio. der Republik Österreich. Der Bürgschaftsverzicht wurde gleichzeitig mit dem Geldmarkteinlageverzicht der KA gegenüber der KF wirksam.
- Schließlich sagte die Republik Österreich der KF für den Zeitraum vom Wirksamkeitstag der Spaltung bis 31. Dezember 2013 die Zuführung von Restrukturierungsbeiträgen durch Umwidmung und Saldierung von der KF an die Republik Österreich zu leistende Haftungsentgelte zu; und zwar in der Höhe von max. EUR 60,0 Mio. im Jahr 2009 sowie jeweils jährlich weiteren max. EUR 75,0 Mio. in den Jahren 2010 bis 2013. Die Ziehung der Restrukturierungsbeiträge erfolgt aus ansonsten zu leistenden Zahlungen der KF an die Republik Österreich, bedarf jedoch jeweils der gesonderten Zustimmung der Republik Österreich. Die Restrukturierungsbeiträge der Republik Österreich sind somit aus den Haftungsentgelten finanziert, reduzieren aber den Brutto-Haftungsentgeltbetrag. Dieser betrug nach UGB für Bürgschaften bzw. Garantien des Bundes im Jahr 2009 EUR 171,0 Mio. Nach Saldierung des von der Republik Österreich geleisteten Restrukturierungsbeitrages in Höhe von EUR 60,0 Mio. verbleibt im Jahr 2009 nach UGB ein Nettozufluss für die Republik Österreich von EUR 111,0 Mio. Auch in den Geschäftsjahren 2010 bis 2013 wird sich bei eventueller Beanspruchung oben genannter Restrukturierungsbeiträge ein positiver Zufluss für die Republik Österreich ergeben. Zweck der Restrukturierungsbeitragsvereinbarung ist Flexibilität zur Sicherstellung einer 7 % Tier 1-Ratio zu wahren.

Geschäftsbesorgungsvertrag/Service Level Agreement zwischen KA und KF

In Abstimmung mit der Aufsicht bezieht die KF unter einem Service Level Agreement operationale Managementdienstleistungen von der KA. Die KA agiert seit der Spaltung als Dienstleister für die KF. In der KF sind elf Mitarbeiter/innen tätig. Diese sind verantwortlich für das Portfolio-Management, Risiko-Management und die operationalen Prozesse der Gesellschaft. Es besteht eine aufsichtsrechtlich genehmigte Regelung zur Vermeidung von Interessenskonflikten. Die Einhaltung der Regelung wird regelmäßig von den Aufsichtsräten beider Gesellschaften überprüft.

Beihilfeverfahren bei der Europäischen Kommission

Der Restrukturierungsplan wurde gemäß den geltenden Regelungen vom Bundesministerium für Finanzen am 10. Juni 2009 an die Europäische Kommission übermittelt. Die Durchführung der Spaltung wurde mit der Europäischen Kommission akkordiert. Eine Bewertung für einen Teil der in der KF verbliebenen Wertpapierbestände (ca. 10 % des Portfolios) nach der „Impaired Asset Mitteilung“ der Europäischen Kommission vom 25. Februar 2009 ist in Durchführung. Der positive Abschluss des Genehmigungsverfahrens wird im Laufe des Jahres 2010 erwartet. Die Gespräche verlaufen konstruktiv und nach Plan.

Änderungen der Organe

Der Aufsichtsrat der KF wurde nach dem Anteilerwerb durch die Republik Österreich kapitalvertreterseitig mit Ausnahme des vom Österreichischen Gemeindebund nominierten Mitglieds neu besetzt:

- KR Dr. Klaus Liebscher, Präsident (Vorstandsmitglied der Finanzmarkteteiligung AG (FIMBAG); vormals langjähriger Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB))
- KR Adolf Wala, Vizepräsident (Vorstandsmitglied der FIMBAG; vormals langjähriger Präsident der OeNB)

Des Weiteren sind Mitglieder des Aufsichtsrats

- Mag. Werner Muhm (Direktor der Arbeiterkammer Wien)
- DI Herbert Paierl (Executive Vice President Cosma Europe/Magna, ehemaliger Finanz- und Wirtschaftslandesrat des Landes Steiermark)
- Mag. Georg Schöppl (Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste AG)
- Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Die Bank verfügt damit über ein sehr versiertes und erfahrenes Kontrollorgan. Die vom Betriebsrat delegierten Mitglieder des Aufsichtsrates blieben unverändert.

Bereits mit der Unterzeichnung des Übernahmevertrages mit der Republik Österreich vom 3. November 2008 kam es zu einem Wechsel im Vorstand. Der vormalige Vorstand der Gesellschaft wurde nach Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung vom Aufsichtsrat abberufen. Mag. Alois Steinbichler übernahm am 7. November 2008 die Funktion des Vorstandsvorsitzenden. Mag. Andreas Fleischmann wurde mit Wirkung 1. Februar 2009 zum Mitglied des Vorstandes ernannt. Pierre Vérot, seit 1. Oktober 2008 Mitglied des Vorstandes als Delegierter der Dexia-Gruppe, schied mit der Übertragung der Anteile an der Dexia Kommunalkredit Bank an die Dexia Crédit Local mit 30. April 2009 aus dem Vorstand aus.

Stärkung der Corporate Governance und des Risikomanagements

Die neue Corporate Governance hat die Situation und Restrukturierung der Gesellschaft intensiv betreut und überwacht. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 13 Aufsichtsratssitzungen und 4 Prüfungsausschusssitzungen abgehalten. Zudem wurden vom Aufsichtsrat neue Geschäftsordnungen mit umfassenden Berichtspflichten des Vorstandes eingeführt. Von Seitens des Vorstandes werden wöchentliche Vorstandssitzungen mit Beschluss- und Berichtsagenden inklusive Überwachung vereinbarter Follow-Up-Punkte abgehalten. Die interne Revision berichtet quartalsweise an den Aufsichtsrat.

Sowohl vom Aufsichtsrat als auch vom Vorstand wird auf die Optimierung des Risikomanagements geachtet. Die Risiko- und ICAAP-Strategie der Bank wurden überprüft und neu aufgestellt; in einem monatlichen Risk Management Committee werden Kredit-, Markt-, operationale sowie sonstige Risikothemen strukturiert behandelt; zusätzliche Komitees für Kredit-, Kapital- und Liquiditätsbelange finden in wöchentlichen oder kürzeren Abständen statt.

Rating

Mit der Umsetzung des Spaltungskonzeptes wurde das Rating der KF von den Rating-Agenturen Fitch und Moody's neu bewertet. Die Rating-Agentur Fitch setzte das langfristige Rating mit A+ und das kurzfristige Rating auf dem höchstmöglichen Niveau von F1+ fest. Moody's Investors Service stufte das Rating der KF mit Baa3 (langfristig) und P-3 kurzfristig ein. Im März 2010 hat S&P ein Rating von A (langfristig) und A-1 (kurzfristig) vergeben.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Auswirkung der Spaltung auf die Berichtsperiode

In der Berichtslegung nach dem Unternehmensgesetzbuch ergibt sich aus der Spaltung gemäß SpaltG unterschiedliche Berichtszeiträume für den abgespalteten strategischen Geschäftsteil und den verbleibenden nicht-strategischen Geschäftsteil. Nach UGB ist der nach Spaltung zur Aufnahme abgespaltene strategische Geschäftsteil der KA alt ab Spaltungstichtag 1. Juli 2009 nicht mehr im Ergebnis der KF enthalten.

Bilanzielle Umsetzung der Spaltung nach IFRS



Nach UGB wurden die Aktiva und Passiva sowie die Erträge und Aufwendungen des abgespalteten Vermögens bis zum Spaltungstichtag 30. Juni 2009 der übertragenden Gesellschaft (KF) und ab 1. Juli 2009 der übernehmenden Gesellschaft (KA) zugerechnet. Zivilrechtlich erfolgte die Übertragung mit Eintragung ins Firmenbuch am 28. November 2009.

Finanzielle Leistungsindikatoren der KA Finanz AG

Ausgewählte Bilanzkennzahlen in EUR Mio.	2009	2008
Bilanzsumme	17.657,28	29.887,69
Forderungen an Kunden	2.088,40	12.219,70
Schuldverschreibungen	4.203,97	5.764,95
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.659,06	16.148,16
Zinsüberschuss	10,63	63,77
Verwaltungsaufwand	-31,55	-26,07
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.262,96	-326,25
Jahresergebnis nach Steuern vor Rücklagenbewegung	-267,04	-329,39

Unternehmenskennzahlen	2009	2008
Risikogewichtete Aktiva (in EUR Mio.)	4.845,48	6.815,63
Eigenmittelerfordernis (in EUR Mio.)	396,00	552,15
Eigenmittel (in EUR Mio.)	749,37	668,88
Eigenmittelquote	15,14%	9,69%
Kernkapital-Tier 1 (in EUR Mio.)	374,69	347,42
Kernkapitalquote	7,57%	5,03%
Anzahl an Aktien	307.500	307.500
Dividende pro Aktie + Bonus (in EUR)	0	0

Bilanzstruktur-Aktiva

Die Bilanzsumme der KF beträgt zum 31. Dezember 2009 EUR 17,7 Mrd. nach EUR 29,9 Mrd. zum 31. Dezember 2008. Der Rückgang der Bilanzsumme ist vor allem bedingt durch die Abspaltung der strategischen Aktiva in der Höhe von EUR 15,1 Mrd. in die KA. In der Bilanzsumme enthalten sind zudem kurzfristige Veranlagungen zwischen KA und KF in Höhe von EUR 0,9 Mrd. Diese wurden im Jänner 2010 plangemäß rückgeführt. Neugeschäft wurde im Jahr 2009 keines getätigt.

Das Kreditexposure der KF von EUR 23,5 Mrd. verfügt über ein Durchschnittsrating nach Moody's Rating-Skala von A3. Wesentliche Bestandteile sind das in der KF verbliebene Wertpapierportfolio der KA alt mit EUR 7,8 Mrd. Weiters sind CDS bzw. Haftungen mit einem Exposure von EUR 8,4 Mrd. in der KF verblieben. 35 % des Exposures sind AAA/AA-geratet und insgesamt 68 % sind investment-grade geratet.

Die Bonität des im Zuge der Spaltung vollständig in der KF verbliebenen CDS-/Haftungs-Portfolios in Höhe von EUR 8,4 Mrd. liegt mit rund 71 % im AAA/AA Bereich und 95 % im Investment-Grade-Bereich. Die zugrunde liegenden Risiken der CDS-Geschäfte bestehen gegenüber der öffentlichen Hand (83 %), Banken (15 %) sowie gegenüber Corporates (2 %).

Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel

Die KF verfügt zum 31. Dezember 2009 über ein Kernkapital in der Höhe von EUR 374,7 Mio. und Eigenmittel von EUR 749,37 Mio. Daraus ergibt sich bei einem Bestand von risikogewichteten Aktiva von EUR 4.845,48 Mio. ein Tier 1-Ratio von 7,6 % und eine Eigenmittelquote von 15,1 %.

Die obigen Kapitalkennzahlen beruhen auf den gesetzlichen Berechnungskriterien nach BWG, wobei zur Ermittlung der risikogewichteten Aktiva der Foundation IRB (FIRB)-Ansatz zur Anwendung kommt. Die Segmente Zentralstaaten, Gebietskörperschaften, Spezialfinanzierungen, Institute sowie Public-Sector-Entities sind im Standardansatz. Für operationales Risiko kommt der Standardansatz zur Anwendung.

Refinanzierungsstruktur

Zum 31. Dezember 2009 verfügte die KF über **langfristige** Refinanzierungsmittel (staatsgarantierte Anleihen, Privatplatzierungen, Darlehen) in der Höhe von EUR 6,4 Mrd. Die **kurzfristige** Refinanzierung bestehend aus Commercial Paper, EZB-Tender, Repo-Refinanzierungen und Geldmarkteinlagen beläuft sich auf EUR 8,4 Mrd.

Die wichtigsten Refinanzierungsinstrumente des Jahres 2009 sind (Stand 31.12.2009):

EUR 6,1 Mrd.	Staatsgarantierte Anleihen
EUR 6,6 Mrd.	Geldmarkt (inkl. EZB-Tender und Repo)
EUR 0,7 Mrd.	Commercial Paper

Entsprechend den Parametern des Restrukturierungsplans wird der Fokus der zukünftigen Refinanzierungsaktivitäten im kurzfristigen Bereich liegen.

Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung der KA Finanz AG nach UGB umfasst das Ergebnis der KA alt von Jänner bis Juni 2009 und das Ergebnis des nicht abgespaltenen Restvermögens von Juli bis Dezember 2009. Im Folgenden wird das UGB Einzelergebnis der KA Finanz AG näher beschrieben, auf einen Vergleich mit den Vorjahreszahlen wird aufgrund der spaltungsbedingten geringen Aussagekraft des Vergleiches verzichtet.

Der UGB-Einzelabschluss ist für die Bedienung der gewinnabhängigen Eigenmittelinstrumente, d. h. Ergänzungskapital und Partizipationskapital bestimmend.

Der **Zinsüberschuss** liegt bei EUR 10,6 Mio. und das Provisionsergebnis beträgt EUR – 143,5 Mio. Wesentliche Bestandteile des Provisionsergebnisses sind Provisionserträge aus dem Kreditgeschäft (CDS) in der Höhe von EUR 22,5 Mio. sowie Provisionsaufwendungen für Haftungsentgelte an den Bund (inkl. Besserungsschein) in der Höhe von EUR 153,8 Mio. sowie EUR 10,9 Mio. an Provisionsaufwendungen aus dem Kreditgeschäft (CDS).

Der **Verwaltungsaufwand** der KF beträgt EUR 31,5 Mio. Dieser ist bestimmt durch Sonderfaktoren wie Wegfall der Weiterverrechnung von Verwaltungsaufwendungen an die Dexia Kommunalkredit Bank und einmalige Aufwendungen im Rahmen der Umsetzung der Spaltung. Zudem wurde im Jahr 2008 über die Auflösung von Personalrückstellungen ein einmaliger Sonderertrag realisiert. Bei Berücksichtigung dieser Sonderfaktoren liegt der laufende Verwaltungsaufwand unter dem Niveau des Vorjahres.

Das **Bewertungsergebnis** in Höhe von EUR -1.091,0 Mio. setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

Wertberichtigung Aktiva, die 2008 durch die Bürgschaft gedeckt waren	EUR -287,4 Mio.
Abschreibung von KIB-Refinanzierungsforderungen	EUR -423,4 Mio.
Abschreibung KIB-Beteiligungsansatz (2008 durch die Bürgschaft werthaltig)	EUR -182,7 Mio.
UGB-Risikovorsorge	EUR -165,0 Mio.
Abbau CDS-Positionen	EUR -38,0 Mio.
Pauschale Einzelwertberichtigung	EUR -31,4 Mio.
Bildung zusätzlicher Risikovorsorgen	EUR -12,1 Mio.
Rückkauf Ergänzungskapital	EUR +42,6 Mio.
Sonstige Bewertungen	EUR + 6,4 Mio.

Demgegenüber steht ein außerordentlicher Ertrag in der Höhe von EUR 1,0 Mrd. aus dem Geldmarkteinlagenverzicht der KA.

Das Jahresergebnis nach Steuern ist für das Gesamtjahr 2009 mit EUR -267,0 Mio. negativ. Da dieses die Ausschüttungsgrundlage für Ergänzungskapitalinhaber darstellt, wird für das aus der Spaltung verbliebene Ergänzungskapital kein Kupon entrichtet.

Der Jahresgewinn nach Rücklagenbewegung für das Geschäftsjahr 2009 beträgt nach Auflösung von Rücklagen in der Höhe von EUR 267,0 Mio. Null. Da dieser die Ausschüttungsgrundlage für Partizipationskapitalinhaber darstellt, wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2010 keine Ausschüttung auf das Partizipationskapital erfolgen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter/innen

Seit der Restrukturierung der KF im November 2009 sind elf Mitarbeiter/innen der Kommunalkredit – vier weibliche und sieben männliche Mitarbeiter (entspricht auch dem Stand per 31. Dezember 2009) – in der KF tätig. Diese elf Personen sind aufgrund einer Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarung ausschließlich für die KF tätig, verbleiben jedoch formal im Mitarbeiterstand der KA.

Die Kosten werden zwischen den Banken aufgrund dieses Agreements verrechnet.

Kommunikation

Mit der Restrukturierung der KA alt kommt es zu einem erhöhten Kommunikationsbedarf: Unter Beteiligung der Mitarbeiter/innen und des Managements wurde der Name und das Logo des Instituts entworfen und implementiert. Unter starker Einbeziehung des Vorstandes wurde via Kundenbriefe und in zahlreichen persönlichen Gesprächen mit Kunden und Marktpartnern die neue Struktur vermittelt. Dies hatte auch operationale Abläufe, wie z.B. im Zahlungsverkehr, betroffen. Allen Beteiligten sei hier ausdrücklich für ihre Unterstützung und ihr Verständnis gedankt. Eine in den Details durchaus komplexe Situation konnte so problemlos und erfolgreich bewältigt werden.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Mit Valuta 24. März 2010 hat die KF eine staatsgarantierte Anleihe über EUR 1 Mrd. begeben. Auf Basis der Staatsgarantie wurde für die Anleihe von den Rating-Agenturen Fitch, S&P und Moody's ein Triple-A-Rating vergeben.

Zu Jahresbeginn wurde die Rating-Agentur Standard & Poors (S&P) mit der Erstellung eines Ratings für die KF beauftragt, welches am 3. März 2010 mit dem langfristigen Rating A und dem kurzfristigen Rating A-1 veröffentlicht wurde. Damit verfügt die KF mit F1+ von Fitch und A-1 von S&P über zwei hohe kurzfristige Ratings. Die Einstellung des Moody's Ratings wird angestrebt.

Wesentliche Beteiligungen

Kommunalkredit International Bank Ltd

Bereits im Dezember 2008 wurde unter Zustimmung der zypriotischen Aufsichtsbehörden die grundlegende Entscheidung getroffen, die Kommunalkredit International Bank Ltd (KIB, Zypern), nicht fortzuführen, sondern nach einer grenzüberschreitenden Fusion mit der Muttergesellschaft KF den dortigen Geschäftsbetrieb im Laufe des Jahres 2010 einzustellen. Diese Entscheidung wurde in enger Abstimmung mit den verantwortlichen Aufsichtsbehörden getroffen. Die notwendigen technischen Schritte werden gesetzt. Diese Vorgangsweise bietet sich insbesondere an, als die KIB von der Finanzkrise stark betroffen war und über ein negatives Eigenkapital verfügt. Durch die intendierte und grundsätzlich genehmigte Fusion ist es in Abstimmung mit lokalen Aufsichtsbehörden nicht erforderlich, korrigierende Kapitalmaßnahmen zu setzen. Das Geschäftsjahr 2009 der KIB war geprägt von Stabilisierungsmaßnahmen zur Vorbereitung der für 2010 geplanten Verschmelzung der Bank mit der KF. Der Mitarbeiterstand wurde im Laufe des Jahres von 33 auf 22 reduziert (exklusive Vorstand) und im 1. Quartal 2010 auf 15 weiter abgebaut.

Risikoberichterstattung

Organisation Risikomanagement

Die Steuerung und Begrenzung der Risiken im Bankbuch erfolgt im Rahmen der monatlichen Sitzungen des Risk Management Committees (RMC). Das RMC-Meeting ist das zentrale Element des integrierten Risikosteuerungsprozesses, in dem der Vorstand über die Risikosituation der Gesamtbank informiert wird, alle wichtigen risikorelevanten Entscheidungen getroffen werden sowie Limits festgelegt und überwacht werden. Die wichtigsten Themenschwerpunkte der RMC-Sitzungen sind:

- Sicherstellung der Liquidität und Maßnahmenplanung,
- Analyse der geschäftspolitisch relevanten Zins- und Währungsmärkte,
- Festlegung der Zins- und Währungskursprognosen auf Sicht von 3, 6 und 12 Monaten,
- Strategische Optimierung der Zinsrisikostruktur je Währung in Hinblick auf die Zinserwartung und Risikobereitschaft der Bank,
- Analyse der Optionspreisrisiken im Bankbuch und deren Verhalten bei Zinsniveau- und Volatilitätsveränderungen,
- Festlegung und Überprüfung von Länderlimiten sowie Risikolimiten für das Bankbuch und für die offenen Devisenpositionen,
- Strategische Optimierung des Kreditportfolios.

Das primäre Ziel der Gesamtbanksteuerung ist die Sicherung der Liquidität und die Abwicklung des nicht strategischen Geschäfts der ehemaligen Kommunalkredit Austria AG vor der Spaltung unter Minimierung des Mitteleinsatzes der Republik Österreich und die möglichst umfangreicher Realisierung des Wertaufholungspotentials. Zusätzlich zum RMC wurden wöchentliche Ausschüsse etabliert, die die Arbeit des RMC operativ unterstützen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsmanagement war im Jahr 2009 einer der wesentlichen Managementaufgaben. Ziel des Liquiditätsrisikomanagements ist die Erhaltung einer adäquaten Liquiditätsposition. Die Verbesserung des strukturellen Liquiditätsrisikos war ein wesentlicher Managementenerfolg im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Die KA Finanz AG unterscheidet beim Liquiditätsrisiko zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Zahlungsunfähigkeitsrisiko) als der Gefahr, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann und dem Refinanzierungsrisiko als der Gefahr, zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension unterscheidet die KA Finanz AG zwischen kurzfristigem und langfristigem (struktureller) Liquiditätsmanagement. In der Bank wird nur das Refinanzierungsrisiko mit internem Kapital unterlegt.

Liquiditätsrisikomanagement

Folgende wesentliche Aspekte des Liquiditätsrisikomanagements werden in der Bank wahrgenommen:

- Analyse der Liquiditätsposition
- Berichtswesen an den Vorstand
- Bestimmung der mittel- und langfristigen Refinanzierung inklusive eines Emissionsplans
- Pflege und Weiterentwicklung des Liquiditätsmodells
- Regelmäßige Überprüfung und Festlegung von internen Transferpreisen

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität steht dem Management ein auf täglicher Basis erstelltes kurz- und mittelfristiges Liquiditätsszenario zur Verfügung. In diesen Szenarien werden neben den vertraglichen Zahlungsströmen erwartete neue Emissionen, Kündigungen bestehender Geschäfte, Auszahlungen, Repo-Prolongationen sowie der Liquiditätsbedarf aus Collateralpostings mit berücksichtigt. Die daraus resultierenden Liquiditäts-Gaps werden im kurzfristigen Liquiditätsszenario auf Tagesbasis bzw. danach auf Monatsbasis gesteuert.

Zur kurzfristigen Collateralmobilisierung wurde im abgelaufenen Jahr die Arbeit an der Umstellung auf tägliches Collateralmanagement für die wesentlichen Counterparts begonnen.

Langfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Liquiditätssteuerung und zur strukturellen Analyse der Liquiditätsrisikoposition bedient sich die KA Finanz AG einer detaillierten Cashflow-Analyse, bei der die Kapitalströme für die Gesamtlaufzeit aller On- und Off-Balance-Geschäfte berücksichtigt und auf definierte Laufzeitbänder gemappt werden. Die Überhänge aus Zahlungsein- und Zahlungsausgängen in einem Laufzeitband repräsentieren die periodischen Liquiditäts-Gaps. Die negativen Liquiditäts-Gaps (Auszahlungsüberhänge) werden auf periodischer und kumulierter Ebene überwacht.

Organisation und Berichtswesen

Das Liquiditätsrisiko wird auf Vorstandsebene im monatlichen Risk Management Committee (RMC) besprochen. Zusätzlich findet ein wöchentlicher Jour Fixe zwischen Treasury Vorstand und Treasury zum operativen und strategischen Liquiditätsmanagement statt. Eine Liquiditätsvorschau einschließlich der Einschätzung zusätzlich realisierbarer Liquidität wird täglich erstellt, täglich an den Treasury Vorstand berichtet und monatlich im RMC auf Gesamtvorstandsebene berichtet. Zusätzlich wird das langfristige Liquiditätsrisiko im monatlichen RMC auf Gesamtvorstandsebene besprochen. Neue Berichtsanforderungen seitens der Nationalbank wurden umgesetzt.

Liquiditätslücken

Die interne Steuerung des Liquiditätsrisikos basiert nicht auf den vertraglichen Cashflows, sondern auf den erwarteten Cashflows. Bei der Steuerung werden stets die Aktiv- und Passivseite sowie außerbilanzielle Positionen betrachtet.

Krisenplan

Der Krisenfinanzierungsplan (Krisenplan) dient der Liquiditätsbeschaffung im Stressfall. Das Institut verfügt über einen Liquiditätskrisenplan, der für den Notfall die Verantwortlichkeiten und die Zusammensetzung von Krisengremien, die internen und externen Kommunikationswege sowie ggf. die zu ergreifenden Maßnahmen regelt. In einem Notfall übernimmt ein Krisengremium die Liquiditätssteuerung. Im Einzelfall entscheidet das Krisengremium über die zu treffenden Maßnahmen.

Marktrisiko

Ziel des Marktrisikomanagements im Bankbuch ist die Optimierung der Risikoposition unter Berücksichtigung der ökonomischen Umwelt und der Wettbewerbssituation sowie unter Beachtung des Marktwerttrisikos und des Effekts auf den Nettozinsertrag.

Marktrisiken entstehen aus potentiellen Veränderungen von Risikofaktoren, die zu einer Verringerung des Marktwertes der diesen Parametern unterliegenden Finanzpositionen führen können. Im Einzelnen unterscheidet die KF Zinsänderungs-, Wechselkurs-, Spreadänderungs- und Optionspreisisiko. Dabei werden Zinsänderungs- und Wechselkursrisiken mit Value-at-Risk Ansätzen quantifiziert, die Risikomessung der Spreadänderungsrisiken erfolgt mit dem Present Value of a Basis Point und Optionspreisisiken werden auf Basis von 16 Szenarien aus Volatilitäts- und Zinsänderung berechnet.

Die Zielsetzung des Value-at-Risk ist die Ermittlung einer potentiellen negativen Wertveränderung, die mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit innerhalb eines festgelegten Zeitraumes nicht überschritten wird. Die Sensitivitätsanalyse für das Spreadänderungsrisiko zeigt den barwertigen Effekt einer Spreadänderung von +1 BP auf das untersuchte Portfolio. Ein Nachteil dieser Analyse ist, dass der Effekt unterschiedlicher Spreadvolatilitäten innerhalb des Portfolios nicht sichtbar wird. Ziel der Berechnung der Optionspreisisiken auf Basis einer Szenariomatrix ist ebenfalls die potentiell negative Wertänderung. Beeinträchtigt wird die Aussage dadurch, dass nicht alle möglichen Kombinationen von Marktwertänderungen berechnet werden können.

Zinsänderungsrisiko

Zum Zweck der effizienten Steuerung des Zinsrisikos und des Nettozinsertrags verfügt die KF über ein Analyse- und Simulationsinstrument (Zins-Gap-Struktur je Währung, Zins-VaR, Sensitivitätsanalysen, Simulationsgeschäfte), das die Prognose und gezielte Steuerung des Gesamtbankzinsrisikos sowie der G&V-Sensitivität nach IAS39 und des periodischen Nettozinsertrages ermöglicht.

Im Rahmen der Zinsrisikosteuerung werden die Gapstrukturen je Währung analysiert und die Sensitivität der Gesamtposition und der Risikoposition gemäß IAS39-Regeln für verschiedene Szenarien quantifiziert. Als technische Entscheidungsunterstützung stehen in der RMC-Sitzung online Simulationsmöglichkeiten für Steuerungsmaßnahmen und deren Auswirkung auf die Risiko- und Performancekennzahlen zur Verfügung.

Das Zinsänderungsrisiko wird zumindest monatlich überwacht und ausgesteuert. Für die Berechnung des Zins-VaR (Haltedauer 20 Handelstage, Konfidenzintervall 90 %) werden historische Volatilitäten und Korrelationen verwendet. Die Berechnung erfolgt gleichgewichtet mit einem zurückliegenden Beobachtungszeitraum von 150 Tagen. Der berechnete Zins-VaR berücksichtigt nicht das Eigenkapital (eingezahltes Kapital und Rücklagen).

Per 31. Dezember 2009 betrug der diversifizierte Zins-VaR TEUR 13.809,8 (2008E TEUR 22.391,1). Der durchschnittliche Zins-VaR im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug 13.364,3 TEUR.

Wechselkursrisiko

Wechselkursrisiken bestehen vor allem im Zusammenhang mit der Aufnahme kurz- und langfristiger Refinanzierungsmittel. Die grundsätzliche Risikostrategie der KF im Bereich des Wechselkursrisikos ist keine offenen FX-Positionen einzugehen. Dazu wurde ein System zur Steuerung der offenen Devisenpositionen eingerichtet, das sowohl Auszahlungen und Tilgungszahlungen aber auch Zins-, Provisions- und Agioabgrenzungen sowie Ausgleichsbeträge aus Derivativgeschaft berücksichtigt.

Die offenen Devisenpositionen werden täglich überwacht und ausgesteuert. Für die Steuerung verwendet die KF ein Limitsystem bestehend aus einem Limit für den diversifizierten FX-VaR (Haltedauer 1 Tag, Konfidenzintervall 99 %) aller offenen Devisenpositionen, einem Stop-Loss-Limit und Volumenlimiten je Einzelwahrung und über alle Währungen. Für die Berechnung des FX-VaR werden historische Volatilitäten und Korrelationen verwendet. Die Berechnung erfolgt exponentiell gewichtet mit einem Gewichtungsfaktor von 0,94 und einem zurückliegenden Beobachtungszeitraum von 400 Tagen.

Per 31. Dezember 2009 betrug der diversifizierte FX-VaR 10,0 TEUR (2008E TEUR 60,6). Der durchschnittliche FX-VaR im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug TEUR 17,6.

Spreadänderungsrisiko

Als Spreadänderungsrisiko betrachtet die KF das Barwertrisiko bei Spreadwidening. Für das gesamte CDS-Portfolio und für das gesamte Wertpapier- und Darlehensportfolio im Bankbuch wird die Sensitivität bei der Ausweitung der Spreads um +1 BP berechnet und berichtet.

Per 31. Dezember 2009 betrug die Barwertsensitivität bei einem Spreadwidening von +1 BP für das gesamte CDS Portfolio EUR -3,6 Mio. (2008E EUR -2,5 Mio.). Die Erhöhung resultiert aus der Übertragung von CDS Geschäften von der Tochtergesellschaft Kommunalkredit International Bank (KIB) auf die KF. im Jahr 2009. Die Barwertsensitivitaten für das gesamte Wertpapierportfolio betragen Ende 2009 EUR -3,6 Mio. und für das gesamte Darlehensportfolio EUR -0,1 Mio. Diese Sensitivitäten sind repräsentativ für das abgelaufene Geschäftsjahr.

Optionspreisisiko

Optionen im Bankbuch existieren insbesondere als eingebetteten Optionen in einem Grundgeschäft (eigenen Emission, Bond oder Swap) und sind in der Regel vollständig abgesichert. Zur Begrenzung der nicht vollständig abgesicherten Optionspreisisiken werden 16 Preisszenarien aus Volatilitäts- und Zinsänderung berechnet. Das schlechteste Ergebnis der Szenarien wird überwacht und limitiert.

Per 31. Dezember 2009 betrug das Optionspreisisiko EUR -1,2 Mio. Dieser Betrag ist repräsentativ für das abgelaufene Geschäftsjahr.

Kreditrisiko

Kreditrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten, die entstehen, wenn ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die KF unterscheidet folgende Arten des Kreditrisikos: Kontrahenten- bzw. Ausfallrisiko, Konzentrationsrisiko und Länderrisiko. Die KF verwendet eine einheitliche Methode für die Quantifizierung des Kreditexposures.

Bei der Besicherung des Kreditengagements spielen persönliche Sicherheiten (Garantien und Haftungen) eine wichtige Rolle. Als finanzielle Sicherheiten werden vor allem Nettingvereinbarungen und Cash Collaterals zur Reduktion des Kontrahentenrisikos berücksichtigt. Beim Vorliegen von persönlichen Sicherheiten kann das Exposure dem Sicherheitengeber zugerechnet werden. Das Exposure wird dabei je nach Risikoeinschätzung auf den Garantiegeber transferiert und dort im Portfoliomodell und Limitwesen berücksichtigt. Im Vergleich zur Nettodarstellung ermöglicht dieser Basel II kompatible Ansatz eine konservativere Risikodarstellung, weil das Double Default Risiko (originärer Schuldner und Sicherheitengeber) als Single Default Risiko (Sicherheitengeber) ausgewiesen wird. Erhaltene finanzielle Sicherheiten reduzieren dagegen das bestehende Exposure (Netting).

Die KF beurteilt die Ausfallswahrscheinlichkeit einzelner Kunden mit Hilfe von Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Segmente zugeschnitten sind. Für Kunden in Segmenten im Standardansatz gem. Basel II (siehe Abschnitt „Basel II“) werden vorwiegend externe Ratings (Moody's, S&P oder Fitch) herangezogen. Jedem aktiven Kunden ist ein externes oder internes Rating zugeordnet, das mindestens einmal jährlich aktualisiert wird. Bei allen Kreditnehmern wird die wirtschaftliche Entwicklung laufend analysiert und das Kreditrisiko regelmäßig bewertet. Damit können die Aktiva des Bankbuchs und die außerbilanziellen Geschäfte vollständig nach Ausfallswahrscheinlichkeit und Besicherung gegliedert werden.

Die Ausfallswahrscheinlichkeiten sind in einer gemeinsamen internen Ratingskala (Masterskala) in Kategorien zusammengefasst, denen externe Ratings zugeordnet werden können. Um eine einheitliche Bestimmung der Ausfallswahrscheinlichkeiten zu gewährleisten, müssen alle internen und externen Ratingverfahren bzw. Ratings auf die gemeinsame Masterskala abgestimmt werden. Die Leistungsfähigkeit und Trennschärfe der Ratingverfahren und ihre Prognosefähigkeit hinsichtlich Zahlungsausfällen werden regelmäßig überprüft und nötigenfalls angepasst.

Die Portfoliobetrachtung ist grundlegend für die Quantifizierung des Kreditportfolios. Die KF berechnet monatlich einen Kredit-VaR. Das verwendete Portfoliomodell basiert auf CreditRisk+. Für die Berechnung des Kredit-VaR (Haltedauer 1 Jahr, Konfidenzintervall 99,95 %) werden ratingabhängige einjährige Ausfallswahrscheinlichkeiten (PD) und regional bzw. sektorspezifische Verlustquoten (LGD) verwendet. Die Inputparameter PD und LGD orientieren sich an den Basel-II-Anforderungen. Diese Parameter wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr einem Überprüfungsprozess unterzogen und aktualisiert. Die Quantifizierung des ökonomischen Kapitals für Kreditrisiken erfolgt nach Berechnungsverfahren, die modernen bankbetriebswirtschaftlichen Standards entsprechen.

Das verwendete Modell beruht jedoch auf statistischen Methoden und Annahmen. Es repliziert und erklärt im Wesentlichen alle relevanten Entwicklungen der Vergangenheit. Eine wichtige Annahme dabei ist, dass aus der Vergangenheit statistisch fundierte Schlussfolgerungen für zukünftige Entwicklungen getroffen werden können. Die im Jahre 2008 beobachtete fundamentale Systemkrise der weltweiten Finanzmärkte ist in der verfügbaren Historie bei den von Banken verwendeten Modellen nicht vorhanden. Für die Beurteilung des Kreditrisikos wird daher verstärkt auch situatives Eventrisiko Rechnung getragen, welches durch regelmäßig durchgeführte Stresstests abgedeckt wird.

Die Aufstellung der Kreditexposure nach Rating zeigt, dass 35 % des Exposures AAA/AA-geratet und 68 % investment-grade geratet sind. Beim CDS-Portfolio finden sich knapp 71 % des Exposures im AAA/AA Bereich, 95 % sind investment-grade. Die Kreditqualität des Portfolios der KF ist gut. Das kapitalgewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist A3 (nach Moody's).

Kreditexposureverteilung nach Rating

31.12.2009						
In TEUR	Exposure	Anteil Proportion	davon WP	davon Haftungen / CDS	davon Darlehen	Anzahl Partner
AAA	4.080.735	17,4%	670.953	3.408.051	0	37
AA	4.096.397	17,4%	1.185.203	2.518.183	93.251	71
A	3.780.468	16,1%	1.560.043	1.295.073	288.509	145
BBB	4.012.828	17,1%	1.529.523	740.518	105.463	64
BB	7.492.710	31,9%	2.788.498	416.696	602.640	12
B	23.154	0,1%	48.154	-25.000	0	2
D	20.609	0,1%	15.609	5.000	0	10
nicht geratet / non-rated	10.000	0,0%	0	10.000	0	2
Summe / Total	23.516.901	100,0%	7.797.983	8.368.520	1.089.863	343

Nach Sektoren gegliedert entfällt der überwiegende Teil des Exposures auf die öffentliche Hand (44 %) und auf Finanzinstitute (50 %). Das restliche Exposure verteilt sich auf Corporates (4 %), PSEs (1 %) und Verbriefungen (1 %). Im CDS-Portfolio bestehen Exposures gegenüber der öffentlichen Hand (84 %), gegenüber Banken (15 %) sowie gegenüber Corporates (1 %):

Konzentrationsrisiko

31.12.2009						
In TEUR	Exposure	Anteil Proportion	davon WP	davon Haftungen / CDS	davon Darlehen	Anzahl Partner
Öffentliche Hand	10.371.375	44,1%	3.264.375	6.962.942	144.057	111
Finanzinstitute	11.788.953	50,1%	3.637.067	1.296.502	662.993	148
Nicht-Finanzinstitute	1.356.574	5,8%	896.541	109.076	282.813	84
Summe / Total	23.516.901	100,0%	7.797.983	8.368.520	1.089.863	343

Risikokonzentrationen werden im Zuge der monatlichen Kreditrisikoreports, welche dem RMC berichtet werden, festgestellt. Das Gesamtportfolio wird hier nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt (Gliederung nach Ländern, Regionen, Top 100 Gruppen verbundener Kunden, Rating, Sektoren). Zusätzlich erfolgt die Feststellung von Risikokonzentrationen einzelner Teilportfolien durch die Abteilung Kreditrisiko, welche im Zuge von Portfolioanalysen etwaige Handlungen vorschlägt. Portfolioanalysen umfassen korrelierende regionale und/oder sektorale Risiken oder Risikokonzentrationen und dienen vor allem der Früherkennung, Begrenzung und Aussteuerung von Risikoportfolien unter aktuellen und künftigen Umfeldbedingungen. Je nach Risikoeinschätzung wird ein Review in unterschiedlichen Intervallen durchgeführt, jedoch zumindest jährlich. Anlassbezogen kann ein Portfolioreview auch ad hoc zwischen den tourlichen Intervallen angestoßen werden.

Die Top-10-Kreditexposures-Gruppe verbundener Kunden je Sektor, sowie der jeweilige Anteil am Sektorexposure und Gesamtexposure sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Konzentrationsrisiko, Top-10-Kreditexposures je Sektor

31.12.2009		in TEUR		
Sektor	Exposure	Exposure Top 10	Anteil Sektor	Anteil Gesamt
Öffentliche Hand	10.371.375	5.429.926	52,4%	23,1%
Finanzinstitute	11.788.953	9.816.967	83,3%	41,7%
Nicht-Finanzinstitute	1.356.574	646.646	47,7%	2,7%
Summe / Total	23.516.901	15.893.538		67,6%

Da in der KF kein neues Kreditgeschäft abgewickelt wird, wurden Limitierungen von Konzentrationsrisiken lediglich in Form von Länderlimiten eingeräumt. Alle Portfolien befinden sich unter Berücksichtigung des jeweiligen Risikogehaltes auf Abbau.

Länderrisiko

Die KF definiert Länderrisiko als politisches Transferrisiko. Kreditexposure von Töchtern und Zweigstellen werden im jeweiligen Sitzland ausgewiesen, nicht im Land der Muttergesellschaft. Das Länderrisiko der KF wird monatlich im RMC überwacht. Je Land werden Angaben über Länderrating, Exposure je Produktart, erwarteter und unerwarteter Verlust und Limitausnutzung überwacht.

Geografisch verteilt sich der Großteil des Exposures auf die Kern-EU-Staaten (EU-15 inkl. Österreich, 74 %) sowie die restlichen EU-Staaten (12 %). Das Exposure in sonstigen Staaten (12 %) entfällt zu 56 % auf die USA. Das CDS Portfolio ist zu 89 % dem EU-Raum zuzuordnen, davon entfallen 73 % auf EU-15 sowie 16 % auf die restlichen EU-Staaten.

31.12.2009						
In TEUR	Exposure	Anteil Proportion	davon WP	davon Haftungen / CDS	davon Darlehen	Anzahl Partner
Österreich	2.727.066	11,6%	217.657	528.944	118.074	17
EU-15	14.736.246	62,7%	4.161.400	5.580.676	651.630	136
EU Zentraleuropa	2.754.258	11,7%	1.220.552	1.397.943	134.037	32
Nicht EU-Europa	435.147	1,9%	46.480	223.814	163.122	14
Nicht EU-Osteuropa	130.704	0,6%	58.704	49.000	23.000	8
Sonstige	2.733.480	11,6%	2.093.189	588.144	0	136
Summe / Total	23.516.901	100,0%	7.797.983	8.368.520	1.089.863	343

Kreditrisikoversorge

Die Vorsorgen für Risiken im Kreditgeschäft umfassen Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken.

Es findet regelmäßig eine Beurteilung statt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kundenengagements oder Engagements einer Gruppe verbundener Kunden vorliegen. Die Beurteilung der Wertminderung findet entweder im Zuge der jährlichen Bonitätsupdates oder anlassbezogen statt. Die Verantwortung für die Ermittlung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle liegt beim Kreditrisikomanagement, wobei ein Vier Augen Prinzip durch Rückbestätigung des Problemerkreditbeauftragten eingeführt wurde. Wertberichtigungen bedürfen zusätzlich einer Vorstandsgenehmigung.

Operationelles Risiko

In der KF wird operationelles Risiko als die Möglichkeit von Verlusten aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignissen definiert. Als klares Ziel des Operationellen Risikomanagements (ORM) wurde formuliert, operationelle Risiken nicht nur zu identifizieren und zu bewerten, sondern aus dem ORM-Prozess einen Mehrwert für die Bank zu generieren.

Die Verantwortlichkeiten im ORM-Prozess sind eindeutig geregelt, insbesondere die Verantwortung des Managements. Das Management ernennt Operational Risk Correspondents (ORC), die als Ansprechpartner in den jeweiligen Abteilungen das Bindeglied zum Operationellen Risikomanagement darstellen und den ORM-Prozess unterstützen.

Als Instrumente für das Management operationeller Risiken stehen die Operationelle Ereignisdatenbank sowie Risk & Control Self Assessments zur Verfügung.

Die *Operationelle Ereignisdatenbank* verkörpert dabei die vergangenheitsbezogene Sicht, d.h. realisierte Gewinne / Verluste aufgrund operationeller Ereignisse werden in der Datenbank erfasst und von den Linienverantwortlichen freigegeben.

Operational Risk & Control Self Assessments stellen die zukunftsbezogene Sichtweise dar. Risiken werden identifiziert und einer subjektiven Bewertung auf ihren Risikogehalt hin unterzogen. Die Assessments werden in der KF als Coached Self-Assessments durchgeführt, das heißt die Einschätzung und Beurteilung einzelner Risiken erfolgt durch die Abteilungen selbst. Die Einträge aus der Ereignisdatenbank dienen dabei als Input und Feedbackschleife zur Neubewertung von Risiken.

Das Management wird tourlich über operationelle Risiken im Rahmen der RMC-Meetings informiert.

Das *Business Continuity Management (BCM)* orientiert sich nach der internationalen BCM Norm BS 25999-1. Der Managementansatz dieser Norm garantiert ein umfassendes, angemessenes und effizientes Business Continuity Management. Damit erhalten Informationssicherheit und Notfallvorsorge einen hohen Stellenwert und bilden wichtige Eckpfeiler in der nachhaltigen Entwicklung der KF.

Basel II

Im September 2007 stellte Österreichische Volksbanken-AG (VBAG) als damals übergeordnetes Kreditinstitut im Namen der KA alt den Antrag auf Bewilligung eines auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Foundation IRB – FIRB).

Die Österreichische Nationalbank (OeNB) führte von September bis November 2007 eine intensive Prüfung der eingereichten Unterlagen durch und bestätigte, dass die Voraussetzungen gemäß § 21a Abs. 1 Z 1 bis 8 BWG für die teilweise Verwendung (partial use) eines auf internen Ratings basierenden Ansatzes vorliegen. Dem KA-Teilkonzern wurde seitens der FMA per 31. März 2008 der entsprechende Abnahmebescheid ausgestellt.

Das Segment Unternehmen wird gemäß FIRB berechnet. Die Segmente Institute, Zentralstaaten und Gebietskörperschaften sowie Public Sector Entities und Spezialfinanzierungen werden bis auf weiteres im Standardansatz belassen.

Für das operationelle Risiko kommt der Standardansatz zur Anwendung.

Aufgrund der Entkonsolidierung der KA alt aus der VBAG-Gruppe per Ende 2008 wurde die KA alt oberstes Kreditinstitut. Durch Geschäftsbesorgungsverträge mit der VBAG-Gruppe ist sichergestellt, dass die KF bis zur Implementierung eigener Systeme im derzeitigen Basel-II-Ansatz bleibt.

ICAAP

Als übergeordnetes Kreditinstitut ist die KF gemäß §39a BWG zur Erfüllung eines eigenen ICAAP verpflichtet.

Im Jahr 2009 wurde eine Überprüfung des ICAAP in der KF durchgeführt. Diese Überprüfung beinhaltete die Risikostrategie, die Messung und Erfassung der Risikoarten, die Risikoaggregation, die Risikodeckungsmasse sowie den Risikomanagementprozess und die Risikolimitierung. Aus der Überprüfung im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Maßnahmen für die Weiterentwicklung des ICAAP in der KF abgeleitet. Diese Maßnahmen konnten bereits teilweise abgearbeitet werden.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung wird die ökonomische Risikoposition der Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. Die Risikobewertung erfolgt monatlich und wird an das RMC berichtet. Die dabei benutzten Systeme sind SAP, zeb/credit.risk-manager und NumeriX. Für nicht quantifizierbare Risiken ist ein Puffer in der Risikodeckungsmasse vorgesehen.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)

Einleitung

Für die Beschreibung der wesentlichen Merkmale des Internen Kontrollsystems (IKS) werden allgemein anerkannte Standards¹ herangezogen. Das verwendete Rahmenwerk besteht aus fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Die Ausgestaltung des IKS und des Risikomanagementsystems sowie die Einrichtung dieser Systeme und Prozesse nach den Anforderungen und Bedürfnissen der KF in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung, zu deren wesentlichen Zielsetzungen eine korrekte und transparente Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gehört.

Das Ziel des internen Kontrollsystems ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive und sich ständig verbessernde interne Kontrollen in Hinsicht auf die Rechnungslegung zu gewährleisten. Es ist einerseits auf die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften und andererseits auf die Schaffung von vorteilhaften Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen in den Schlüsselprozessen des Rechnungswesens ausgerichtet.

Dazu gehören alle vom in der KF angesiedelten IKS Beauftragten und mit der Geschäftsleitung abgestimmten entworfenen und im Unternehmen ausgeführten Prozesse, durch die

- die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der betrieblichen Tätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens vor Verlusten durch Schäden und Malversationen),
- die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und
- die Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften

überwacht und kontrolliert werden.

¹ Z. B. die Regelungen des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO).

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Prozesse, die dazu dienen, Risiken zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten. Demzufolge sind Maßnahmen zu ergreifen, die verhindern, dass das Erreichen der Unternehmensziele durch Risiken, die schlagend werden, beeinträchtigt wird. Der Zweck dieses Berichts ist es, eine Übersicht darüber zu geben, wie interne Kontrollen in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess organisiert werden.

Kontrollumfeld

Der grundlegende Aspekt des Kontrollumfelds ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die Mitarbeiter/innen operieren. Das Unternehmen arbeitet aktiv an der Verbesserung der Kommunikation und der Vermittlung der unternehmenseigenen Grundwerte, um die Durchsetzung von Moral, Ethik und Integrität im Unternehmen und im Umgang mit Anderen sicherzustellen. Zentrale organisatorische Grundprinzipien sind die Vermeidung von Interessenkonflikten durch strikte Trennung von Markt und Marktfolge, die transparente Dokumentation von Kernprozessen und Kontrollschritten sowie eine konsequente Anwendung des Vier-Augen-Prinzips. Die Implementierung des Internen Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist in den internen Richtlinien und Vorschriften festgesetzt. Die Verantwortlichkeiten in Bezug auf das Interne Kontrollsystem wurden an die Unternehmensorganisation angepasst, um ein den Anforderungen entsprechendes und zufriedenstellendes Kontrollumfeld zu gewährleisten.

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über ein Service Level Agreement an die KA ausgelagert. Dies betrifft insbesondere auch das Rechnungswesen, Meldewesen und damit verbunden Rechnungslegungs- und Meldeprozesse inklusive der damit verbunden Kontrollen im Sinne es IKS. Alle im Rahmen des Service Level Agreements ausgelagerten Tätigkeiten und den daraus resultierenden Ergebnissen liegen jedoch in der Letztverantwortung der Organe der KF. Eine wesentliche Zusatz-Kontrollfunktion hinsichtlich der Abnahme der Leistungen aus dem Service Level Agreement nimmt der dazu implementierte Operating Officer war, der für die Sicherstellung der Vollständigkeit und Adäquanz für die Erfordernisse der KF mit dem Vorstand verantwortlich ist.

Die Rechnungslegungskompetenz wurde über ein Service Level Agreement (SLA) an die KA ausgelagert. Über dieses SLA werden sämtliche Fragen der Bilanzierung auf Einzel- wie auf Konzernebene geklärt. Gleichfalls ausgelagert sind die Budgetierung, Kostenrechnung inklusive Kosten-Soll/Ist-Monitoring sowie das Meldewesen an die Oesterreichische Nationalbank bzw. anderen auf nationaler Ebene agierenden Kontrollinstitutionen. Die Leistungen bezüglich der Erstellung und Aktualisierung der konzernweit geltenden Bilanzierungshandbücher, die Plausibilitätskontrolle der von den Tochtergesellschaften eingehenden Reports und für die eigentliche Konsolidierung werden ebenfalls via SLA von der KA bezogen.

Leistungen der Internen Revision werden via SLA von der KA bezogen. Sie überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung der internen Vorschriften. Der Leiter der Internen Revision berichtet direkt an die den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikobeurteilung

Das Risikomanagement der KF hat das Ziel, alle identifizierbaren Risiken aufzudecken und gegebenenfalls Maßnahmen zur deren Abwehr und Verhinderung einzuleiten. Dies beinhaltet auch die Risiken einer wesentlichen Fehldarstellung bei der Abbildung von Transaktionen. Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden durch das Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich beurteilt wurden. Die von den zuständigen Stellen durchgeführten internen Kontrollmaßnahmen werden jährlich evaluiert. Die Bewertung des Risikos einer fehlerhaften Finanzberichterstattung basiert auf unterschiedlichen Kriterien. So können

z. B. komplexe Bilanzierungsgrundsätze zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen. Unterschiedliche Grundsätze für die Bewertung von Vermögensgegenständen sowie ein komplexes oder sich veränderndes Geschäftsumfeld können ebenso das Risiko eines wesentlichen Fehlers in der Finanzberichterstattung begründen.

Im SLA ist geregelt, nach welchen Standards und Regeln sämtliche Standardtransaktionen im Primärsystem der Bank erfasst werden. Vorhersehbare Bilanzierungsthemen sind in den Bilanzierungshandbüchern geregelt. Bewertungsfragen sind in Bewertungshandbüchern und Arbeitsanweisungen geregelt. Für die Ermittlung der Wertansätze gibt es eine ebenfalls ausgelagerte qualifizierte, spezialisierte vom Markt unabhängige Organisationseinheit (Valuation and Modeling). Neue Produkte unterliegen einem strengen Produktgenehmigungs- und -einführungsprozess.

Komplexe oder nicht im Detail geregelte Bilanzierungsthemen werden mit dem Vorstand besprochen und gegebenenfalls unter Beiziehung externer Berater und in enger Abstimmung mit dem Bankprüfer gelöst.

Kontrollmaßnahmen

In der KF besteht ein Regelungssystem, welches Strukturen, Prozesse, Funktionen und Rollen innerhalb des Unternehmens festlegt. Dieses bestimmt explizit, wie mit Arbeitsanweisungen oder Arbeitsrichtlinien umzugehen ist bzw. wie diese zu befolgen sind. Dies betrifft vor allem die Informationsverarbeitung, die Dokumentation der gesendeten und empfangenen Information sowie die Vermeidung unerwünschter Käufe oder Verkäufe von Vermögensgegenständen, die eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss hätten. Zusätzlich zum Vorstand und Aufsichtsrat umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene der KF (Risk Officer, Portfolio Officer und Operating Officer) und Leistungen die via SLA von der internen Revision der KA bezogen werden.

Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vorgebeugt bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und der vertraglich vereinbarten Analyse der fortlaufenden Prozesse bei der Leistungserstellung des Dienstleisters. Der Bilanzierungs- und Budgetierungsprozess inklusive Kontrollschritte ist für die Gruppe dokumentiert und unterliegt einem jährlichen Reviewprozess. Der Prozessablauf und die Verantwortlichkeiten sind mittels einer Prozessdokumentationssoftware abgebildet und für alle Prozessbeteiligten im Intranet abrufbar und nachvollziehbar. Es liegt in der Verantwortung des Vorstandes, dass die Hierarchieebenen so ausgestaltet sind, dass eine Aktivität und die Kontrolle dieser Aktivität nicht von derselben Person durchgeführt wird (Vier-Augen Prinzip). Kontrollmaßnahmen in Bezug auf die IT-Sicherheit stellen einen Eckpfeiler des Internen Kontrollsystems dar. So wird die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen unterstützt.

Die Erfassung, Abrechnung und Verbuchung der Geschäftsvorfälle erfolgt zentral im Treasury- und Darlehensmodul bzw. FI-Modul von SAP. Die Abläufe sind im Backofficehandbuch dokumentiert.

Die Reporting-Packages der wesentlichen Tochtergesellschaften werden via SLA von der KA zentral plausibilisiert und konsolidiert. In Tochtergesellschaften ist die jeweilige Geschäftsführung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Standards der Gruppe und den Anforderungen des jeweiligen Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sowie für die Einhaltung der in diesem Zusammenhang bestehenden konzernweiten Richtlinien und Vorschriften in letzter Instanz verantwortlich.

Eine Marktgerechtigkeitskontrolle ist durch die monatlichen Plausibilitätskontrollen der Controlling- und Rechnungswesenreports gewährleistet.

Information und Kommunikation

In der KF berichten der Risk Officer und Deputy Risk Officer, der Portfolio Officer und der Operating Officer an den Vorstand. Im Zusammenhang mit der Darstellung und Vermeidung von Interessenkonflikten berichten zudem die erwähnten Officer auch direkt an den Aufsichtsratsrat. Die Informationstiefe richtet sich einerseits nach den von den Organen verlangten, andererseits nach der von den jeweiligen Officers für wichtig erachteten Information.

Der Treasury-Vorstand erhält täglich Zwischenberichte via SLA von der Abteilung Treasury zum Liquiditätsrisiko. Für den Gesamtvorstand wird monatlich ein gesamtheitlicher Performance- und Risikobericht vom Risk Officer erstellt (RMC-Mappe), der weitgehend auf Informationen die via SLA bezogen werden aufbaut.

Dem Aufsichtsrat wird regelmäßig umfassend berichtet. Hier beinhaltet der Informationsfluss die Rechenwerke (Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung inklusive Kommentierung der wesentlichen Entwicklungen, Kapitalplanungsrechnungen) des Unternehmens, wie auch Analysen zum Liquiditätsrisiko via SLA von der Abteilung Treasury und Analysen zum Portfoliomanagement bzw. zu Portfolioabbaumaßnahmen des Portfolio Officers. Die Gesellschafter/Öffentlichkeit werden/wird durch den Halbjahresfinanzbericht und den Jahresfinanzbericht informiert. Darüber hinaus erfolgt die Information über Ad-hoc-Meldungen.

Es werden regelmäßig Diskussionen betreffend der Finanzberichterstattung und die in diesem Zusammenhang bestehenden Richtlinien und Vorschriften in verschiedenen Gremien geführt. In diesen Gremien finden sich neben dem Management auch Abteilungsleiter/innen und führende Mitarbeiter/innen der mit der Leistungserstellung beauftragten Mitarbeiter/innen der KA. Die Arbeit in den Gremien hat unter anderem zum Ziel, die Einhaltung der Richtlinien und Vorschriften, die das Rechnungswesen betreffen, sowie die Identifizierung und die Kommunikation von Schwachstellen und Verbesserungspotenzialen im Rechnungswesenprozess sicherzustellen.

Außerdem werden die Mitarbeiter/innen des Rechnungswesens laufend in Hinblick auf Neuerungen in der nationalen und internationalen Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können.

Überwachung

Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand. Darüber hinaus sind aus dem SLA die jeweiligen Abteilungsleiter/innen für die Überwachung der entsprechenden Verantwortungsbereiche zuständig, so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern/innen des Rechnungswesens und dem Vorstand vor Weiterleitung an den Bilanzausschuss des Aufsichtsrates einer abschließenden Würdigung und ausdrücklichen Freigabe unterzogen.

Durch die Überwachung der Einhaltung sämtlicher Regeln will die KA Finanz eine möglichst große Sicherheit aller betrieblichen Abläufe und Prozesse und den Einklang mit den konzernweiten Vorschriften erlangen. Wenn hohe Risiken und Kontrollschwächen aufgedeckt werden, wird zeitnah versucht, Abhilfe- und Abwehrmaßnahmen an die Verantwortlichen zu kommunizieren. Um die Einhaltung auf Konzernebene gewährleisten zu können, wird die Einhaltung der Vorgaben gemäß dem jährlich zu erstellenden Plan der Internen Revision und der Konzernrevision regelmäßig geprüft.

Compliance und Geldwäsche

Der von der KF unterzeichnete Standard Compliance Code der österreichischen Kreditwirtschaft (SCC) enthält konkrete sowie über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausgehende Anforderungen betreffend den fairen Umgang mit den Kunden und die Sicherung ihres Vertrauens.

Die KF verfügt über eine dem SCC entsprechende interne Compliance-Ordnung und eine Compliance-Organisation unter Leitung eines Compliance-Verantwortlichen. In Übereinstimmung mit dem SCC liegt der Schwerpunkt der Compliance-Ordnung in der Verhinderung des Missbrauchs von Information, etwa durch Insiderinformationen oder Marktmanipulation. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Compliance-Organisation, die Verletzung jeglicher gesetzlicher oder interner Anforderungen schon im Vorfeld zu verhindern, um so möglichen Gefahren für die Reputation des Unternehmens zu begegnen. Seitens der Compliance werden auch die Aktualität der Compliance-Ordnung und ihre Einhaltung konzernweit sichergestellt.

Der Compliance-Verantwortliche ist Ansprechstelle für alle Mitarbeiter/innen und informiert diese regelmäßig über die geltenden Anforderungen. Als Geldwäschebeauftragter hat der Compliance-Verantwortliche auch die Einhaltung der in §§ 40 bis 41 Bankwesengesetz normierten „Besonderen Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung“ zu gewährleisten.

Die Beachtung aller für das Unternehmen relevanten gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften ist selbstverständliche Basis des täglichen Handelns. Das Monitoring der Rechtsvorschriften dient der Sicherstellung eines entsprechend aktuellen Wissensstandes.

Prognosebericht

Die KF ist auf Basis der neuen Eigentümerstruktur und der damit verbundenen Stabilisierung der Liquiditätssituation gut auf das gegenwärtig volatile Marktumfeld eingestellt.

Die KF wird entsprechend dem Restrukturierungsplan das Wertpapier- und CDS-Portfolio unter Bedachtnahme auf Werterholungspotenziale betreuen und abbauen. Die dafür notwendigen Voraussetzungen

- gesicherte Liquiditätsbasis
- gesicherte Kapitalisierung
- gesicherter gesellschaftsrechtlicher Rahmen
-

wurden im Jahr 2009 geschaffen. Die Gespräche mit der Europäischen Kommission über den Umstrukturierungsplan laufen planmäßig, der Abschluss wird im Laufe des Jahres 2010 erwartet. Mit der für September 2010 vorgesehenen Verschmelzung der Kommunalkredit International Bank Ltd auf die KF ist die gesellschaftsrechtliche Restrukturierung der KF abgeschlossen.

Nach Abschluss der Fusion mit der Kommunalkredit International Bank Ltd wird die Konzerneigenschaft der KF nicht mehr gegeben sein; die Rechnungslegung wird daher wie im Restrukturierungsplan angestrebt nur nach UGB-Kriterien erfolgen. Die an die Republik Österreich zu entrichtenden Gebühren sind gewinnunabhängig und werden daher voll geleistet.

In Folge der daraus entstehenden Belastung wird in absehbarer Zukunft kein positives Jahresergebnis bzw. positiver Bilanzgewinn erwirtschaftet werden. Somit ergibt sich ebenso, dass keine Ausschüttungen an Partizipations- und Ergänzungskapital erfolgen können; dies wurde bereits in der

Ad-hoc-Meldung vom 17. November 2009 bekanntgegeben. Die Einhaltung einer Tier 1-Ratio von 7 % ist angestrebt. Zur Erreichung dieses Ziels werden die gemäß Kapitalisierungsvereinbarung vom 17. November 2009 mit der Republik Österreich genannten Restrukturierungszuschüsse (aus der Saldierung mit den Haftungsentgelten) erforderlich sein.

Insgesamt wird für das Jahr 2010 weiterhin mit einem volatilen Marktumfeld gerechnet. Die Debatte über öffentliche Verschuldung wird anhalten. Die Marktberuhigung wird wesentlich vom Fortschritt in der Sanierung der öffentlichen Haushalte abhängen. Vor diesem Hintergrund wird die KF bestrebt sein, abhängig von den jeweiligen Marktgegebenheiten, neben der Abreifung von Darlehen und Wertpapieren in der Höhe von EUR 1,26 Mrd. Aktiva mit einem Nominale von bis zu EUR 500 Mio. abzubauen.

Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der KF werden sich den gestellten Aufgaben weiterhin mit großem Engagement widmen.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, 8. April 2010

Bilanz der KA Finanz AG nach BWG

Aktiva in EUR		31.12.2009	31.12.2008
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken		545.890.381,05	166.770.476,62
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind		30.904.887,56	77.767.222,83
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	30.904.887,56		77.767.222,83
3. Forderungen an Kreditinstitute		9.897.778.236,24	10.257.620.058,86
a) täglich fällig	34.083.365,65		225.548.345,46
b) sonstige Forderungen	9.863.694.870,59		10.032.071.713,40
4. Forderungen an Kunden		2.088.404.987,69	12.219.701.450,91
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		4.203.970.356,73	5.764.946.633,80
a) von öffentlichen Emittenten	2.479.899.284,54		4.050.644.031,80
b) von anderen Emittenten	1.724.071.072,19		1.714.302.602,00
darunter:	813.255.890,42		28.922.145,84
eigene Schuldverschreibungen			
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		2.707.590,00	67.593.702,10
7. Beteiligungen		23.142,67	143,67
darunter:	0,00		1,00
an Kreditinstituten			
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		765.000,00	195.064.299,94
darunter:	0,00		187.959.451,82
an Kreditinstituten			
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		0,00	177.071,70
10. Sachanlagen		0,00	2.043.713,13
11. Sonstige Vermögensgegenstände		829.507.384,03	1.065.386.376,93
12. Rechnungsabgrenzungsposten		57.327.867,45	70.617.366,32
		17.657.279.833,42	29.887.688.516,81
Posten unter der Bilanz			
1. Auslandsaktiva		15.705.825.368,41	17.395.564.329,48

Passiva in EUR		31.12.2009	31.12.2008
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		8.378.806.964,77	1.121.350.321,63
a) täglich fällig	17.138.759,21		6.976.399,74
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.361.668.205,56		11.114.373.921,89
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		74.208.253,74	985.207.593,66
Sonstige Verbindlichkeiten			
darunter:			
aa) täglich fällig	2.586.255,14		3.126.964,83
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	71.621.998,60		982.080.628,83
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		7.659.061.716,82	16.148.155.218,58
a) begebene Schuldverschreibungen	6.827.015.850,49		12.960.417.318,73
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	832.045.866,33		3.187.737.899,85
4. Sonstige Verbindlichkeiten		798.395.227,49	719.269.800,93
5. Rechnungsabgrenzungsposten		51.442.111,15	65.392.536,78
6. Rückstellungen		16.300.459,81	88.501.652,75
a) Rückstellungen für Abfertigungen	0,00		1.771.592,26
b) Rückstellungen für Pensionen	0,00		4.609.278,97
c) Steuerrückstellungen	0,00		2.362.367,83
d) Sonstige	16.300.459,81		79.758.413,69
7. Nachrangige Verbindlichkeiten		202.694.504,62	197.629.285,44
8. Ergänzungskapital		101.685.155,29	214.581.572,24
9. Partizipationskapital		434.126.750,00	200.000.000,00
10. Gezeichnetes Kapital		22.346.025,00	22.346.025,00
11. Kapitalrücklagen		69.351.162,04	341.439.924,41
a) gebundene	9.351.162,04		341.439.924,41
b) nicht gebundene	60.000.000,00		0,00
12. Gewinnrücklagen		118.551.020,86	53.504.103,56
a) gesetzliche Rücklage	0,00		1.485.171,11
b) andere Rücklagen	118.551.020,86		52.018.932,45
13. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG		76.091.088,46	76.091.088,46
14. Bilanzverlust		-345.780.606,63	-345.780.606,63
		17.657.279.833,42	29.887.688.516,81
Posten unter der Bilanz			
1. Eventualverbindlichkeiten		8.016.530.778,79	6.355.584.797,69
darunter:			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen aus der Bestellung von Sicherheiten	8.016.530.778,79		6.355.584.797,69
2. Kreditrisiken		36.455.241,74	875.000.858,16
darunter:			
Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	0,00		92.429.336,95
3. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 BWG		749.370.879,46	668.882.784,66
darunter:			
Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 Z. 7 BWG			
4. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 BWG		395.996.055,35	552.148.815,32
darunter:			
erforderliche Eigenmittel gem. § 22 Abs. 1 Z. 1 und 4 BWG	395.786.890,00		551.800.619,91
5. Auslandspassiva		7.257.167.796,16	21.198.028.785,73

Gewinn- und Verlustrechnung der KA Finanz AG nach BWG

in EUR	31.12.2009		31.12.2008	
1. Zinsen und ähnliche Erträge darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren		203.320.026,97	1.877.276.213,01	2.685.376.823,11 282.899.718,14
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			1.866.647.425,56	2.621.608.846,32
I. Nettozinsertrag			10.628.787,45	63.767.976,79
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen a) Erträge aus anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,00		405.500,00	8.181.991,27 118.396,16
b) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	405.500,00			8.063.595,11
4. Provisionserträge			22.857.369,83	16.294.643,38
5. Provisionsaufwendungen			166.364.855,39	9.249.086,53
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften			-13.227.438,04	321.776,33
7. Sonstige betriebliche Erträge			5.460.048,14	1.364.737,43
II. Betriebserträge			-140.240.588,01	80.682.038,67
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen a) Personalaufwand darunter:		10.109.928,90	31.547.958,73	26.072.441,23 13.299.226,97
aa) Gehälter	7.402.307,99			10.397.241,55
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	2.000.044,89			2.588.335,10
cc) Sonstiger Sozialaufwand	375.606,93			479.528,84
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	416.790,47			1.226.932,63
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	-106.124,90			-1.306.315,96
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen	21.303,52			-86.495,19
b) Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)		21.438.029,83		12.773.214,26
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände			104.367,26	313.408,65
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			46.197,50	0,00
III. Betriebsaufwendungen			31.698.523,49	26.385.849,88
IV. Betriebsergebnis			-171.939.111,50	54.296.188,79
11. Ertrags-/Aufwandssaldo aus der Bewertung von Forderungen und Eventualverbindlichkeiten sowie aus der Veräußerung und Bewertung von Wertpapieren des Umlaufvermögens			-427.200.471,05	-134.854.413,38
12. Ertrags-/Aufwandssaldo aus der Veräußerung von wie Finanzanlagen bewerteten Wertpapieren sowie von Beteiligungen und von Anteilen an verbundenen Unternehmen			-663.822.892,05	-245.691.113,44
V. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-1.262.962.474,60	-326.249.338,03
13. Außerordentliche Erträge			1.000.000.000,00	0,00
14. Außerordentliche Aufwendungen			0,00	0,00
15. Außerordentliches Ergebnis			1.000.000.000,00	0,00
16. Steuern vom Einkommen			-252.639,57	1.412.367,83
17. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 16 auszuweisen			-3.826.730,90	1.730.591,40
VI. Jahresfehlbetrag			-267.041.845,07	-329.392.297,26
18. Rücklagenbewegung darunter:	Dotierung (-)	Auflösung (+)		
Dotierung/Auflösung der Hafrücklage	-194.642.109,32	461.683.954,39	267.041.845,07	-16.391.930,48
	-76.091.088,46	76.091.088,46		-16.391.930,48
VII. Jahresverlust/Gewinn			0,00	-345.784.227,74
19. Ausschüttung auf das Partizipationskapital			0,00	-3.145.371,66
20. Gewinn-/Verlustvortrag			-345.780.606,63	3.148.992,77
VIII. Bilanzverlust			-345.780.606,63	-345.780.606,63

Anhang zum Jahresabschluss der KA Finanz AG

Im Bericht werden folgende Bezeichnungen für die involvierten Einheiten gebraucht:

- Kommunalkredit Austria AG vor Spaltung: **KA alt**
- Kommunalkredit Austria AG, seit der Spaltung am 28.11.2009
(vormals Kommunalkredit Depotbank AG): **KA**
- KA Finanz AG, seit der Spaltung am 28.11.2009
(vormals Kommunalkredit Austria AG (KA alt)): **KF**

1. Allgemeine Informationen

Die KA Finanz AG (im Folgenden KF) mit Sitz in 1090 Wien, Türkenstraße 9, ist als Spezialbank mit der Aufgabe der langfristigen Abwicklung des nicht strategischen Geschäfts der ehemaligen Kommunalkredit Austria AG betraut. Sie ist unter der Firmenbuchnummer 128283b beim Handelsgericht Wien eingetragen.

Die KF entstand im Zuge der Restrukturierung, die nach der Notverstaatlichung der KA alt infolge der Finanzmarktkrise erforderlich war. Dabei wurde die KA alt in zwei Kreditinstitute aufgespalten: Die Kommunalkredit Austria AG übernahm das Kerngeschäft der KA alt, welches insbesondere das kommunale Darlehensgeschäft und das infrastrukturnahe Projektfinanzierungsgeschäft umfasst. Die KF behielt das sonstige, nicht strategische Geschäft (insbesondere das Wertpapiergeschäft, das Credit-Default-Portfolio und die Anteile an der Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB)). Ziel und Geschäftszweck der KF ist die bestmögliche Verwaltung und Verwertung des bestehenden Portfolios unter Minimierung des Mitteleinsatzes des Bundes. Zwar ist in der KF kein Neugeschäft in Darlehen, Wertpapieren oder CDS-Sell-Positionen geplant, zum Zweck des aktiven Managements des Portfolios betreibt die KF aber weiterhin aktive Bankgeschäfte, insbesondere auf der Refinanzierungsseite, aber auch im Derivatbereich in Form von Zins- und FX-Absicherungsgeschäften sowie Portfolioabsicherungsmaßnahmen.

Rechtstechnisch erfolgte die Umstrukturierung durch eine Abspaltung des Kerngeschäftes der KA alt in die Tochtergesellschaft Kommunalkredit Depotbank AG (KDB) und Auskehrung der Anteile an die Eigentümer der KA. Die Kommunalkredit Depotbank AG wurde nach Durchführung der Spaltung in Kommunalkredit Austria AG umbenannt. Die KA alt mit dem nicht strategischen Geschäft wurde nach Durchführung der Abspaltung in KF umbenannt. Handels- und steuerrechtlicher Spaltungsstichtag war der 30.06.2009. Die Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch erfolgte am 28.11.2009. Damit wurde die Spaltung zivilrechtlich wirksam.

Die Republik Österreich hält 99,78 % der Anteile an der KF, die restlichen Anteile werden vom Österreichischen Gemeindebund gehalten. Die KF ist übergeordnetes Kreditinstitut einer Kreditinstitutsgruppe im Sinne des § 30 BWG. Die Erstellung eines Konzernabschlusses der KF nach IFRS erfolgt gemäß § 59a BWG.

Dieser Konzernabschluss wird beim Firmengericht des Handelsgerichts Wien hinterlegt.

2. Spaltung der KA alt

Die Spaltung hatte auf die Bilanz der KF folgende Auswirkungen:

Spaltungsbilanz per 30.06.2009 in EUR	Schlussbilanz zum 30.06.2009	Abgang aus Spaltung	Bilanz nach Spaltung
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken	413.340.116,6	0,0	413.340.116,6
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	170.127.377,3	138.578.556,1	31.548.821,2
3. Forderungen an Kreditinstitute*)	10.658.349.505,3	3.619.923.404,0	9.802.540.898,2
4. Forderungen an Kunden	12.046.136.397,0	9.920.866.017,2	2.125.270.379,8
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.343.836.343,7	1.874.857.925,9	4.468.978.417,8
a) von öffentlichen Emittenten	3.959.121.234,9	1.477.951.166,5	2.481.170.068,4
b) von anderen Emittenten	2.384.715.108,8	396.906.759,4	1.987.808.349,4
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	25.909.586,9	0,0	25.909.586,9
7. Beteiligungen	23.142,7	0,0	23.142,7
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	195.064.299,9	12.299.299,9	182.765.000,0
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	106.995,2	106.995,2	0,0
10. Sachanlagen	1.935.942,5	1.935.942,5	0,0
11. Sonstige Vermögensgegenstände	630.302.333,2	287.222.096,0	343.080.237,3
12. Rechnungsabgrenzungsposten	74.195.831,6	43.919.068,3	30.276.763,3
Aktiva	30.559.327.872,0	15.899.709.305,1	17.423.733.363,8

Spaltungsbilanz per 30.06.2009 in EUR	Schlussbilanz zum 30.06.2009	Abgang aus Spaltung	Bilanz nach Spaltung
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten*)	8.922.724.687,3	1.781.515.423,9	9.905.324.060,3
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.245.931.074,5	498.843.038,9	747.088.035,5
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	18.726.907.581,0	13.072.916.906,4	5.653.990.674,6
a) begebene Schuldverschreibungen	16.061.651.072,0	10.555.339.757,1	5.506.311.314,9
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	2.665.256.509,0	2.517.577.149,3	147.679.359,7
4. Sonstige Verbindlichkeiten	494.937.567,7	241.995.268,3	252.942.299,4
5. Rechnungsabgrenzungsposten	63.205.611,3	39.364.639,2	23.840.972,1
6. Rückstellungen	24.204.508,1	10.291.619,2	13.912.888,9
7. Nachrangige Verbindlichkeiten	268.844.521,8	66.044.889,5	202.799.632,3
8. Ergänzungskapital	208.375.133,3	50.364.269,7	158.010.863,6
9. Partizipationskapital	572.500.000,0	138.373.250,0	434.126.750,0
10. Gezeichnetes Kapital	22.346.025,0	0,0	22.346.025,0
11. Kapitalrücklagen	9.351.162,0	0,0	9.351.162,0
12. Gewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0
13. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG	0,0	0,0	0,0
14. Bilanzverlust/Gewinn	0,0	0,0	0,0
Passiva	30.559.327.872,0	15.899.709.305,1	17.423.733.363,8

*) Darin enthalten sind spaltungsbedingte Verrechnungen in Höhe von EUR 2.764.114.796,85.

Aufgrund der dargestellten Veränderung im Zusammenhang mit der Spaltung sind die Vergleichszahlen für Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung aus dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar.

3. Rekapitalisierung/Besserungsschein

Im Rahmen der Kapitalisierungsvereinbarung mit der Republik Österreich und der Kommunalkredit Austria AG vom 17.11.2009 verzichtete die KA gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Dieser Besserungsschein sichert der KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen der KF im Ausmaß des Verzichts Betrags zuzüglich einer Verzinsung zu. Weiters verzichtete die KF auf ihre Rechte aus der zum 31.12.2008 bestehenden Bürgschaft der Republik Österreich für bestimmte Vermögensgegenstände über max. EUR 1.207,9 Mio. Diese untrennbar miteinander verbundenen Maßnahmen stellen die KF wieder weitgehend wie vorher.

Der Ertrag aus dem Forderungsverzicht der KA wird im außerordentlichen Ertrag dargestellt, während der Wegfall der Bürgschaft und die daraus erforderlichen Wertberichtigungen in den Positionen 11 und 12 der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden. Aus dem Besserungsschein entstehen für die KF erst dann und insoweit Verpflichtungen, als ohne Besserungsschein ein Jahresüberschuss ausgewiesen werden würde, weshalb das gegenwärtige Vermögen nicht belastet ist und somit keine Verbindlichkeit oder Rückstellung anzusetzen ist.

4. Angewendete Rechnungslegungsvorschriften

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den relevanten Vorschriften des BWG (Bankwesengesetz) und den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des UGB (Unternehmensgesetzbuch) aufgestellt.

5. Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften

Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Weiters wurden die Bestimmungen des Abschnittes XII BWG unter Berücksichtigung der sich aus dem Unternehmensgesetzbuch ergebenden Ergänzungen berücksichtigt.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurden der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes insofern Rechnung getragen, als nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste bei der Bewertung berücksichtigt wurden.

Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden dem Anlagevermögen zugeordnet. Wertpapiere, die mit Handelsabsicht erworben werden, werden dem Handelsbuch zugeordnet. Wertpapiere, die weder dem Anlagevermögen noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden als Wertpapiere des Umlaufvermögens klassifiziert.

Grundsätzlich erfolgte die Bewertung mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips für das Anlagevermögen, des strengen Niederstwertprinzips für das Umlaufvermögen und des Höchstwertprinzips für Verbindlichkeiten.

Währungsumrechnung

Berichtswährung ist der Euro. Die auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden gemäß § 58 Abs. 1 BWG zu den von der Europäischen Zentralbank (EZB) bekannt gegebenen Devisenkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Noch nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit dem Nennwert angesetzt. Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Weiters wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr aus Gründen der Vorsicht in Anbetracht der besonderen bankgeschäftlichen Risikenpauschale Einzelwertberichtigungen gebildet.

Wertpapiere

Für Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bewertet werden und die ab dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden, wird vom Wahlrecht der zeitanteiligen Abschreibung von über dem Rückzahlungsbetrag liegenden Anschaffungskostenbeträgen Gebrauch gemacht. Die zeitanteilige Zuschreibungsmöglichkeit auf den höheren Rückzahlungsbetrag wird ebenfalls in Anspruch genommen. Wertpapiere des Anlagevermögens, die vor dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden und deren Anschaffungskosten über dem Rückzahlungsbetrag lagen, werden gemäß § 56 Abs. 2 BWG mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert. Waren die Anschaffungskosten dieser Wertpapiergruppe niedriger als der Rückzahlungsbetrag, so wird der Unterschiedbetrag, beginnend mit dem 01.01.2001, über die verbleibende Restlaufzeit verteilt.

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 56 Abs. 2 BWG (Unterschied zwischen dem höheren Anschaffungswert und dem Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere) beträgt zum 31.12.2009 EUR 23.185.275,30 (31.12.2008: EUR 42.696.919,09), der Unterschiedsbetrag gemäß § 56 Abs. 3 BWG (Unterschied zwischen dem niedrigeren Anschaffungswert und dem Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere) beträgt EUR 48.620.561,10 (31.12.2008: EUR 41.452.121,73). In den Wertpapieren des Anlagevermögens sind stille Lasten in Höhe von EUR 361.932.707,90 (31.12.2008: EUR 653.683.900,89) enthalten. Diese stellen sich wie folgt dar: Buchwert: EUR 3.543.717.651,09 (31.12.2008: EUR 6.229.633.682,68), beizulegender Zeitwert: EUR 3.181.784.943,19 (31.12.2008: EUR 5.575.949.781,79). Eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 204 Abs. 1 Z 2 UGB war nicht erforderlich, da die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist und bei diesen Wertpapieren mit keinem Ausfall der Emittenten gerechnet wird.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom Wahlrecht des § 208 Abs. 2 UGB, wonach ein niedrigerer Wertansatz auch bei Wegfall der Gründe einer Abschreibung beibehalten werden darf, wurde bisher Gebrauch gemacht, sodass Zuschreibungen über den Wertansatz des letzten Jahresresultimos nicht vorgenommen wurden. Zum 31.12.2009 erfolgte eine Änderung dieses Bilanzierungsgrundsatzes für Wertaufholungen. Dem Geschäftszweck (bestmögliche Verwaltung und Verwertung des bestehenden Portfolios unter Minimierung des Mitteleinsatzes des Bundes) der KF entsprechend steigt einerseits die Bedeutung des Umlaufvermögens und andererseits sollen – zur Vermittlung eines getreuen Bildes der Vermögens- und Ertragslage – Werterholungen im Umlaufvermögen periodengerecht zugeordnet und vorhandene stille Reserven – soweit möglich – nicht erst im Zeitpunkt der Veräußerung realisiert werden. Weiters spielen steuerliche Optimierungsüberlegungen aufgrund des erwähnten Geschäftszwecks und hoher bestehender Verlustvorträge nur untergeordnete Bedeutung. Aus diesen Gründen wird von der bisherigen Zuschreibungssystematik abgegangen und es werden, beginnend mit dem Jahresabschluss 2009, mögliche Zuschreibungen auf den beizulegenden Wert bis zu den Anschaffungskosten durchgeführt. Diese Änderung führt im Jahr 2009 zu einem positiven Effekt von EUR 12.167.503,04.

Wertpapiere des Handelsbestandes werden mit dem Tageswert am Bilanzstichtag bewertet. Für die übrigen Wertpapiere des Umlaufvermögens wird das strenge Niederstwertprinzip angewendet.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet, sofern nicht anhaltende Verluste oder verringertes Eigenkapital eine Abwertung auf das anteilige Eigenkapital oder auf den Ertragswert erforderlich machen.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Agio-/Disagioträge sowie bis zum Geschäftsjahr 2002 aktivierte Emissionskosten und Zuzahlungsprovisionen werden auf die Laufzeit der Schuld linear verteilt. Zerobonds werden nach der Nettomethode bilanziert.

Die im Zuge einer Emission anfallenden Kosten, die unmittelbar mit der Geldbeschaffung in Zusammenhang stehen, werden direkt in den Aufwand übernommen. Die weitere Differenz zwischen Emissionserlös und Rückzahlungsbetrag (Agio/Disagio) wird als Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert bzw. passiviert und als Zinskomponente über die Laufzeit ins Zinsergebnis linear verteilt.

Rückstellungen

Im Zuge der Spaltung wurde das Personal zur Gänze auf die KA übertragen. Somit waren zum 31.12.2009 keine Personalarückstellungen in der Gesellschaft zu bilden. Sonstige Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

Eventualverbindlichkeiten

Die Vorsorge für Risiken aus CDS-Verträgen, die nach UGB als Finanzgarantien dargestellt werden, erfolgt durch die Bildung von Rückstellungen für die konkreten Ausfallserwartungen nach den Grundsätzen der kaufmännischen Vorsicht. Zum Bilanzstichtag 2009 wird beim bestehenden Portfolio mit keinem Ausfall gerechnet. Für CDS-Buy-Positionen, die zur Absicherung von CDS-Sell- oder Wertpapierpositionen abgeschlossen wurden, wird im Falle von negativen Marktwerten bzw. aufgrund von durch den Hedge fixierten negativen Spreads eine Drohverlustrückstellung in Höhe von EUR 13.575.200,00 (31.12.2008: EUR 0,00) gebildet.

Derivate

Bei Swap-Geschäften, welche die Bank zur Absicherung gegen ihre Zinsänderungsrisiken abschließt, werden die mit den Kontrakten verbundenen Zinsansprüche laufzeitkonform abgegrenzt. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Zinskomponenten brutto dargestellt. Nachdem es sich ausschließlich um Absicherungsgeschäfte handelt, denen entsprechende Grundgeschäfte gegenüberstehen, war keine Drohverlustrückstellung erforderlich.

6. Erläuterungen zur Bilanz

Schuldtitel öffentlicher Stellen

Im Jahr 2010 werden keine Schuldtitel öffentlicher Stellen (2009: EUR 40.800.000,00) fällig. Analog zum Vorjahr waren am Bilanzstichtag sämtliche Schuldtitel öffentlicher Stellen dem Anlagevermögen gewidmet. In dieser Position sind keine nachrangigen Forderungen enthalten. Weiters sind in dieser Position keine Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Forderungen an Kreditinstitute

Die nicht täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2009	31.12.2008
a) bis 3 Monate	1.197.450.077,45	4.111.084.498,12
b) mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6.827.614.649,23	1.571.423.529,61
c) mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.436.383.682,04	3.213.642.933,30
d) mehr als 5 Jahre	537.246.461,87	1.135.920.752,37
e) Pauschale Einzelwertberichtigung	0,00	- 29.116.047,31
f) Bundesbürgschaft	0,00	29.116.047,31
g) Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	- 135.000.000,00	0,00
Summe	9.863.694.870,59	10.032.071.713,40

In der Position Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an verbundene Unternehmen in Höhe von EUR 7.551.943.673,92 (31.12.2008: EUR 6.420.472.689,45), keine Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (31.12.2008 EUR 19.996.488,75), sowie keine Forderungen aus Wechsel (31.12.2008: EUR 0,00) enthalten. Weiters wurde eine Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG im Ausmaß von EUR 135.000.000,00 (31.12.2008: EUR 0,00) gebildet.

2009 wurden sämtliche Bankenhilfspakete praktisch umgesetzt und es kam zu keinen weiteren Ausfällen im KF-Bankenportfolio. Auch als kritisch eingeschätzte Exposures entwickelten sich generell positiv, womit zum 31.12.2009 keine pauschalen Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kreditinstitute (31.12.2008: EUR 29.116.047,31) eingestellt wurden. Forderungen mit einem Volumen von EUR 114.623.892,56 (31.12.2008: EUR 113.758.882,36) sind nachrangig. In den Forderungen an Kreditinstitute sind Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften mit einem Nominale von EUR 1.335.247.558,00 (31.12.2008 EUR 1.805.000.000,00) enthalten. In dieser Position sind nicht börsennotierte Wertpapiere mit einem Buchwert von EUR 2.631.217.663,23 (31.12.2008: EUR 3.813.544.628,03) enthalten.

Forderungen an Kunden

Die Reduktion bei den Forderungen an Kunden ist spaltungsbedingt und wird im Detail unter Punkt 2 dargestellt.

Die nicht täglich fälligen Forderungen an Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2009	31.12.2008
a) bis 3 Monate	19.357.245,53	137.869.501,62
b) mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	59.047.087,32	298.725.569,74
c) mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	107.190.288,23	2.467.259.326,44
d) mehr als 5 Jahre	1.954.902.831,40	9.312.752.922,19
e) Pauschale Einzelwertberichtigung	- 28.990.978,71	- 61.609.243,69
f) Bundesbürgschaft	0,00	61.609.243,69
g) Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	- 23.000.000,00	0,00
Summe	2.088.506.473,77	12.216.607.319,99

In der Position Forderungen an Kunden sind keine Forderungen an verbundene Unternehmen (31.12.2008: EUR 0,00) und keine Forderungen aus Wechsel (31.12.2008: EUR 2.343.895,51) enthalten. Es bestanden wie im Vorjahr keine Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Weiters wurde eine Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG im Ausmaß von EUR 23.000.000,00 (31.12.2008: EUR 0,00) gebildet. Weiters wurden pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 28.990.978,71 (31.12.2008: EUR 61.609.243,69) eingestellt. Im Vorjahr wurde der errechnete Betrag durch die vom Bund eingeräumte Bürgschaft in gleicher Höhe wieder werthaltig gemacht. In dieser Position sind keine nachrangigen Forderungen enthalten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im Jahr 2010 Werte in Höhe von EUR 926.618.766,12 (2009: EUR 326.009.800,87) fällig. Am Bilanzstichtag war ein Volumen von EUR 4.027.591.602,57 (31.12.2008: EUR 5.430.519.161,66) dem Anlagevermögen sowie EUR 176.378.754,16 (31.12.2008: EUR 334.427.472,14) dem Umlaufvermögen gewidmet. Alle in der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Papiere sind börsennotiert. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Marktwert und dem Bilanzwert der Wertpapiere des Umlaufvermögens beträgt EUR 2.590.480,01 (31.12.2008: EUR 1.000.592,22).

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 56 Abs. 2 BWG (Unterschied zwischen dem höheren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere) beträgt zum 31.12.2009 EUR 18.684.829,60 (31.12.2008: EUR 31.581.373,19), der Unterschiedsbetrag gemäß § 56 Abs. 3 BWG (Unterschied zwischen dem niedrigeren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere) beträgt EUR 35.146.091,99 (31.12.2008: EUR 36.049.845,12). Eigene Emissionen werden im Nominale von EUR 800.000.000,00 in dieser Position ausgewiesen. Weiters wurden pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 2.452.676,92 (31.12.2008: EUR 3.184.709,00) eingestellt. Im Vorjahr wurde der errechnete Betrag durch die vom Bund eingeräumte Bürgschaft in gleicher Höhe wieder werthaltig gemacht. Weiters wurde eine Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG im Ausmaß von EUR 7.000.000,00 (31.12.2008: EUR 0,00) gebildet. Forderungen mit einem Volumen von EUR 30.760.436,65 (31.12.2008: EUR 31.017.605,15) sind nachrangig.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Das am Bilanzstichtag vorhandene Volumen von EUR 2.707.590,00 (31.12.2008: EUR 67.593.702,10) ist zur Gänze dem Umlaufvermögen gewidmet. Alle im laufenden Geschäftsjahr in der Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Papiere sind wie im Vorjahr börsennotiert. Es besteht wie im Vorjahr kein Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem höheren Marktwert der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere. Der Fonds mit einem Nominale von EUR 5.415.180,00 wurde zum 31.12.2009 mit 50 % wertberichtigt. In dieser Position sind keine nachrangigen Forderungen enthalten. Weiters sind in dieser Position keine Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Zusammensetzung der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (sämtliche sind nicht börsennotiert) einschließlich der Darstellung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ist Anhang 2 zu entnehmen. Die Beteiligung an der Kommunalkredit International Bank Ltd („KIB“) wurde mangels Werthaltigkeit zur Gänze abgeschrieben.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die Entwicklung der Sachanlagen und der immateriellen Vermögensgegenstände wird im Anlagenspiegel (Anhang 1) dargestellt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Position Sonstige Vermögensgegenstände beinhaltet folgende wesentliche Posten: Zinsabgrenzungen von Derivaten des Bankbuches in Höhe von EUR 569.958.884,88 (31.12.2008: EUR 525.132.541,45), Fremdwährungsbewertungen von Derivaten im Bankbuch in Höhe von EUR 202.370.409,46 (31.12.2008: EUR 512.553.641,76) und Forderungen gegenüber der KA in Höhe von EUR 48.840.816,16 (31.12.2008: EUR 0,00). In der Position Sonstige Vermögensgegenstände sind Erträge in Höhe von EUR 570.092.843,72 (31.12.2008: EUR 531.289.658,04) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten hauptsächlich aktivierte Ausgabedisagios von begebenen Schuldverschreibungen in Höhe von EUR 20.089.415,72 (31.12.2008: EUR 54.085.706,46) bzw. abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften in Höhe von EUR 37.215.110,95 (31.12.2008: EUR 16.173.718,54).

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die nicht täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2009	31.12.2008
a) bis 3 Monate	4.249.909.034,54	9.138.534.149,76
b) mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.382.051.410,36	825.282.520,72
c) mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	125.000.000,00	160.296.036,60
d) mehr als 5 Jahre	604.707.760,66	990.261.214,81
Summe	8.361.668.205,56	11.114.373.921,89

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind EUR 12.572.227,43 (31.12.2008: EUR 46.720.995,12) gegenüber verbundenen Unternehmen sowie keine Verbindlichkeiten (31.12.2008: EUR 41.300.000,00) gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die nicht täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2009	31.12.2008
a) bis 3 Monate	3.775,28	472.125.759,69
b) mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	35.214.138,75	0,00
c) mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,00	78.000.000,00
d) mehr als 5 Jahre	36.404.084,57	431.954.869,14
Summe	71.621.998,60	982.080.628,83

In der Position Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind EUR 1.431.670,88 (31.12.2008: EUR 2.789.562,86) an Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Jahr 2010 werden von den begebenen Schuldverschreibungen Werte in Höhe von EUR 1.218.509.032,08 (2009: EUR 2.776.883.614,68), von den anderen verbrieften Verbindlichkeiten EUR 682.624.413,73 (2009: EUR 526.726.033,54) fällig. Sämtliche fundierte Emissionen (Nominale 31.12.2008: EUR 8.412.115.406,00) wurden im Zuge der Spaltung an die KA übertragen. In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten. Weiters sind in dieser Position zehn staatsgarantierte Eigenemissionen mit einem Gesamtnominale von EUR 6.769.704.286,08 enthalten, wovon eine Emission in CHF, eine Emission in JPY und die restlichen acht in EUR begeben wurden.

Sonstige Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind als wesentlichste Positionen Zinsabgrenzungen von Derivaten in Höhe von EUR 550.825.599,80 (31.12.2008: EUR 534.726.033,54) sowie Fremdwährungsbewertungen von Derivaten im Bankbuch in Höhe von EUR 219.473.253,81 (31.12.2008: EUR 155.499.036,85) enthalten. In der Position Sonstige Verbindlichkeiten sind Aufwendungen in Höhe von EUR 550.924.783,75 (31.12.2008: EUR 536.640.230,17) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passive Rechnungsabgrenzung beinhaltet im Wesentlichen über die Laufzeit abgegrenzte CDS-Gebühren in Höhe von EUR 1.427.073,32 (31.12.2008: EUR 1.744.413,40) sowie Gebühren für Derivate in Höhe von EUR 48.483.652,34 (31.12.2008: EUR 54.273.851,60).

Rückstellungen

Die übrigen Sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für die drohende Inanspruchnahme aus Credit Default Swaps in Höhe von EUR 926.313,00 (31.12.2008: EUR 69.926.554,06), Rückstellungen für Prüfungs-, Rechts- und Beratungsaufwand in Höhe von EUR 1.577.650,07 (31.12.2008: EUR 780.195,72) sowie aus drohenden Verlusten aus CDS-Absicherungsverträgen in Höhe von EUR 13.575.200,00 (31.12.2008: EUR 0,00).

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten stellen sich per 31.12.2009 wie folgt dar:

WP-Kennnummer	Zinssatz	Laufzeit bis	Währung	Nominale in EUR	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
AT0000329768Z	6,25 %	12.03.2012	EUR	4.360.369,80	Ausgeschlossen	Keine
AT0000329941Z	5,5 %	23.07.2013	EUR	10.900.924,50	Ausgeschlossen	Keine
AT0000441209Z	5 %	27.02.2024	EUR	20.000.000,00	Emittent	Keine
XS0140045302Z	6,08 %	13.12.2018	EUR	19.500.000,00	Emittent	Keine
XS0144772927Z	6,46 %	27.03.2022	EUR	5.000.000,00	Emittent	Keine
XS0185015541Z	5,43 %	13.02.2024	EUR	20.000.000,00	Emittent	Keine
XS0255270380Z	3,37 %	07.06.2021	EUR	5.000.000,00	Ausgeschlossen	Keine
XS0267751245	1,002 %	20.09.2016	EUR	30.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	Keine
XS0279423775	4,44 %	20.12.2030	EUR	35.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	Keine
XS0286975973	0,914 %	28.02.2017	EUR	40.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	keine
XS0257275098Z	4,9 %	23.06.2031	EUR	10.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	Keine
				199.791.294,30		

Im Jahr 2010 wird keine Emission (2009: EUR 0,00) fällig. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen des § 23 (8) BWG. In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Ergänzungskapital

Das Ergänzungskapital stellt sich per 31.12.2009 wie folgt dar:

WP-Kennnummer	Zinssatz	Laufzeit bis	Währung	Nominale in EUR	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
181700900067Z	3,50 %	20.12.2044	EUR	60.664.000,00	Emittent	Keine
AT0000320890Z	5,875 %	19.11.2012	EUR	5.687.250,00	Ausgeschlossen	Keine
AT0000329966Z	5,1875 %	30.09.2011	EUR	1.102.156,14	Ausgeschlossen	Keine
AT0000329966Z	5,1875 %	30.09.2011	EUR	7.164.014,91	Ausgeschlossen	Keine
XS0270579856	1,33 %	25.10.2021	EUR	18.957.500,00	Emittent	Keine
XS0284217709	4,26 %	08.02.2019	EUR	7.583.000,00	Ausgeschlossen	Keine
				101.157.921,05		

In dieser Position sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (KIB) in Höhe von EUR 60.722.978,89 enthalten. Im Zuge der Spaltung wurde das Ergänzungskapital, wie alle Genussrechte, im Verhältnis 75,83 % zu 24,17 % zwischen KF und KA aufgeteilt, sodass die Position der Inhaber dieser Rechte nach Eintragung der Spaltung im Firmenbuch wirtschaftlich ihrer Position vor der Spaltung zumindest entspricht. Den Inhabern wurden daher im Zuge der Spaltung gleichwertige Rechte iSd § 15 Abs. 5 SpaltG gewährt. Zwei Emissionen im Nominale von je 3.791.500.000,00 JPY wurden im Oktober 2009 rückgekauft. Der auf die KF entfallende Ertrag von EUR 42.636.254,60 wird unter Ziffer 12 der Gewinn- und Verlustrech-

nung ausgewiesen. Zum 31.12.2009 befand sich kein Ergänzungskapital aus eigenen Emissionen (31.12.2008: EUR 0,00) im Bestand der Bank. Im Jahr 2010 wird keine Emission (2009: EUR 0,00) fällig. Für Ergänzungskapitalanleihen, die vertraglich keine Vereinbarung enthalten, dass der Zinskupon kumulativ ausgestaltet ist, wird aufgrund des negativen Ergebnisses 2009 im Geschäftsjahr 2010 für den Zinskupon keine Verbindlichkeit angesetzt. Das Ergänzungskapital erfüllt die Bedingungen des § 23 (7) BWG. Aufgrund des negativen Jahresergebnisses vor Rücklagenbewegung erfolgt 2010 keine Zahlung von gewinnabhängigen Kupons. Dies wurde bereits in der Ad-hoc-Meldung vom 17.11.2009 avisiert.

Partizipationskapital

Das Partizipationskapital bestand zum 31.12.2008 aus zwei in EUR begebenen Emissionen im Nominale von EUR 200.000.000,00. 2009 wurde eine Emission in Höhe von EUR 372.500.000,00 im Zuge des Eigentümerwechsels 2008 von den ehemaligen Eigentümern Österreichische Volksbanken-AG sowie Dexia Crédit Local durch Wandlung von Teilen ihres unbesicherten Obligos (VBAG: EUR 172.500.000,00; Dexia: EUR 200.000.000,00) gezeichnet. Letztgenanntes Partizipationskapital, welches mit einer Dividende von 8 % ausgestattet ist, wurde mit dem Closing am 05.01.2009 gezeichnet und ist mit 09.01.2009 wirksam.

Im Zuge der Spaltung wurden alle Genussrechte im Verhältnis 75,83 % zu 24,17 % zwischen KF und KA aufgeteilt, sodass die Position der Inhaber dieser Rechte nach Eintragung der Spaltung im Firmenbuch wirtschaftlich ihrer Position vor der Spaltung zumindest entspricht. Den Inhabern des Partizipationskapitals wurden daher im Zuge der gegenständlichen Spaltung gleichwertige Rechte iSd § 15 Abs. 5 SpaltG gewährt. Die Aufteilung ergab somit eine Abspaltung von EUR 138.373.250,00, womit in der KF ein Nominale von EUR 434.126.750,00 verbleibt. Das Partizipationskapital entspricht aufgrund seiner Ausstattung den Bestimmungen des § 23 Abs. 4 BWG und ist dem Kernkapital der Bank zuzurechnen. Mangels ausschüttungsfähigem Gewinn nach Zuweisung der gesetzlichen Haftrücklage in der Einzelbilanz der KF nach BWG wird das Partizipationskapital 2010 (für den Zeitraum 2009) nicht bedient werden. Dies wurde bereits in der Ad-hoc-Meldung vom 17.11.2009 avisiert.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital beläuft sich auf EUR 22.346.025,00 und ist in 307.500 Stückaktien eingeteilt. Die Aktien lauten auf Inhaber, jede Stückaktie repräsentiert einen Wert von EUR 72,67 am Grundkapital. Sämtliche Anteile sind voll einbezahlt. Aufgrund eines Beschlusses der 16. außerordentlichen Hauptversammlung vom 27.09.2005 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis 26.09.2010 durch Ausgabe neuer Aktien einmalig oder mehrmalig um insgesamt höchstens EUR 8.175.375,00 zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Nach einer teilweisen Ausnützung des genehmigten Kapitals im Jahr 2006 wurde das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrates vom 05.12.2007 am 03.01.2008 in weiterer Inanspruchnahme des genehmigten Kapitals um EUR 3.815.175,00 auf EUR 22.346.025,00 erhöht und das dabei erzielte Agio von EUR 162.949.500,00 den gebundenen Kapitalrücklagen zugewiesen. Nach dieser Erhöhung besteht ein bis 26.09.2010 ausnützbare genehmigtes Kapital von EUR 2.180.100,00. Zum 31.12.2009 und während des Geschäftsjahres befanden sich keine eigenen Aktien im Bestand der KF.

Kapitalrücklage

a) Gebundene Kapitalrücklage

Im Zuge der Spaltung wurde die gebundene Kapitalrücklage zur Abdeckung des bis zum 30.06.2009 entstandenen Bilanzverlustes in Höhe von EUR 332.088.762,37 aufgelöst.

b) Nicht gebundene Kapitalrücklage

Im Dezember 2009 wurde entsprechend den Bestimmungen der Rekapitalisierungsvereinbarung ein Darlehen der Republik Österreich in Höhe von EUR 60 Mio. zur Wahrung der vertraglich verpflichteten Kapitalausstattung von 7 % Tier 1 in einen Gesellschafterzuschuss gewandelt. Dieser Gesellschafterzuschuss wurde erfolgsneutral in die nicht gebundene Kapitalrücklage eingestellt und wirkt somit eigenkapitalerhöhend.

Gewinnrücklage

Im Zuge der Spaltung wurden die gesetzliche Gewinnrücklage (EUR 1.485.171,11) sowie die freie Rücklage (EUR 52.018.932,45) zur Abdeckung des bis zum 30.06.2009 entstandenen Bilanzverlustes aufgelöst. Zum Bilanzstichtag wurde die freie Gewinnrücklage in Höhe von EUR 118.551.020,86 dotiert.

Hafrücklage

Im Zuge der Spaltung wurde die Hafrücklage zur Abdeckung des bis zum 30.06.2009 entstandenen Bilanzverlustes in Höhe von EUR 76.091.088,46 aufgelöst. Zum Bilanzstichtag wurde diese in Höhe von EUR 76.091.088,46 dotiert.

7. Positionen unter der Bilanz

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Credit Default Swaps (CDS) in Höhe von EUR 7.916.530.778,79 (31.12.2008: EUR 6.032.159.179,62). Der Anstieg der CDS im Jahr 2009 resultiert ausschließlich aus internen Überträgen von der KIB auf die KF im Nominale von EUR 3,48 Mrd. Im Zuge der Umsetzung von Risikoabbaumaßnahmen wurde das CDS-Portfolio im Geschäftsjahr 2009 auf Gruppenebene um rund EUR 1,63 Mrd. aktiv abgebaut.

Die Credit Default Swaps weisen zum 31.12.2009 einen negativen Marktwert von EUR 425.285.448,07 (31.12.2008: EUR 629.475.561,16) auf. Weiters werden Haftungskredite von EUR 100.000.000,00 (31.12.2008: EUR 323.425.618,07) ausgewiesen. Als Sicherheit für Verbindlichkeiten Dritter wurden zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres keine Forderungen gegenüber Kreditinstituten oder andere Gläubiger verpfändet. Als Sicherheiten aus ISDA-/CSA-Vereinbarungen wurden Guthaben bei Kreditinstituten mit einem Nominale von EUR 1.335.247.588,00 gestellt.

Kreditrisiken

Die Kreditrisiken betreffen offene Rahmen und Promessen in Höhe von EUR 36.455.241,74 (31.12.2008 : EUR 782.571.521,21). Zum 31.12.2009 bestehen keine Verpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften (31.12.2008: EUR 92.429.336,95).

8. Ergänzende Angaben

Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf fremde Währung lauten

In der Bilanz sind Aktiva, die auf fremde Währung lauten, in Höhe von EUR 5.037.351.642,39 (31.12.2008: EUR 8.357.620.385,58) enthalten. Die Passiva in fremder Währung betragen EUR 3.074.281.839,92 (31.12.2008: EUR 8.214.651.717,71).

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte

Zur Absicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken wurden folgende am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte im Bankbuch eingegangen:

31.12.2009 in EUR	Kaufkontrakt	Verkaufkontrakt	Marktwert	Sonstige Forderung	Sonstige Verbindlichkeit
Zinsswaps	52.279.265.222	52.279.265.222	-391.868.874	558.744.904	538.885.373
davon strukturiert	8.233.848.425	8.233.848.425	-41.615.253	47.034.503	48.377.057
Zins-/Währungsswaps	2.638.620.919	2.601.586.761	26.419.772	11.213.981	11.940.226
davon strukturiert	51.058.397	48.157.232	-5.481.711	41.719	541.655
Währungsswaps	7.692.020.673	7.635.140.089	-54.330.441	1.500.278	2.588.742
Optionen	1.000.000.000	1.000.000.000	0	0	0
CDS *)	0	0	0	0	0
Summe	63.609.906.814	63.515.992.072	-419.779.543	571.459.163	553.414.341

*) Hiebei handelt es sich um keine Finanzgarantien.

31.12.2008 in EUR Mio.	Kaufkontrakt	Verkaufkontrakt	Marktwert	Sonstige Forderung	Sonstige Verbindlichkeit
Zinsswaps	34.749	34.748	-1.449	511	517
davon strukturiert	7.460	7.460	-381	71	51
Zins-/Währungsswaps	2.327	2.185	76	14	18
davon strukturiert	53	53	-10	0	0,7
Währungsswaps	5.914	5.704	210	1,6	5,9
Optionen	1.000	1.000	0	0	0
CDS *)	0	180	-15	0	0
Summe	43.990	43.817	-1.178	526,6	540,9

*) Hiebei handelt es sich um keine Finanzgarantien.

Für die Ermittlung der Marktwerte werden bei Swap-Geschäften die Barwertmethode (Abzinsung der zukünftigen Zahlungsströme), für die Bewertung von Optionen des Bankbuches der Hull-White-Modellansatz und für CDS Marktpreise verwendet. Die Bewertung der Swaps erfolgt ebenfalls durch ein internes Bewertungsmodell auf Grundlage der Discounted-Cashflow-Methode unter Berücksichtigung aktueller Zinskurven.

Die Bewertung von Optionen erfolgt grundsätzlich zu aktuellen Börsenkursen. Sofern solche nicht vorliegen, werden die Optionen bzw. Optionskomponenten mithilfe geeigneter Optionsbewertungsmodelle bewertet.

Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten

Die Aufwendungen für sämtliche nachrangigen Verbindlichkeiten (einschließlich Ergänzungskapital) betragen im Berichtsjahr 2009 EUR 8.442.845,52 (31.12.2008: EUR 19.688.643,84).

Handelsbuch

Zum Bilanzstichtag 2009 befinden sich keine Finanzinstrumente der Gesellschaft im Handelsbuch.

Treuhandvermögen

In der Position Forderungen an Kunden sind Wertpapiere, welche die KF im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung hält, mit einem Buchwert von EUR 27.504.083,43 (31.12.2008: EUR 26.981.076,57) enthalten. Der passivseitige Ausweis der Gegenposition erfolgt in gleicher Höhe unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Sonstige Verpflichtungen

In dem unter Punkt 3 „Rekapitalisierung“ beschriebenen Besserungsschein verpflichtet sich die KF, zukünftig erwirtschaftete Jahresüberschüsse an die KA auszuschütten, bis der Besserungsschein vollständig (EUR 1.000.000.000,00. + angelaufene Zinsen, das sind zum 31.12.2009 EUR 1.003.702.777,78) bedient wurde.

Im Zusammenhang mit der Abspaltung des Kernbankbetriebes der KA alt auf die KA besteht nach dem Spaltungsgesetz eine Haftung für die bis zur Eintragung der Spaltung im Firmenbuch des Handelsgerichts Wien (28.11.2009) begründeten Verbindlichkeiten. Aufgrund der vom SpaltG normierten gesamtschuldnerischen Haftung haftet die KF als Gesamtschuldner für Verbindlichkeiten, die bis zur Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch entstanden sind und als dem Kernbankgeschäft zugeordnete Verbindlichkeiten auf die KA abgespalten wurden, bis zur Höhe des ihr im Rahmen der Spaltung zugewiesenen Nettoaktivvermögens (Wert der zurückbehaltenen Vermögensgegenstände abzüglich der zurückbehaltenen Verbindlichkeiten wie in Punkt 2 „Spaltung der KA alt“ dargestellt).

Mit der Bürgschaftsvereinbarung vom 17.11.2009 übernahm der Bund gegenüber der KA die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtungen einer Zweckgesellschaft aus der Put-Vereinbarung über den Besserungsschein mit Wirkung zum 30.11.2009. Die Haftung hat eine Laufzeit von drei Jahren. Für die Haftungsübernahme des Bundes gegenüber der KA hat die KF als wirtschaftlich Begünstigte der Haftung ab Wirksamwerden der Haftung ein Entgelt in Höhe von 10 % p. a. vom jeweils verbürgten Betrag an den Bund zu entrichten.

Die KF ist gemäß § 93 BWG zur anteiligen Sicherung der Einlagen im Rahmen der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien, verpflichtet. Aufgrund von Mietverträgen ergeben sich im Jahr 2010 Verpflichtungen in Höhe von EUR 126.000,00. Die entsprechenden Verpflichtungen für die Jahre 2011 bis 2015 betragen voraussichtlich EUR 693.000,00.

Latente Steuern

Zum Bilanzstichtag waren keine aktivierungsfähigen aktiven, latenten Steuern (31.12.2008: EUR 249.814,36) vorhanden.

9. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung der KF nach UGB umfasst das Ergebnis der KA alt (Gesamtbank vor Spaltung) von Jänner bis Juni 2009 und das Ergebnis des nicht abgespaltenen Restvermögens von Juli bis Dezember 2009.

1) Die wesentlichen GuV-Positionen stellen sich zum 31.12.2009 wie folgt dar (in EUR):

Zinsen und ähnliche Erträge	
Kreditgeschäft	274.491.138,13
Bankveranlagungen	174.729.681,51
festverzinsliche Wertpapiere	203.320.026,97
Swap-Ertrag	1.224.735.366,40
Summe Zinserträge	1.877.276.213,01

Zinsen und ähnliche Aufwendungen	
mit Banken	-168.991.126,18
mit Nichtbanken	-27.202.738,69
Eigene Emissionen	-347.069.625,99
Swap-Aufwand	-1.323.383.934,70
Summe Zinsaufwendungen	-1.866.647.425,56

Provisionserträge	
Kreditgeschäft	22.511.385,38
Wertpapiergeschäft	91.773,80
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	254.210,65
Summe Provisionserträge	22.857.369,83

Provisionsaufwendungen	
Kreditgeschäft	-10.942.323,70
Wertpapiergeschäft	-154.817.214,79
darunter:	
Haftungsentgelt Bundesbürgschaft	-96.253.641,50
Spesen Besserungsschein	-8.686.114,38
Haftungsentgelt für Staatsgarantierte Eigenemissionen	-48.891.217,18
Geld- und Devisenhandel	-605.316,90
Summe Provisionsaufwendungen	-166.384.855,39

Zum 31.12.2008 stellten sich die wesentlichen GuV-Positionen wie folgt dar (in EUR):

Zinsen und ähnliche Erträge	
Kreditgeschäft	549.868.384,77
Bankveranlagungen	348.541.659,65
festverzinsliche Wertpapiere	282.899.718,14
Swap-Ertrag	1.504.067.060,55
Summe Zinserträge	2.685.376.823,11

Zinsen und ähnliche Aufwendungen	
mit Banken	-341.981.509,92
mit Nichtbanken	-48.604.283,16
Eigene Emissionen	-634.456.858,18
Swap-Aufwand	-1.596.566.195,06
Summe Zinsaufwendungen	-2.621.608.846,32

Provisionserträge	
Kreditgeschäft	15.745.340,73
Wertpapiergeschäft	323.536,72
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	225.765,93
Summe Provisionserträge	16.294.643,38

Provisionsaufwendungen	
Kreditgeschäft	-4.749.509,15
Wertpapiergeschäft	-3.802.506,04
darunter:	
Haftungsentgelt Bundesbürgschaft	-330.928,00
Spesen Besserungsschein	0,00
Haftungsentgelt für Staatsgarantierte Eigenemissionen	-2.512.893,90
Geld- und Devisenhandel	-697.071,34
Summe Provisionsaufwendungen	-9.249.086,53

2) Für die Dexia Kommunalkredit Bank AG, für die Kommunalkredit Public Consulting GmbH und die Kommunalkredit Dexia Asset Management AG werden Leistungen aufgrund von abgeschlossenen Service Level Agreements von Mitarbeitern/innen der KA erbracht. Die angefallenen Personal- und Sachaufwendungen (direkte und indirekte) werden zeitanteilig weiterverrechnet. Im Zuge der Spaltung gingen sämtliche Mitarbeiter/innen auf die KA über, wodurch seit diesem Zeitpunkt keine Verrechnungen seitens der KF anfallen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wird die Weiterverrechnung im Sonstigen betrieblichen Erfolg dargestellt (in den Vorjahren erfolgte die Darstellung netto gegen die entsprechenden Aufwandspositionen). Bis zur Spaltung fielen EUR 4.246.139,15 an Weiterverrechnung an.

In der Position Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen sind Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von EUR 36.790,95 (2008: EUR 217.490,51) enthalten.

3) Das Bewertungsergebnis (Position 11 und 12 der Gewinn- und Verlustrechnung) in Höhe von EUR -1.091.023.363,10 (31.12.2008: EUR -380.545.526,82) setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

in EUR	
Wertberichtigung Aktiva, die 2008 durch die Bürgschaft gedeckt waren	- 287.361.400,79
Abschreibung von KIB-Refinanzierungsforderungen	- 423.391.511,28
Abschreibung des KIB-Beteiligungsansatzes	- 182.723.480,21
Vorsorge nach § 57 Abs. 1 BWG	-165.000.000,00
Abbau CDS-Positionen	- 38.039.337,84
Pauschale Einzelwertberichtigung	- 31.443.655,63
Bildung von zusätzlichen Risikovorsorgen	- 12.125.869,24
Rückkauf Ergänzungskapital	+ 42.636.254,60
Sonstige Bewertungen	+ 6.425.637,29
Summe	- 1.091.023.363,10

Zum 31.12.2008 setzte sich das Bewertungsergebnis im Wesentlichen wie folgt zusammen:

in EUR	
Abschreibung Beteiligung Dexia Kommunalkredit Bank AG	- 154.965.956,66
Abschreibung Beteiligung Kommunalkredit International Bank Ltd	- 52.000.000,00
Verkäufe/Tilgungen von Wertpapieren des Anlagevermögens	- 16.285.365,00
Rückstellungen bzw. vorzeitige Auflösungen von Credit Default Swaps (im Wesentlichen „Self-Referencing Republik Österreich“)	- 80.909.600,85
Bewertung von Wertpapieren des Umlaufvermögens	- 20.431.030,31

4) Außerordentlicher Ertrag

Der Ertrag aus dem Verzicht der KA auf bestehende Geldmarktforderungen in Höhe von EUR 1.000.000.000,00 wird im außerordentlichen Ertrag dargestellt (weitere Details sind unter Punkt 3 „Rekapitalisierung“ dargestellt).

5) Gemäß § 237 UGB teilen sich die Umsatzerlöse der Bank zum 31.12.2009 auf folgende geografische Märkte auf:

	Zinsen und ähnliche Erträge	Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen
Österreich	610.442.026,57	405.500,00
Westeuropa	835.804.308,87	0,00
Zentral- und Osteuropa	274.443.213,60	0,00
Übrige Welt	156.586.663,97	0,00
Summe	1.877.276.213,01	405.500,00

	Provisionserträge	Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften
Österreich	1.091.517,53	-12.018.006,64
Westeuropa	5.884.636,32	-1.209.431,40
Zentral- und Osteuropa	10.961.163,62	0,00
Übrige Welt	4.920.052,36	0,00
Summe	22.857.369,83	-13.227.438,04

	Sonstige betriebliche Erträge
Österreich	5.024.334,78
Westeuropa	360.096,17
Zentral- und Osteuropa	75.617,19
Übrige Welt	0,00
Summe	5.460.048,14

Zum 31.12.2008 teilten sich die Umsatzerlöse der Bank wie folgt auf:

	Zinsen und ähnliche Erträge	Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen
Österreich	797.682.483,40	1.736.346,16
Westeuropa	1.175.109.304,71	6.445.645,11
Zentral- und Osteuropa	404.253.797,96	0,00
Übrige Welt	308.331.237,05	0,00
Summe	2.685.376.823,11	8.181.991,27

	Provisionserträge	Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften
Österreich	1.364.957,20	178.333,70
Westeuropa	4.719.031,68	33.136,47
Zentral- und Osteuropa	7.593.558,01	0,00
Übrige Welt	2.617.096,49	110.306,16
Summe	16.294.643,38	321.776,33

	Sonstige betriebliche Erträge
Österreich	848.858,34
Westeuropa	423.244,36
Zentral- und Osteuropa	92.634,73
Übrige Welt	0,00
Summe	1.364.737,43

6) Steueraufwand

Der auf das Geschäftsjahr entfallende Steueraufwand betrifft ausschließlich den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb.

10. Angaben über Organe

1) Bezüge, Vorschüsse und Kredite an Vorstand und Aufsichtsrat, Haftungen für diese Personen

Gesamtbezüge in EUR	2009	2008
Aktive Vorstandsmitglieder	390.934,29	1.115.178,69
Aktive Aufsichtsratsmitglieder	0,00	20.000,00
Frühere Vorstandsmitglieder	142.944,23	278.327,31
	533.878,52	1.393.506,00

Aufwendungen für Abfertigungen, Pensionen (einzel) und Sonstige in EUR	2009	2008
Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte	66.380,83	-182.046,74
Andere Arbeitnehmer/innen	265.588,26	16.168,23
	331.969,09	-165.878,51
Sonstige Aufwendungen	103.391,75	0,00

Zum 31.12.2009 waren wie zum 31.12.2008 keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats aushaftend. Für diese Personen bestanden auch keine Haftungen der KF.

2) Mitglieder des Vorstandes

Mag. Alois Steinbichler, Vorsitzender des Vorstandes
Mag. Andreas Fleischmann, Mitglied (seit 01.02.2009)
Pierre Vérot (bis 30.04.2009)

3) Mitglieder des Aufsichtsrates

Kommerzialrat Dr. Klaus Liebscher, Vorsitzender (seit 08.01.2009)
Kommerzialrat Adolf Wala, Stellvertretender Vorsitzender (seit 08.01.2009)
Präsident Helmut Mödlhammer (seit 08.01.2009)
Mag. Werner Muhm (seit 08.01.2009)
Dipl.-Ing. Herbert Paierl (seit 08.01.2009)
Mag. Georg Schöppl (seit 08.01.2009)
Franz Hofer - vom Betriebsrat nominiert
Christine Sipek – vom Betriebsrat nominiert
Dipl.-Ing. Martin Öhlknecht - vom Betriebsrat nominiert
Astrid Sukup – vom Betriebsrat nominiert (bis 07.01.2009)

Staatskommissär

Dr. Peter Braumüller, Staatskommissär
Mag. Wolfgang Nitsche, Staatskommissär-Stellvertreter

Regierungskommissär

Als Regierungskommissäre für die Depotverwaltung des Deckungsstockes für fundierte Schuldverschreibungen waren für das abgelaufene Geschäftsjahr bestellt:

Dr. Heinrich Traumüller, Regierungskommissär (bis 17.11.2009)
Dr. Peter Braumüller, Regierungskommissär-Stellvertreter (bis 17.11.2009)

11. Bilanzergebnis

Der zum 31.12.2009 ausgewiesene Bilanzverlust in Höhe von EUR 345.780.606,63 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

12. Konzernbeziehungen

Die KF befindet sich zu 99,78 % im Besitz der Republik Österreich. Die restlichen 0,22 % sind im Eigentum des Österreichischen Gemeindebundes.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, 8. April 2010

Anlagenspiegel gem. § 226 (1) UGB per 31. Dezember 2009 (Anhang 1)

Anlagenspiegel 2009 in EUR 1.000	Stand 01.01.2009 *)	Anschaffungskosten		
		Zugänge	Abgänge	Abgänge aus Spaltung
Schuldtitle öffentlicher Stellen	75.382.820,90	89.354.388,47	0,00	133.906.105,00
Forderungen an Kreditinstitute	3.590.166.122,93	0,00	668.291.365,69	44.000.000,00
Forderungen an Kunden	2.731.032.714,36	3.462.057,20	60.180.711,80	1.151.182.745,74
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.327.332.227,05	874.660.654,32	465.944.989,80	1.728.881.414,65
Beteiligungen	154.966.100,33	23.000,00	154.965.957,66	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	247.064.299,94	723.480,21	0,00	12.299.299,94
Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	3.525.020,68	0,00	0,00	3.525.020,68
Sachanlagen		0,00	0,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.510.002,13	27.717,57	166.861,94	2.370.857,76
	12.131.979.308,32	968.251.297,76	1.349.549.886,90	3.076.165.443,77

*) Nach Währungsumrechnung.

Zusammensetzung der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen zum 31. Dezember 2009 (Anhang 2)

Name und Sitz in EUR 1.000	Kapitalanteil in % 31.12.2009	Eigenkapital iSd § 224 UGB 31.12.2009
I. Beteiligungen		
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien	0,10 %	- ¹⁾
ARZ Volksbanken Holding GmbH, Wien	0,03 %	- ¹⁾
SALEM Beteiligungsverwaltung zwölfte GmbH, Wien	100,00 %	- ¹⁾
II. Anteile an verbundenen Unternehmen		
Kommunalkredit International Bank Ltd, Limassol (CY) ¹⁾	100,00 %	-622.712,0
Kommunalkredit Dexia Asset Management AG, Wien ²⁾	51,00 %	1.567,0

*) Abschluss erfolgt ausschließlich nach IFRS.

1) Wegen Unwesentlichkeit nicht dargestellt.

2) In Liquidation.

	Stand 31.12.2009	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31.12.2009	Buchwerte		
				Buchwert 31.12.2008	Abschreibungen 2009	Zuschreibungen 2009
	30.831.104,37	151.843,11	30.679.261,26	76.216.918,96	151.383,75	0,00
	2.877.874.757,23	235.347,17	2.877.639.410,06	3.589.996.589,13	78.552,24	6.070,00
	1.523.131.314,02	-3.885.289,97	1.527.016.603,99	2.732.407.985,20	198.364,84	1.453.942,04
	4.007.166.476,92	959.247,59	4.006.207.229,33	5.322.120.341,31	1.632.503,14	7.158.374,71
	23.142,67	0,00	23.142,67	143,67	0,00	0,00
	235.488.480,21	234.723.480,21	765.000,00	195.064.299,94	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	177.071,70	70.076,55	0,00
	0,00					
	0,00	0,00	0,00	2.043.713,13	34.290,71	0,00
	8.674.515.275,42	232.184.628,11	8.442.330.647,31	11.918.027.063,04	2.165.171,22	8.618.386,76

	Anschaffungs- kosten 31.12.2009	Buchwert 31.12.2009	Kumulierte Abschreibung	Perioden- überschuss nach Steuern 31.12.2009	Letzter geprüfter Jahresabschluss
	0,0	0,0	0,0	- ¹⁾	-
	0,0	0,0	0,0	- ¹⁾	-
	23,0	23,0	0,0	- ¹⁾	-
	234.723,0	0,0	-234.723,0	191.560,4	31.12.2009
	765,0	765,0	0,0	61,4	31.12.2008

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigegeführten Jahresabschluss der

**KA Finanz AG,
Wien,**

für das **Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2009 bis zum 31. Dezember 2009** unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2009, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Bankprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Bankprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Bankprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2009 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2009 bis zum 31. Dezember 2009 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht* ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer



Mag. Walter Reiffenstuhl
Wirtschaftsprüfer

Wien, 8. April 2010

* Der Lagebericht zum Einzelabschluss ist unter www.kafinanz.at abgebildet.

Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung

Das Jahr 2009 war durch einen intensiven Restrukturierungsprozess geprägt. Die vormalige Kommunalkredit Austria AG wurde aufgrund einer akuten Liquiditätskrise per Vertrag vom 3. November 2008 am 5. Jänner 2009 zu 99,78 % von der Republik Österreich übernommen; 0,22 % verblieben beim Österreichischen Gemeindebund. Nach der Übernahme wurde gemäß den gesetzlichen Bestimmungen sowie nach den Regeln der Wettbewerbsbehörde der Europäischen Kommission und nach Genehmigung durch den Aufsichtsrat ein Restrukturierungsplan unterbreitet, der sich in Umsetzung befindet.

Zudem gab es Änderungen bei den Organen der Gesellschaft. Mag. Alois Steinbichler wurde per 7. November 2008 zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellt. Mit Wirkung vom 1. Februar 2009 wurde Mag. Andreas Fleischmann als weiteres Mitglied des Vorstandes bestellt. Herr Pierre Vérot war ab 1. Oktober 2008 Mitglied des Vorstandes und ist per Ende April 2009 aus dem Vorstand ausgeschieden.

Der Aufsichtsrat wurde in einer außerordentlichen Hauptversammlung vom 8. Jänner 2009 wie folgt neu bestellt:

- Dr. Klaus Liebscher, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkt-beteiligung AG des Bundes (FIMBAG)
- KR Adolf Wala, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates, Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkt-beteiligung AG des Bundes (FIMBAG)
- Mag. Werner Muhm, Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer
- Dipl.-Ing. Herbert Paierl, Exec. Vice President Cosma Europe/Magna
- Mag. Georg Schöppl, Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste AG

Wieder in den Aufsichtsrat gewählt wurde

- Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Weiterhin vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat entsandt sind

- Franz Hofer
- Christine Sipek
- DI Martin Öhlknecht

Der Aufsichtsrat hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr intensiv mit der Lage und der Restrukturierung des Unternehmens befasst.

In der ersten Jahreshälfte wurde die Entflechtung mit der Dexia Kommunalkredit Bank vorbereitet und durchgeführt. Am 28. Mai 2009 wurde der Restrukturierungsplan vom Aufsichtsrat beschlossen und über das Bundesministerium für Finanzen der Wettbewerbsbehörde der Europäischen Kommission unterbreitet. In der Sitzung des Aufsichtsrates vom 15. Oktober wurden die erforderlichen Beschlüsse für die Umsetzung der Restrukturierung gefasst. In der Sitzung des Aufsichtsrates vom 17. November 2009 wurde die Spaltung der Kommunalkredit Austria AG beschlossen und von der außerordentlichen Hauptversammlung bestätigt. In dieser Hauptversammlung wurde auch die PwC INTER-TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft zum neuen Bank- und Abschlussprüfer für den Einzel- und Konzernabschluss für das Jahr 2010 bestellt.

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres insgesamt 12 Sitzungen als Aufsichtsrat der Kommunalkredit Austria AG abgehalten. In der 12. Sitzung am 17. November 2009 wurde die Spaltung des Unternehmens in die KA Finanz AG, als Rechtsnachfolger der Kommunalkredit Austria AG, und in die Kommunalkredit Austria AG, als Rechtsnachfolger der Kommunalkredit Depotbank, beschlossen. Die 13. Aufsichtsratssitzung wurde am 4. Dezember 2009 als Aufsichtsrat der KA Finanz AG abgehalten. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates hielt vier Sitzungen ab (eine davon als Prüfungsausschuss der KA Finanz AG). Der Kreditausschuss des

Aufsichtsrates hielt vier Sitzungen ab und sechsmal erfolgten Beschlussfassungen im Umlaufverfahren.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 27. Jänner 2009 eine neue Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und in seiner Sitzung vom 25. Februar 2009 eine neue Geschäftsordnung für den Vorstand beschlossen. Ebenso wurden ein Kreditausschuss, ein Prüfungsausschuss und ein Präsidialausschuss neu eingerichtet. Im Zuge der Spaltung war es notwendig, die Geschäftsordnung an die neuen Gegebenheiten der KA Finanz AG, als Rechtsnachfolger der Kommunalkredit Austria AG, anzupassen. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 4. Dezember 2009 eine adaptierte Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und für den Vorstand beschlossen; der Kreditausschuss wurde dabei in Genehmigungsausschuss umbenannt.

Der Aufsichtsrat sieht die Hauptaufgabe der KA Finanz AG im Abbau der nichtstrategischen Aktivitäten (CDS- und Wertpapierportfolio, sowie die Aktiva der Tochtergesellschaft auf Zypern). Ziel ist die Wahrung von Wertaufholungspotenzialen sowie der Abbau des Portfolios unter Berücksichtigung der Marktgegebenheiten.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurde durch die KPMG Austria Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien, vorgenommen. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben, den gesetzlichen Vorschriften wurde entsprochen, weshalb der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat billigt somit den Jahresabschluss 2009, der damit festgestellt ist. Weiters wurde der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 samt Lagebericht geprüft, er wird ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat



Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender

Wien, 27. April 2010

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

KA Finanz AG Jahresabschluss 2009

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss des Mutterunternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, 8. April 2010

